

## Neue Konstellationen: Europa, Osteuropa, Rußland

Mit diesem Schwerpunktthema für das vorliegende Heft wollten wir betonen, daß die angesprochenen neuen Konstellationen nicht nur auf Probleme der europäischen Integration verweisen. Vielmehr wollten wir darauf aufmerksam machen, daß für die Grenzverschiebung der genannten Regionen auch unterschiedliche Transformationspfade, kulturell-historische Kontexte und wirtschaftliche Möglichkeiten verantwortlich sind. Die Neustrukturierung Europas bedeutet auf der einen Seite, daß sich (West)-Europa nach Ostmitteleuropa ausbreitet bzw. daß sich Mitteleuropa an den Westen anschließt, ohne daß unterschiedliche Identitätsbildungen, Handlungsspielräume und historische Traditionen gänzlich eingeebnet würden. Weggefallen ist die Dominanz des politischen Einteilungskriteriums, während eine vielschichtige Kartographie der sich verändernden Regionen und Grenzziehungen noch auf sich warten läßt. Umgekehrt läßt sich feststellen, daß die Auflösung der ehemaligen Sowjetunion und die Neugründung eines immer noch multinationalen rußländischen Staates dessen Grenzen noch weiter nach „Osten“ verschob. Dieser Machtverlust und der nicht geklärte Charakter der Nationalstaatlichkeit Rußlands hat nicht zufällig Identitätsdiskurse mit sich gebracht und die Frage aufgeworfen, auf welche Traditionen sich Rußland berufen kann, um die Verunsicherungen zu kompensieren.

Insofern überrascht es nicht, daß vier Artikel der kulturellen und politischen Identität gewidmet sind, die zugleich aufeinander bezogen und kontrovers diskutiert werden können. Hinzu kommt, daß sich drei AutorInnen – wenn auch mit unterschiedlicher Akzentsetzung – auf die Ausführungen von S. P. Huntington über „Clash of Civilizations“ berufen. Huntington hat die These vertreten, daß nach der Auflösung des sozialistischen Lagers und bei den vorhandenen Globalisierungstendenzen die kulturell-zivilisatorischen Bruchlinien die politisch-ideologischen und ökonomischen ablösen werden.

Jutta Scherrer verfolgt die frühzeitige Rezeption von Huntingtons Arbeiten über den eigenständigen Kulturkreis Rußlands und kommt zum Ergebnis, daß sie besonders geeignet gewesen sind, die Einführung eines neuen Faches „Kulturologie“ an den Hochschulen zu legitimieren. Sie lastet allerdings dieser Disziplin an, mit den gleichen Lehrern, aber mit umgekehrtem Vorzeichen (Kultur bestimmt das Sein) die gleiche ideologische Funktion wahrzunehmen wie der abgeschaffte „Marxismus-Leninismus“. Als Materialbasis bearbeitete sie die neuen Lehrbücher sowie neue Klassifikationen in Katalogen. Annett Jubara untersucht andere philosophische Diskurse in Fachzeitschriften, interpretiert sie eher im Sinne eines interkulturellen Dialogs und korrigiert die Annahme, zwischen russischer Philosophie um die Jahrhundertwende und in sowjetischer Zeit habe es einen totalen Traditionsbruch gegeben. Neben diesen Diskursen ver-

diente noch der politologische über das „nationale Interesse“ Aufmerksamkeit, der von B. V. Mežuev in der Zeitschrift *Polis* (1/97) differenziert und periodisierend dargestellt wird. Vladimir Gutorov wiederum schätzt – anhand eigener Erfahrungen und westlicher Literatur – die Rolle der (politischen) Universitätsbildung positiver als Jutta Scherrer ein, wenn sie in universalistischer Absicht durchgeführt und nicht der Professionalisierung geopfert wird. Universitäre Autonomie und Erziehung müßten gerade in Rußland beibehalten werden, um die fehlenden Traditionen demokratischer politischer Kultur heranzubilden. Bei der Erörterung von politischen Konzepten scheint er jedoch mit der „Anti-Politik“ ostmitteleuropäischer Intellektueller – die sich gerade vom staatssozialistischem autoritären Stil abgrenzen wollten – zu streng umzugehen. Ähnlich verhält es sich mit der symbolischen Politik, die Mediendiskurse, Inszenierungen und soziale Bewegungen begleitet und nicht bloß die Massen verführt. Christoph Zürcher vervollständigt noch die vorgestellten Konzepte politischer Bildung und Kultur, indem er unterschiedliche nicht-akademische Identitätsformationen am Übergang von der Sowjetunion ins neue Rußland vorstellt und sie vor dem Hintergrund von Modernisierung, Partikularisierung, Ent- und Retraditionalisierung interpretiert. Angesichts dieser kulturellen Vielfalt weist er die Allgegenwärtigkeit der Kulturologie zurück und macht vor allem auf die Projekt-Identität aufmerksam, die sich deutlich vom legitimierenden und defensiven Typus abhebt. Die jüngere Studentengeneration hat offensichtlich eine optimistischere Einstellung gegenüber kulturellen Phänomenen in Rußland und Osteuropa, wie man sie den Exkursionsberichten und der neu eingeführten Rubrik „Aus der Werkstatt von Studierenden“ entnehmen kann. Diese Arbeiten runden zugleich die Repräsentanz von Regionen ab.

Nach dem relativen Übergewicht kultureller Thematik folgen zwei wirtschaftswissenschaftliche Beiträge über Tschechien (von Emil Voráček) und Sibirien (von Hans-Erich Gramatzki), die auf Kontinuitäten aus sozialistischer Zeit verweisen: auf den Vorsprung von Beziehungsnetzen vor rechtlichen Regelungen bei der Privatisierung in einem mitteleuropäischen Land und das zentralistische sowjetische Erbe bei der Formulierung einer angemessenen Regionalpolitik. Das Forum schließt mit einer Analyse des Südosteuropa-Experten Stefan Troebst über die Tätigkeit der OSZE in Krisenregionen Osteuropas, so daß auch internationale Organisationen in diesem Heft eine Berücksichtigung finden.

*PD Dr. Krisztina Mánicke-Gyöngyösi ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Schwerpunkt Gesellschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin und vertritt z. Zt. die vakante Soziologieprofessur.*

## Kulturologie – ein neues Konzept für altes Denken?

In einem aufsehen erregenden Artikel hatte Francis Fukuyama (stellvertretender Chef des Planungsstabes im State Department) 1989 das „Ende der Geschichte“ beschworen:<sup>1</sup> Er sprach vom „Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit und dem Beginn weltweiter Gültigkeit der westlichen liberalen Demokratie“ (so wie sie hauptsächlich in den USA verkörpert ist) und des mit ihr verbundenen ökonomischen Liberalismus. 1993 hatte der amerikanische Politologe Samuel Huntington, Professor an der renommierten Harvard Universität, ebenfalls in einem aufsehen erregenden Aufsatz das Ende der politischen, ökonomischen und ideologischen Konflikte konstatiert als Antwort auf die zu Ende gegangene Epoche des Kalten Krieges und für die Zukunft den „Kampf der Kulturen“ (*clash of civilizations*) vorausgesagt.<sup>2</sup> Wie Fukuyama baute auch Huntington sein anfänglich als Thesen formuliertes Konzept zu einem umfänglichen Buch weiter aus, das 1996 unter dem Titel „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“ erschien und heute weltweit von sich reden macht.\*

Huntingtons Aufsatz „Clash of civilizations“ aus dem Jahre 1993 war bereits ein halbes Jahr später in der russischen Zeitschrift *Polis* erschienen.<sup>3</sup> Diese lancierte Anfang 1995 eine grosse Debatte über die Thesen Huntingtons,<sup>4</sup> eine Debatte, die bis heute andauert und die vor allem Politiker und Politologen, aber auch Geopolitiker, Historiker wie auch (die neu ernannten) Kulturologen beschäftigt, von denen gleich die Rede sein wird.

Huntington selbst weilte im Januar 1995 in Moskau. Als Gast der Diplomatischen Akademie des russischen Innenministeriums konstatierte er in einem dort gehaltenen Vortrag, daß nach Beendigung des von Rußland verlorenen Kalten Krieges keine ideologischen, politischen und ökonomischen Faktoren mehr die Völker trennen würden; daß es um die Identitätsfindung in einer Kultur ginge und daß zu den bedeutendsten Weltkulturen, die im 21. Jahrhundert im Wettstreit (besser gesagt im Kampf) miteinander liegen würden, auch das sich „historisch mit dem orthodoxen Christentum identifizierende“ Rußland gehöre. Huntingtons Botschaft wurde in Rußland mit umso größerem Interesse aufgenommen, als für ihn die „christlich-orthodoxe Kultur“ sowohl die christlich-orthodoxen „slawischen Staaten“ Belarus, Bulgarien, Mazedonien und Serbien umfaßt als auch die christlich-orthodoxen „nichtslawischen Staaten“ Georgien, Armenien und Rumänien sowie – *last, but not least* – Länder mit „gemischter“ Bevölkerung (d.h. eine Bevölkerung, die teilweise orthodox ist und teilweise anderen Glaubensrichtungen anhängt) wie die Ukraine und Kasachstan: „Rußland trägt die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Stabilität der orthodoxen Staaten und Völker“.

Mit seiner auf Herder zurückgehenden These, daß Kulturen jeweils in sich und gegeneinander abgeschlossene

Ganzheiten bilden, hatte der „Spengler Amerikas“ unvermutet auch der Kulturologie-Welle in Rußland einen ungeheuren Auftrieb gegeben. Heute stützen sich selbst russische Politiker in ihrem Bemühen, den kulturellen Unterschied Rußlands zu Europa und zum Rest der Welt zu politisieren und in ihrer Stilisierung der russischen kulturellen Identität auf Huntingtons Thesen. So berief sich General Alexander Lebed' auf einer Konferenz in Berlin (im Oktober 1997) explizit auf Huntingtons These vom bevorstehenden „Kampf der Kulturen“ und warnte den Westen, seinen Einfluß über die historischen Grenzen seiner „Zivilisation“ (also in das Baltikum oder in die Ukraine hinein) auszudehnen. Zahlreiche andere Beispiele von Zjuganov, Žirinovskij, doch auch von Liberalen, sogenannten Demokraten, ließen sich nennen als ob Huntingtons Moskauer Diskurs (der schärfer formuliert war als die Rußland-Thesen in seinem Buch) die nationale Demütigung der Russen kompensierte.

Auch wenn Fukuyamas und Huntingtons Diagnosen höchst unterschiedliche Strategien bezwecken – ihre vereinfachenden Theorien, vor allem das von ihnen beschworene „Ende der Ideologie“ haben in Rußland vor allem diejenigen bestärkt, die meinten, das durch den Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus entstandene ideologische Vakuum durch eine neue Idee, sprich Ideologie wieder füllen zu müssen. Tatsächlich sind seit den letzten Jahren der „ideologischen Kreativität“ in Rußland keine Grenzen mehr gesetzt. Ich erinnere nur daran, daß im Juli 1996 der soeben wiedergewählte Präsident Boris Jelzin einen öffentlichen Wettbewerb ausschreiben ließ für die beste „nationale Ideologie“. Seine Begründung hierfür lautete wie folgt: Der Kampf allein gegen das Gespenst der Vergangenheit – den Kommunismus – reiche nicht aus, um die Grundlagen für die Zukunft zu legen. „Jede Epoche hat ihre Ideologie: Monarchismus, Totalitarismus, Perestrojka, Demokratie, doch nur heute haben wir (in Rußland) keine Ideologie“, so erläuterte Jelzin die Ausschreibung des Wettbewerbs.

Obwohl ein erster Preisträger längst ernannt wurde – ein Historiker und Abgeordneter des Parlaments von Vologda (Gurij Sudakov) –, führt die der Regierung nahestehende Tageszeitung *Rossijskaja Gazeta*, die den Wettbewerb ausgeschrieben hatte, regelmäßig bis heute eine Rubrik, zumeist eine ganze Seite ausfüllend, unter der Titelzeile „Wer sind wir?“ und „Wohin gehen wir?“. Hier kommen ebenso Angehörige der Intelligenzija wie „Stimmen aus dem Volk“ zu Wort, die neue Konzepte einer „russischen Idee“ vorlegen.

Die Fragen „Rußland, was bist du?“ und „Wer sind wir?“ werden seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion immer lauter gestellt. Antworten, Definitionen im Hinblick auf Herkunft, Religion, Sprache, Geschichte, Wertvorstellungen, Gewohnheiten, Gebräuche, Institutionen usw. finden auch Eingang in das, was heute von jedem Kultur-

wissenschaftler, genau so aber auch von jedem Publizisten, von jedem Politiker als Kulturologie im Munde geführt wird.

Kulturologie – russisch *kul'turologija* – ist ein Begriff, der insbesondere seit dem Zerfall des sowjetischen Imperiums (Ende 1991) in Umlauf ist. Der Terminus existierte auch schon früher, besonders häufig wurde das Adjektiv „kulturologisch“ verwendet, doch ich selbst fand „kul'turologija“ in keinem der geläufigen Wörterbücher und Nachschlagewerke, die bis zum Ende der Perestrojka erschienen sind – mit einer einzigen Ausnahme: das von dem Institut für russische Sprache an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR 1984 herausgegebene Verzeichnis „Neue Wörter und Bedeutungen“.<sup>5</sup> Hier wird Kulturologie definiert als „der Bereich des Wissens, der mit dem Studium der geistigen Kultur der Gesellschaft verbunden ist“. Als Grundlage der Kulturologie gilt der Marxismus-Leninismus. Ihre Aufgabe besteht im „Kampf gegen die westliche bürgerliche und kleinbürgerliche Agitation, Propaganda und Ideologie“. Einer der in diesem Werk als beispielhaft angeführten Kulturologen, A. I. Arnol'dov, der sich bereits 1971 mit einem Aufsatz zur Kulturologie hervortat, hat 1993 eines der ersten Lehrbücher der inzwischen neu ernannten Disziplin „Kulturologie“ verfaßt.<sup>6</sup>

Arnol'dov, vormals Dozent für Marxismus-Leninismus, lehrt heute Kulturologie an der Russischen Verwaltungsakademie. Ich führe ihn hier als ein Beispiel unter vielen anderen an für die außerordentlich problematische „Wende“, wenn dieses Wort in diesem Zusammenhang überhaupt zu gebrauchen ist, die im Großteil der über das ganze Land verstreuten kulturwissenschaftlichen Institute stattgefunden hat. Die hier als Kultur oder Kulturwissenschaft gelehrt Disziplin wurde vormals von Lehrkräften betreut, die für Fächer wie „Marxismus-Leninismus“, „Wissenschaftlicher Kommunismus“ oder „Geschichte der KPdSU“ zuständig waren. Häufig sind es dieselben Lehrkräfte, die seit der „Transformationsperiode“ die alten Fächer in „neue“ konvertierten: jetzt heißen sie Philosophie, Wissenschaftstheorie, Geschichte der Religionen, Soziologie, Politologie. Eine grundlegend neue Betrachtung kultureller Phänomene war von dieser Seite aus offensichtlichen Gründen kaum zu erwarten. Fachliche Qualifikationen und methodologische Voraussetzungen fehlten nahezu allen. So lesen sich denn die neuen Lehrbücher zur Kulturologie oft genauso wie die alten Lehrbücher für Marxismus-Leninismus – nur eben mit umgekehrten Vorzeichen. Was früher verboten war oder kein Gegenstand der Lehre sein durfte, findet heute um so größeres Interesse. Die vormals stark kritisierten oder gar verfeimten russischen Religionsphilosophen, Soziologen und Schriftsteller (oft lebten sie in der Emigration) stehen jetzt im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, während die ehemals offiziellen Texte und ihre Verfasser entweder nur beiläufig oder überhaupt nicht behandelt werden.<sup>7</sup>

Arnol'dovs „Einführung in die Kulturologie“ ist nur eines von vielen Lehrbüchern, die seit 1993 in schöner Regelmäßigkeit und erstaunlich großer Quantität, zunächst dank einem von der Soros-Stiftung finanzierten Wettbewerb, in den verschiedenen Regionen des Landes erscheinen.<sup>8</sup> Nahezu alle diese Lehrbücher reflektieren den Wunsch, ja den Willen, ein ganzheitliches Denken, ein ganzheitliches philosophisches und historisches Weltbild zu popularisieren. In nahezu allen diesen Lehrbüchern geht es um den globalen Erklärungsanspruch der Kulturologie. Oft wird der westliche Leser den Verdacht nicht los, daß es sich um einen Ersatz für den globalen Erklärungsanspruch der marxistisch-leninistischen „Methode“ (sprich Ideologie) handelt, um eine Ablösung des materialistischen Erklärungsmodelles durch ein geistiges – wobei jedoch die Prämisse, „alles“ zu erklären, dieselbe blieb.

Die inhaltliche Umorientierung läuft zumeist auf eine mehr oder weniger große Popularisierung und Banalisierung der Geschichte der Kultur und der verschiedenen Theorien der Kultur hinaus. Dabei wird stets die moralische, ethische Funktion der Kultur in einer „organischen“ Gesellschaft hervorgehoben<sup>9</sup> – „Kultur als Moral“. Rußland wird als eigenständiger Organismus behandelt; es gilt als besonderer Zivilisationstyp, der sich bei großzügig denkenden „Westlern“ in die Universalkultur integriert, wogegen die „Ostler“ (um nicht zu sagen „Neoslavophilen“) Rußlands einen eigenen Ort in der Zivilisationsgeschichte wollen. Huntingtons Prognose vom Untergang der westlichen Zivilisation kommt zweifellos den Apologeten der russischen *samobytnost'* zu Hilfe.

*Mirovaja kul'tura* und *otečestvennaja kul'tura* werden einander gegenübergestellt. Im besten Falle dient *obščestvenno-kul'turologičeskaja kul'tura* als Überbegriff für beide. „Der Osten und der Westen als Idealtypen der Weltkultur“, so formuliert es ein Lehrplan. Denn so oberflächlich und zuweilen auch primitiv sich „Kulturologie“ in diesen Lehrbüchern präsentiert, letztere sind einer Analyse wert. Seit dem Studienjahr 1990/91 existieren die ersten Lehrstühle für Kulturologie. Eine Verordnung des russischen Erziehungsministeriums vom 30. Dez. 1993 führte ein vierjähriges Studium der Kulturologie ein, das mit einem Baccalaureat in Kulturologie abschließt. Wenig später wurde Kulturologie als eigenständiger Fachbereich registriert. Das inzwischen auf fünf Jahre angehobene Studienprogramm schließt mit dem Diplom in Kulturologie ab.

Heute ist Kulturologie an allen höheren Lehranstalten, Universitäten und technischen Hochschulen ein Pflichtfach. Jeder Student des Rechts, der Wirtschaftswissenschaften, des Ingenieurwesens usw. hat im ersten Jahr eine Vorlesung in Kulturologie zu belegen. Kulturologie ist somit „unversehens“ (oder auch nicht) an die Stelle der früher als Pflichtfach unterrichteten *obščestvennaja nauka* getreten, einer Art von „Staatsbürgerkunde“. Die Dozenten blieben, wie bereits gesagt, dieselben.

Der vom russischen Erziehungsministerium in allen Einzelheiten festgelegte Lehrplan für das Kulturologie-Stu-

dium liest sich wie eine Illustration zu der These „die Kultur bestimmt das Bewußtsein“. Das hier entwickelte kulturologische Programm ist die nahezu karikaturistische Umkehrung der alten These, nach der der sozial-ökonomische Unterbau das Bewußtsein bestimmt. Selbst die Sprachgebung dieser Leitlinien gemahnt an die vorangegangene ideologische Epoche. Eine der wichtigsten Verfasserinnen dieses Lehrplans fungierte früher als Parteisekretärin. Von ihr erhielt ich wertvolle Aufschlüsse über die Begründung und Einführung der neuen Disziplin.

Ich habe etwa ein Dutzend der neuen Kulturologie-Lehrbücher eingesehen. Alle Autoren schreiben der Kulturologie zu, eine integrierende Funktion auszuüben und ein ganzheitliches Konzept nicht zuletzt auch für die existentiellen Bedrängnisse und materiellen Nöte der russischen Gesellschaft anzubieten. Kulturologie appelliert an das „Geistige“ im Gegensatz zum „Rationalen“ oder zum „Intellektuellen“. Kulturologie fungiert als Sinngebung des Lebens und der Geschichte, wobei unter Kulturologie aber auch so unterschiedliche, für die russische Gesellschaft neue „Wertvorstellungen“ rangieren wie Ökologie, Kosmismus oder Esoterik.

Kulturologie wird aber auch als „fundamentale soziale Wissenschaft“ definiert, die eine „integrierende Funktion für die verschiedenen Systeme der Humanwissenschaften ausübt“. In seiner „Einführung in die Kulturologie“ wird diese von dem bereits erwähnten A. I. Arnol'dov als „methodologisch-systembildend für den Gesamtkomplex der Wissenschaften“ bezeichnet. Die Kulturologie liefere ein „globales System“, das auf der kulturellen – im Unterschied zur ökonomischen – „Gesetzmäßigkeit“ beruht.

Kulturologie soll mit den Worten dieses Autors „die breite Welt der Kultur an die Stelle des engen Horizonts von Politik und Ideologie stellen“. Sie soll die „bis vor Kurzem bestehende Lücke im Bildungssystem ausfüllen“, das die Grundlagen des Seins durch soziale Faktoren erklärte. Sozialwissenschaftler sind für den Autor mit Marxisten identisch. Sie hätten die grundlegende Tatsache ignoriert, der zufolge „jede soziale Dynamik als Umschwung innerhalb der Kultur beginnt, als Resultat neuer Wertvorstellungen und als Ergebnis verschiedenartiger soziokultureller Gesetzmäßigkeiten“.

Ich fragte im Herbst 1997 im INION nach bibliographischen Angaben zur „Kulturologie“ und erhielt eine Liste mit einigen hundert Werken. Zwar führten nur wenige den Begriff Kulturologie im Titel, doch ist bezeichnend, welche Schlag- bzw. Stichwörter die von der wissenschaftlichen Bibliothek durchgeführte Indexierung mit der „Kulturologie“ in Verbindung bringt (wobei die im folgenden angeführte Anordnung meine eigene ist):

*I. Zunächst handelt es sich ganz offensichtlich um die Zuordnung zu den für die Kulturwissenschaften spezifischen Fächern wie:*

Geschichte und Theorie der Kultur; Philosophie und Kultur; Philosophie der Kultur; Soziologie der Kultur.

*II. Darüber hinaus werden folgende wissenschaftlichen Disziplinen mit Kulturologie in Verbindung gebracht:* Soziologie; Sozialanthropologie; Religionsanthropologie; Ethnographie; Sozialpädagogik; Philosophie; Philologie; Literaturwissenschaft; Literaturkritik; Massenkommunikation; Soziodynamik; Theologie; Pädagogik; Ästhetik; Religion; Ontologie; Sozialpsychologie; Semantik; die semiotische Schule von Moskau-Tartu; Psychophysik (*psichofizika*).

*III. Thematisch steht Rußland im Vordergrund:*

Rußland auf der Suche nach seiner Identität; die „Besonderheit der russischen Kultur“; die kulturelle *samobytnost'* (Einzigartigkeit) im philosophischen und sozialen Denken Rußlands im 19.–20. Jahrhundert; die russische Idee; die russische Idee im Spiegel der ukrainischen philosophischen Kulturologie; die Wiedergeburt der russischen Kultur; die „eurasische Kulturologie“, das Eurasium; Weltkultur und nationale Kultur; Nationalstaat, Nationalkultur, Nationalsprache; der russische Staat; *russskaja svjatost'*; kulturologische Probleme der Regionen; Dialog der Kulturen zwischen Ost und West; Europa, europäische Länder; Westeuropa, westeuropäische Länder; Eurozentrismus.

*IV. Ferner geht es der Kulturologie um Kriterien wie:*

Sinn (*smysl'*); Ganzheitlichkeit (*celostnost'*); Werte (*cennosti*); Persönlichkeit, Individuum (*ličnost'*); Selbstbewußtsein (*samosoznanie*); Bildung (*obrazovanie*); Schaffenskraft (*tvorčestvo*); Gemeinschaft (*obščnost'*); Humanismus (*humanities*); Faktor der Freiheit.

*V. Schließlich gibt es Restkategorien aus unterschiedlichen Kontexten:*

Materielle Kultur (Stämme in Sibirien); geistige Kultur (*duchovnaja kul'tura*); Kulturträger (*dejateli kul'tury*); Tradition; der soziokulturelle Kontext (z.B. der Antisemitismus); soziale und kulturelle Dynamik; kultureller Relativismus; Marginalität; Massenkultur; Zivilisation; Kulturkrise; Ideologie, Utopie; Gesetzmäßigkeit (*zakonomernost'*) der Entwicklung der Kultur; Morphologie der Kultur; Mythos, Mythologie, *mifotvorčestvo*; interdisziplinärer *approach*; Metawissenschaft, Wissenschaft; Spiel, Spieltheorie; Theorie der Zyklen; Danilevskij, Spengler, Sorokin.

Die Vielheit dessen, was als Kulturologie angeboten wird, ist beeindruckend. Kulturologie erstreckt sich von historisierenden Darstellungen der Kultur in Form von Lehrbüchern über popularisierende Kulturgeschichten bis zur Wiederaufwärmung alter, im postsowjetischen Rußland jedoch erstmals gelesener „Kulturphilosophien“ und „Kultursoziologien“ wie Spengler und Toynbee. Nietzsche spielt eine ebenso bedeutende Rolle wie die Archetypenlehre von Carl Gustav Jung. Gelegentlich ist auch von „Kulturtheologien“ à la Tillich und Niebuhr die Rede. Die letzte Variante ist die „Kulturökologie“. Jede Zeitschrift, die etwas auf sich hält, hat seit den letzten Jahren eine besondere Rubrik „Kulturologie“ (die mit

Kunst, Sprache und Religion zusammenhängt) oder die noch eindeutiger „Rußländische Zivilisation“ überschrieben ist (was in diesem Falle mit Kulturologie identisch ist).

Sämtliche kulturologischen Manifestationen heben Kultur als geistige Tradition hervor, als Weltanschauung, Religion, Sprache, Kunst, Literatur, ja sogar als Wissenschaft – im Unterschied zur materiellen Zivilisation, unter der Politik, Gesellschaft, Technik und alltägliche Lebensweise (*byt*) verstanden wird. Kultur dient bei allen, die sich auf Kulturologie beziehen, als Identitätsfindung. Es geht um die Suche nach Identitäts- und Ganzheitsmodellen, für Rußland und für sich selbst. Der Bedarf an ihnen ist um so größer, als die dynamische Spannung der Kultur heute keine einheitliche Richtung und keinen einheitlichen Stil mehr besitzt. Der sozialistische Realismus, bis zur Perestrojka das einzige offiziell anerkannte ästhetische Paradigma, sucht heute seinesgleichen. An die Stelle der früheren Gleichmacherei ist eine Differenzierung getreten, deren Konturen sich aus der fast ausschließlichen Orientierung am Geld ergeben. Um so klagender erhebt sich der Ruf nach einem einheitlichen, vom Materiellen abgehobenen Modell.

Wie bereits erwähnt, kommt auch die in steter Veränderung begriffene politische Kultur nicht ohne Referenz auf die neue Bedeutung der alten Kultur für das gegenwärtige Rußland aus. In den programmatischen Schriften eines Zjuganov, Lebed', Žirinovskij feiert die Kultur fröhliche Urstände. Das zivilisatorische Paradigma kennzeichnet die Debatten aller politischen Gruppen – nur daß es zwischen Rußlands Ort in der Weltkultur und Rußlands Sonderweg oszilliert. „Westler“, „Ostler“, „Eurasier“ – sie alle finden hier ihren Ort.

Die Kulturologie wird in Kreisen früherer marxistischer Gesellschaftswissenschaftler vor allem aufgerufen, die „reiche Tradition der russischen religiösen Philosophie fortzusetzen“. Kulturologie wird effektiv im engen Zusammenhang mit einer Art von Geschichtsphilosophie gedacht, Kulturmodelle werden als Geschichtsmodelle konzipiert, ebenso emphatisch wie unpräzise als *istoriosofija* (Historiosophie) bezeichnet – ein den romantischen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts entlehnter Begriff. Hier dominiert vor allem die „russische Idee“, die von der russischen Spiritualität bis zur russischen Staatlichkeit reicht. „Die russische Idee hat zwei Grundfesten: die Geistigkeit der russischen Orthodoxie und die Staatlichkeit der russischen Großmacht“ – so beschwört Kommunistenführer Gennadij Zjuganov seit 1995 die Kontinuität der russischen Geschichte und instrumentalisiert die „russische Idee“ für seine Partei. Von General Lebed' wie vom Nationalisten Žirinovskij ließen sich ähnliche Zitate anführen. Aber auch der bereits genannte Gewinner des von Jelzin ausgeschriebenen Wettbewerbs, der sich als Demokrat bezeichnet, sieht in seinen „Čest' principov russkosti“ ein zivilisatorisch-kulturalistisches Phänomen (hierzu gehört der russische Sinn für Gemeinschaft gegenüber dem westlichen Individualismus und die

Seele der Orthodoxie gegenüber dem Materialismus des Westens).

Rußland als „Führer der rechtgläubigen Zivilisationen“ – das hatten russische Denker und Publizisten wie Danilevskij und Leont'ev bereits im 19. Jh. verkündet. Rußland als besonderer Zivilisationstyp, als eigenständiger Organismus mit eigener Entwicklungsgesetzmäßigkeit, Rußland als Verkörperung einer kulturhistorischen und sittlichen Tradition: Das pseudowissenschaftliche Gedankengut des 19. Jahrhunderts wird von den neuen Kulturologen kritiklos reaktiviert, es dient heute dazu, Rußlands Ort in der Weltzivilisation zu beweisen.

Die Ambivalenz der Tradition macht sich dort am stärksten bemerkbar, wo die Tradition dazu bestimmt wird, Rußlands machtpolitische Erniedrigung zu überwinden. Die „russische Idee“ soll als neues/altes Selbstbewußtsein Rußlands in die Weltzivilisation eingebracht werden. Die Eigenständigkeit (*samobytnost'*) der russischen Kultur erscheint als „dritter Weg“, als aus dem Dialog der Kulturen erwachsene „große Synthese“. Die orthodoxe Religion als Merkmal der russischen Eigenheit, als Ursprung der russischen Kultur und Mentalität ist zum Allgemeinplatz der kulturologischen Debatte geworden. Das vom Kommunismus hinterlassene Wertevakuum wird aufgefüllt mit der alten russischen Ideologie, nur daß dieser ein scheinbar neues Gewand des zivilisatorischen Universalismus angelegt wurde. Die Orientierungsprobleme des heutigen Rußland suchen sich einen Ausweg im philosophischen Dilettantismus des 19. Jh. mit seinen schon damals veralteten ganzheitlichen Vorstellungen, der unreflektierten *histoire totale*. Das heutige Krisenbewußtsein wird deshalb mühelos als Analogie zum Krisenbewußtsein verstanden, das die Wende vom 19. zum 20. Jh. kennzeichnete. Die Kulturologie stiftet atmosphärisch den Sinn.

Nein, die politische Konjunktur der Kulturologie hat mit einer neuen „Kulturrevolution“ nichts gemein. Diese, aufs engste mit den Namen von Lenin, Stalin und Mao Tse Tung verbunden, wurde in Rußland wohl endgültig dem Vergessen überantwortet. Viel eher führt die Hinterfragung des kulturologischen Diskurses zu dem Schluß, daß die Kulturologie, wenn sie nicht gar als Therapie einer kranken Gesellschaft funktioniert, letztlich nur ein neues Konzept für ein altes Denken ist. Die post-sowjetische Kulturologie hat nichts mit der Postmoderne zu tun (was ihr zuweilen unterstellt wird), sondern einzig mit einem fatalen, weil falsch verstandenen Historizismus vom russischen Sonderweg.

Doch neben der staatsbürgerkundlichen, die „russische Idee“ instrumentalisierenden Kulturologie, wird an einigen wenigen, doch bemerkenswerten philologischen und historischen Lehrstühlen eine durchaus ernst zu nehmende Kulturwissenschaft betrieben. Zu nennen ist hier die vor sechs Jahren gegründete Universität für Humanwissenschaften in Moskau. Hier wird die von Jurij Lotman begründete semiotische Tradition weitergeführt, die in den 60er/70er Jahren erstmals den Begriff Kulturologie

verwendete. Allerdings war ihre Auffassung der Kulturologie mit der heutigen insofern nicht zu vergleichen, als die Berufung auf die Kulturologie als Textwissenschaft damals im völligen Gegensatz zur herrschenden Ideologie stand und indirekt einer Kritik, wenn nicht einem Angriff auf die offizielle Doktrin des Histomat gleichkam. Kultur wurde nicht als „Überbau“ betrachtet, sondern als zentrale, die Gesellschaft transformierende Triebkraft. Zudem suchte Lotmans Kulturologie in der Kulturgeschichte Orte der Erinnerung, an die sich zu erinnern offiziell verboten war. Das Ziel der Lotman-Schule (zu der man auch den Kultursemiotiker Boris Uspenskij zählen muß) war es, die russische Kulturgeschichte jenseits von Affirmation oder Kritik zu untersuchen. So wiesen Lotman und Uspenskij beispielsweise darauf hin, daß sich „die Modernisierung in Rußland nicht wie in Westeuropa als permanenter gesamtgesellschaftlicher Transformationsprozeß vollzogen hat, sondern in einem Wechsel von längeren Phasen der Stabilität und kurzen Modernisierungsschüben, die sich nicht als natürliche, evolutionäre Entwicklungen, sondern als radikale, revolutionäre Umbrüche des Ganzen präsentieren.“<sup>10</sup>

Bis zu den frühen 90er Jahren haben sich Vertreter dieser Richtung wie die bedeutenden Historiker Aron Gurevič und Jurij Bessmertnyj sowie die ebenso bekannten Ethnologen Eleazar Meletinskij und Toporov (um nur einige wenige Namen zu nennen) in dem Lotmanschen Sinne als Kulturologen bezeichnet. Heute nehmen sie von der weiteren Verwendung dieser Bezeichnung für ihre eigene Tätigkeit nachdrücklich Abstand: Sie wollen weder mit der Vereinnahmung der Kulturologie durch ehemalige Marxisten-Leninisten etwas zu tun haben noch mit der Zweckentfremdung der Kulturologie durch ihre staatliche Monopolisierung in der Form von Staatsbürgerkunde.

Zusammenfassend möchte ich darauf hinweisen, daß der Kulturbegriff im heutigen Rußland keineswegs Gegenstand eines kritischen Diskurses ist. Auch hat Kulturologie nahezu nichts mit der Kulturwirklichkeit zu tun. Der neue russische Kulturalismus erklärt sich auch nicht etwa durch die Dichotomie Natur-Kultur, die Beherrschung der modernen Welt durch die Naturwissenschaften. Das Postulat „zurück zur Kultur“ ist als Reaktion auf das materialistische Weltbild des Marxismus-Leninismus zu verstehen, als Antwort auf den wissenschaftlichen Kommunismus. In der sowjetischen Periode gehörte Kultur zum „Überbau“, heute sind die Geisteswissenschaften „in“. Humanwissenschaftliche Gymnasien und Universitäten entstanden seit der Perestrojka in eindrucksvoller Menge. Übersetzungen von Autoren wie Max Weber, Simmel, Dilthey, Windelband, Rickert, Cassirer, Husserl, Mannheim, Buber, Burckhardt, Durkheim, Bergson, James, Gadamer, Ricoeur, Fromm, Foucault füllen die Auslagen der neuen, zumeist privaten Buchläden. Gemessen an sowjetischen Verhältnissen (die in Bezug auf die Lektüre ja noch immer vorherrschen) sind das alles „neue“ Autoren. Der Nachholbedarf ist immens, unvorstellbar. Von daher kommt auch den heute so beliebten kulturologi-

schen Anthologien mit ihren kurzen und daher oft ambivalenten Auszügen aus Nietzsche, Spengler, Toynbee, Jung usw. eine große, besondere Bedeutung bei. Was dem westlichen Kulturhistoriker auf den ersten Blick als banal erschreckt, hat im russischen Kontext einen ganz anderen Stellenwert.

Die in den Debatten über Rußlands Weg nach 1991 immer häufiger vernehmbaren Referenzen auf „Kultur“, „Philosophie“, „Persönlichkeit“, „Humanismus“, „Glaube“, „Moral“ verweisen eindeutig auf die Suche nach geistigen im Unterschied zu sozial-ökonomischen Prioritäten. Gegenüberstellungen von „Zivilisation und Barbarei“, „Apokalypse (Chaos) und Eschatologie“ bilden den emotionalen Hintergrund. In diesem Zusammenhang stellt die *kul'turologija* eine Gegenkraft dar, gleichsam einen Ausweg aus der ausweglos scheinenden Situation.

Was ist nun Kulturologie wirklich? Ein modisches Wort, ein *passepartout* für ein neues Ideenglomerat, ohne das manch ex-sowjetischer *intelligent* nicht mehr auszukommen meint? Den Begriff weiß auch in Rußland niemand exakt zu definieren. Noch ist die wiedergefundene Freiheit des Denkens zu stark in Spekulationen und Selbstreflexionen befangen, als daß eine bloße begriffs- oder sprachgeschichtliche Rekonstruktion möglich wäre. Ich selbst sehe in der Kulturologie zum einen eine Art Überbegriff für die Diskurse und Tendenzen, die unter einem wie auch immer gearteten Hinweis auf die Kultur als Interpretationsmodell des sozialen Geschehens sich bewußt von dem vormals gebräuchlichen Interpretationsmodell durch soziale, ökonomische Strukturen abzuheben suchen. Zum anderen scheint mir der Begriff belegt durch die Suche nach Erinnerung und Gedächtnis, nach Tradition und Kontinuität, die zahlreichen Debatten im heutigen Rußland zugrunde liegt. Wobei Erinnerung (und kulturelles, historisches Gedächtnis) oft nur das impliziert, woran man „unbehellig“ anknüpfen möchte – ohne sich mit der unangenehmen jüngsten, nämlich sowjetischen Vergangenheit auseinandersetzen zu müssen. Der Rückgriff auf das *fin de siècle* oder „Silberne Zeitalter“, das brutal von der Revolution 1917 unterbrochen wurde (so wird jedenfalls behauptet), ist für die Kulturologie exemplarisch, sie macht das „Silberne Zeitalter“ zum Mythos.

Diese Suche nach Erinnerung, nach „historischem Gedächtnis“, nach *lieux de mémoire* scheint eine Kompensation der plötzlich bewußt gewordenen Sinnes-Leere mit Hilfe der Mythenbildung zu sein. Nicht zuletzt dank der Kulturologie wurde das Wertesystem der „russischen Idee“ in den letzten Jahren in eine Kulturmythologie verwandelt.

In der Tat handelt ein großer Teil dessen, was als Kulturologie verbrämt angeboten wird, von der „russischen Idee“, die in verschiedenen, meist freilich primitiven Varianten expliziert oder sogar instrumentalisiert wird. Es sind gerade die Komponenten aus der russischen Geschichte (oder aus dem russischen Geschichtsdenken), die augenfällig machen, daß es sich nur um eine schein-

bar neue Kulturphilosophie handelt. In Wirklichkeit geht es um die Aufwärmung alter Konzepte, die oft völlig aus ihrem Zusammenhang gerissen für die heutige Zeit reaktiviert werden. Unter dieser Perspektive wird ihnen das abstruse Wort Kul'turologija tatsächlich „gerechter“ als der anspruchsvollere Begriff von Kulturphilosophie. Zu den russischen Komponenten der Kulturologie, die ich hier keine Zeit habe, im einzelnen zu entwickeln, gehört die Vorstellung von der *samobytnost'*, der Eigenart, Urwüchsigkeit, Originalität Rußlands. Hiermit eng verbunden ist Rußlands „geopolitische Lage“ zwischen Osten und Westen und wiederum hiermit verbunden ist die Deutung Rußlands als Eurasien. Die spezifischen Gegebenheiten der geopolitischen Situation Rußlands sind für die neuen russischen Kulturologen dafür verantwortlich, daß Rußland eine „eigene Philosophie, Religion und Psychologie“, den „besonderen Typus der russischen Geistigkeit (*duchovnost'*)“ und eine Intelligenzija als „geistigen Orden“ entwickelte<sup>11</sup>.

Daß von einer Erneuerung der kulturwissenschaftlichen Methode und dessen, was die Russen heute als *civilizacionnyj podchod k istorii* bezeichnen, bisher kaum die Rede sein kann, ist nicht weiter erstaunlich. Bisher ist kein einziges neues Kulturmodell konzipiert worden, das diesen Namen zu Recht verdiente, denn methodologisch tragende Ansätze fehlen. Vorläufig geht es um nichts anderes als darum, das jahrzehntelang wegen ideologischer Restriktionen verbannte Wissen sich entweder „zurück-zuholen“ oder aber sich dieses nach jahrzehntelangem Verzug neu erwerben zu müssen. Insofern tritt an die Stelle der Methode die Wahl einer Ideologie; Methode fungiert eher als Glaube.

In dieser Hinsicht ist die Kulturologie wahrscheinlich als notgedrungene Begleiterscheinung der heutigen Umbruchsituation und der Umorientierung einer ganzen Kultur bzw. Zivilisation in Rußland zu verstehen. Frühere Defizite werden überkompensiert durch eine vermeintlich neue generelle Systematisierung der Zivilisationen und des Wissens über sie. Kulturologie dient dazu, eine Sinnggebung der Welt, der Gesellschaft, des Menschen zu schaffen, ein neues System von Normen und Prinzipien, die sinnstiftend, als Weltanschauung fungieren.

Freilich: allein das blinde Verwerfen des überkommenen ideologischen Systems und die einfache Umkehrung in sein Gegenteil sind *à la longue* keine Lösung. Verfahren dieser Art bezeugen nur die tiefe Krise von Kultur und Gesellschaft im heutigen Rußland, doch sind sie gerade deshalb als Phänomene einer sich wandelnden Gesellschaft auch für uns westliche Beobachter bemerkens- und beachtenswert. Daß Kultur nicht als solche existiert, sondern mit empirischen ökonomischen, sozialen, nationalen Strukturen zusammenhängt, muß der neue russische Kulturologiediskurs allerdings noch wieder entdecken.

Für das von Huntington beschworene Ende der Ideologien ist Rußland offensichtlich ein schlechtes Beispiel. Um

so stärker greift dort freilich der „Identitätswahn“ um sich, wie der Dortmunder Politikwissenschaftler Thomas Meyer die fundamentalistische Zuspitzung kultureller Differenzen genannt hat, wie sie Huntington proklamiert.

Die Kritik an der ideologischen russischen Kulturologie hat letzten Endes auch nach dem Stellenwert – und der Konjunktur – von kulturalistischen, zivilisatorischen Modellen im Westen zu fragen. Vielleicht ist das russische Phänomen der Kulturologie in die allgemeine Renaissance der Kulturwissenschaften und Zivilisationskunde in den westlichen Gesellschaften einzuordnen. Doch das ist eine Frage, die ich hier nicht beantworten kann. Vielleicht wird das zivilisatorische Paradigma in die Bilanz unseres Jahrhunderts eingehen, so wie sie bereits von Hobsbawm, Furet, Fukuyama, Huntington, Zbigniew Brzezinski und unlängst auch dem französischen „Schwarzbuch des Kommunismus“ gezogen wurde.

**Prof. Dr. Jutta Scherrer** ist Direktorin der „Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales“ in Paris.

\* Noch im gleichen Jahr erschien die deutsche Übersetzung unter dem Titel: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, im Europa-Verlag München-Wien. Auf den Hintergrund des abweichenden deutschen Sprachgebrauchs, nach dem Kultur gegenüber Zivilisation der Vorzug gegeben wird, kann hier nicht eingegangen werden. (Anm. d. Red.)

<sup>1</sup> In der Vierteljahrszeitschrift *National Interest*.

<sup>2</sup> In der Zeitschrift *Foreign Affairs*.

<sup>3</sup> *Polis*, 1/1994.

<sup>4</sup> *Polis*, 1/1995.

<sup>5</sup> *Novye slova i značeniya*, Moskva: Russkij jazyk 1984, S.311.

<sup>6</sup> A. I. Arnol'dov, *Vvedenie v kul'turologiju*, Moskva: Narodnaja Akademija kul'tury i obščecelovečeskich cennostej 1993.

<sup>7</sup> Hierzu Karl Eimermacher, Zur Lage der geisteswissenschaftlichen Fächer und zur Umstrukturierung der Hochschulen in Rußland, in: *Russische Hochschulen heute*, hrsg. von Karl Eimermacher und Anne Hartmann, Bochum 1995, S. 11–31.

<sup>8</sup> Heute unterstützt die Soros-Stiftung die Edition *Lik* (Jurist), die hauptsächlich Übersetzungen westlicher „Kulturologen“ finanziert wie Cassirer, Troeltsch, Simmel, Tillich, Niebuhr, Mannheim, Buber etc.

<sup>9</sup> Zum Beispiel V. S. Sul'gin, L. V. Kosman, M. R. Zezina, *Kul'tura Rossii IX-XX vv. (učebnoe posobie)*, Moskva: Protor 1998, S. 3–7.

<sup>10</sup> Christa Ebert, Einleitung, in: Christa Ebert (Hrsg.), *Kulturauffassungen in der literarischen Welt Rußlands*, Berlin 1995, S. 11. Ebert bezieht sich hier vor allem auf den Aufsatz „Die Rolle dualistischer Modelle in der Dynamik der russischen Kultur“, den Uspenskij und Lotman gemeinsam verfaßten.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu die Moskauer Historikerin V. I. Samochvalova, in: *Russkaja kul'tura i mir*, Nižnij Novgorod, 1994, Bd. 1, S. 7–9.

## „Kampf der Zivilisationen“ oder interkultureller Dialog?

### 1. Kann Rußland einen Beitrag zum „Dialog der Kulturen“ leisten?

Huntingtons These vom „Kampf der Zivilisationen“ hat in Rußland kontroverse Diskussionen ausgelöst. Nach Meinung zweier Autoren hat sie sogar die Polarisierung des russischen außenpolitischen Diskurses bewirkt.<sup>1</sup> Die russischen Nationalisten würden den theoretischen Prämissen der Huntingtonschen Thesen – v.a. der Annahme voneinander isolierter Zivilisationen – zustimmen und sich (im Rahmen desselben Denkkonzeptes) mit Huntington auseinandersetzen, den sie als Vertreter westlicher Interessen angriffen. Speziell würden sie die Bestimmung des Platzes Rußlands in seinem Modell kritisieren: Rußland sei weder, wie Huntington behaupte, zwischen Ost und West zerrissen, noch könne es als führender Vertreter der slawisch-orthodoxen Zivilisation aufgefaßt werden. Vielmehr sei Rußland „Eurasien“ und eine eigenständige Zivilisation. Die russischen Liberalen hingegen würden die theoretischen Prämissen der Huntingtonschen Thesen angreifen. Der Isolation und Saturiertheit einzelner Zivilisationen/Kulturen, der Unmöglichkeit der Verständigung, die unweigerlich zum Kampf der Zivilisationen führen müsse, setzten sie die These von der Dialektik einer einheitlichen Weltzivilisation (als Realität und als Ideal) und der Pluralität lokaler Zivilisationen/Kulturen entgegen. Geht man von der Annahme einer solchen Dialektik aus, so kommt der Frage nach den Bedingungen und Chancen der Wechselwirkungen zwischen den Zivilisationen naturgemäß eine zentrale Bedeutung zu. Rußland soll, so die Auffassung der Liberalen, dem zivilisatorischen Austausch gegenüber offen sein und den Geist der Universalgeschichte wiederherstellen helfen. Die innere Zerrissenheit Rußlands zwischen Ost und West betrachteten die Liberalen eher positiv – als zivilisatorischen Binnenpluralismus – der Rußland zum interkulturellen Dialog besonders befähige. Der Thematik des Dialogs war auch eine wissenschaftliche Konferenz gewidmet, die bereits im April 1997 in Moskau stattfand: das Dritte Internationale Symposium „Dialog der Zivilisationen: der Osten und der Westen“.<sup>2</sup> Die Teilnehmer aus Asien, Rußland und Westeuropa diskutierten u.a. den Charakter der chinesischen, indischen und islamischen Zivilisationen und deren Verhältnis zum Westen; Themen, zu denen die russische Orientalistik aufgrund ihrer reichen wissenschaftlichen Tradition sowie aufgrund der besonderen Erfahrungen russischer Beziehungen zum Orient, nicht zuletzt wegen des russischen „zivilisatorischen Binnenpluralismus“, wichtige Beiträge liefern kann. Während im Hinblick auf die chinesische und indische Kultur das Fehlen gemeinsamer Wurzeln zur Suche nach besonderen Wegen der Verständigung mit dem Westen herausfordere, werde die Verständigung mit der islamischen Kultur durch gemeinsame biblische und antike Wurzeln erleichtert. Der angeblichen prinzipiellen Ab-

geschlossenheit und Säkularisierungsfeindschaft der islamischen Kultur, wie sie immer wieder in Zusammenhang mit Diskussionen um den islamischen Fundamentalismus behauptet wird, wurde die Offenheit und Dialogbereitschaft der klassischen islamischen Kultur entgegengehalten. Die islamische Philosophie habe nicht nur die westliche Renaissance des antiken Rationalismus vorweggenommen, sondern, insbesondere durch den Export des Averroismus, die Richtung der Säkularisierung des christlich-theologischen Denkens vorherbestimmt. In diesem Zusammenhang wird deutlich, daß die Behauptung einer abendländischen Exklusivität (sei es eines exklusiven Anspruches auf das antike Erbe, sei es die Inanspruchnahme der spontanen Säkularisierung als eines einzigartigen Zuges westlicher Zivilisation) den Dialog der Kulturen ebenso behindert, wie die aktuelle Aggression des Neoliberalismus, der von westlichen Konferenzteilnehmern aufgrund seiner soziokulturell unifizierenden Tendenz kritisiert wurde.

Ein Schwerpunktthema der Konferenz war die Rolle Rußlands im Dialog der Kulturen. Positionen, wie sie in der Diskussion der Huntingtonschen Thesen eine Rolle spielen, fanden hier auf kultureller Ebene einen Widerhall. So wurde in Analogie zu Huntingtons These von der Zerrissenheit Rußlands zwischen Ost und West die alte Čaadaevsche Frage erneut gestellt; die Frage, ob die rußländische Zivilisation ein eigenständiges kulturhistorisches Gebilde sei oder ob sie nur ein gesichtsloses Bindeglied zwischen den originellen Zivilisationen des Westens und des Ostens darstelle. Welchen Beitrag kann Rußland zum Dialog der Kulturen leisten, und kann es überhaupt ein *eigenständiges* Wort in diesem Dialog reden, gibt es so etwas wie eine russische Originalität (*samobytnost'*), eine Identität, die Rußland in diesen Dialog einbringen könnte? Die Chance für die vom russischen liberalen Diskurs geforderte Offenheit Rußlands dem interkulturellen Austausch gegenüber wird auf zwei prinzipiell verschiedene Weisen begründet: zum einen durch Rußlands „Zerrissenheit“ zwischen Ost und West, sein Dasein als gesichtsloses Bindeglied zwischen den originellen Zivilisationen des Ostens und des Westens, das positiv als „zivilisatorischer Binnenpluralismus“ aufgefaßt wird, zum anderen durch eine besondere Qualität der russischen Zivilisation. Ein Konferenzteilnehmer versuchte diese Qualität (offenbar in Anlehnung an Dostojewskijs Puškin-Rede) als besondere Weltoffenheit und Unabgeschlossenheit, als „allversöhnenden“ Zug der „russischen Idee“ zu bestimmen.

Es mag den Anschein erwecken, als werde mit der erneuten Stellung der Čaadaevschen Frage und mit der Thematisierung einer russischen Besonderheit an die unfruchtbaren geschichtsphilosophischen Spekulationen des 19. Jahrhunderts angeknüpft. Doch indem in der Zeit um die Jahrhundertwende die Frage nach der russischen

Besonderheit von der russischen religiösen Philosophie aufgeworfen und diskutiert wurde, gelangten Probleme zur Sprache, die mit dem in der Tat spezifischen russischen kulturhistorischen Weg zusammenhängen, wurden die Aufgaben benannt, vor deren Lösung Rußland auf dem Weg in eine moderne Gesellschaft steht. Auch heute kann diese Diskussion dazu beitragen, den kulturhistorischen Standort Rußlands zu bestimmen, sein Verhältnis zu Modernisierung/Westernisierung und damit Rußlands Platz in der Weltzivilisation zu definieren sowie seinen möglichen Beitrag zum interkulturellen Austausch zu bestimmen: Soll und wird Rußland sich verwestlichen oder aber der Verwestlichung aktiv widersetzen, wie es einer der Konferenzteilnehmer forderte? Wird es lediglich Werte origineller Zivilisationen von Ost nach West und umgekehrt transferieren, oder wird es ein eigenständiges Wort im interkulturellen Dialog sprechen? Beinahe alle Antworten, die heute auf die Frage nach der russischen kulturellen Besonderheit gegeben werden, knüpfen auf die eine oder andere Weise an Positionen der Slawophilen oder der Westler bzw. an Positionen der russischen religiösen Philosophie an. Sie erscheinen oftmals geradezu als Versuche der Wiederbelebung der russischen religiösen Philosophie. Diese Versuche der Wiederanknüpfung berühren das im heutigen Rußland brisante Problem des Umgangs mit der Tradition und Fragen nach den Wegen des Tradierens kultureller Gehalte, nach der Seinsweise der Tradition. Nur wenn es so etwas wie eine Aktualität der Tradition russischer religiöser Philosophie überhaupt gäbe bzw. diese herstellbar wäre, könnte sie eine Rolle in den Zusammenhängen des interkulturellen Dialogs spielen.

## 2. Die Seinsweise der Tradition

In der postsowjetischen philosophischen Publizistik dominiert die Auffassung, daß die Oktoberrevolution sowie die sich daran anschließende Sowjetisierung der russischen Kultur auf philosophischem Gebiet zu einem radikalen Bruch geführt habe; einem Bruch, der die geistesgeschichtliche Kontinuität zerstört hat. Sämtliche Strömungen der vorrevolutionären russischen Philosophie hörten auf zu existieren, wurden mit einem Handstreich von der geistigen Landkarte Rußlands gewischt. Die Kultur der Sowjetzeit und mit ihr der Sowjetmarxismus erscheinen als „Lücke“<sup>3</sup>, die die Heutigen von der verschütteten vorrevolutionären Tradition trennt. Die Vorstellung eines solchen radikalen Traditionsbruchs ist die dominierende im heutigen Rußland. Differenzen ergeben sich allerdings im Hinblick auf die Frage nach Möglichkeiten der Wiederanknüpfung an die abgebrochene Tradition. Die einen halten eine Wiederanknüpfung an die unterbrochene Tradition für möglich und streben diese an. Die Versuche einer Wiederanknüpfung gelten v.a. der russischen religiösen Philosophie, dem Denken der Religiös-Philosophischen Renaissance.<sup>4</sup> Die Chance der Wiederanknüpfung bietet sich ihrer Auffassung nach u.a. dank der Tatsache, daß auch in der Sowjetzeit Traditionsvermittler (bspw. Aleksej Losev, 1893–1988) wirkten.

Auf der anderen Seite wird die Möglichkeit einer Wiederanknüpfung an die untergegangene Tradition bestritten, da in der Sowjetunion der Abschied von der Vergangenheit radikaler als anderswo verlief.<sup>5</sup> Versuchen der Wiederanknüpfung fehle das Gefühl für Distanz.<sup>6</sup>

Doch die Vorstellung eines „Traditionsbruchs“ muß m.E. prinzipiell in Frage gestellt werden. Trennt tatsächlich ein sowjetmarxistisches „Loch“ die gegenwärtige philosophische Situation von der vorrevolutionären? Wurde die Tradition – speziell die Tradition der russischen religiösen Philosophie – durch die Revolution abrupt abgebrochen und hörte auf zu existieren? Ich würde eher davon sprechen, daß sich unter veränderten kulturellen Bedingungen die Gestalt und die Seinsweise dieser Traditionslinie veränderte, ohne daß ihr Leitmotiv – die Problematik, um die es in dieser Philosophie vorrangig geht – aus der Kultur verschwand. Dies betrifft nicht bloß diese Traditionslinie, sondern auch die des russischen Marxismus. Er verwandelte sich aus einem kritischen und revolutionären Denken in eine Legitimationsideologie, während sein alter Kontrahent, die religiöse Philosophie, in der Emigration oder in „Nischen“ der Sowjetwissenschaft weiterexistierte. Beide Traditionslinien nahmen unter sowjetischen Bedingungen andere Gestalten an und setzen unter den neuen Bedingungen ihre alte russische Geschichte der Beziehungen zueinander fort.

Voraussetzung für die Akzeptanz dieses Gedankens ist eine bestimmte Vorstellung über die Seinsweise der Tradition. Kann man eine Tradition überhaupt vernichten? Malachov bejaht diese Frage. Aufgrund der Auslöschung von Institutionen und Personen, die als Träger und Vermittler der Tradition fungierten, sei die Kontinuität des Tradierens im Bereich der Philosophie nicht gewährleistet gewesen.<sup>7</sup> In der Stalin-Zeit sei die Tradition durch Schweigen vernichtet worden: wenn die Angst so groß ist, daß es unmöglich ist, die eigenen Gedanken zu äußern und niederzuschreiben – wie könne sich unter diesen Umständen die Philosophie weiterentwickeln? Als Beispiel für das Verstummen der Tradition führt Malachov die Arbeiten des späten Losev an, die in seinen Augen nicht an das Frühwerk anknüpfen, sondern lediglich ideologische Linientreue demonstrieren.<sup>8</sup> Losev hat aber in seiner Schweigeperiode „für die Schublade“ geschrieben. In diesen Texten setzte er sich, von Positionen des Frühwerks ausgehend, zum einen mit der sowjetischen kulturellen Kondition auseinander<sup>9</sup> und entwickelte zum anderen Themen des Frühwerks weiter.<sup>10</sup> Auch in den veröffentlichten Texten des Spätwerks sind die Thesen des Frühwerks als „Konterbande“ präsent. Sie werden auf manchmal schwer durchschaubare Weise von sowjetmarxistischen Ansätzen sekundiert und überlagert.

Einige Autoren bestreiten die Möglichkeit einer Vernichtung der Tradition prinzipiell. Die Bibliotheken hätten weiter bestanden, das Lesen sei nicht verboten worden. Das Studium der Geschichte der russischen Philosophie, obligatorischer Teil des Philosophiestudiums in der Sowjetunion, vermittelte *mindestens* das Wissen um die

Existenz der Tradition russischer religiöser Philosophie. Auch die Literatur des 19. Jh. (die Romane Dostoevskijs) habe sich als Bewahrerin und Vermittlerin dieser Tradition erwiesen.<sup>11</sup> Bei einer genaueren Betrachtung des philosophischen Lebens der Stalin-Zeit kann zudem die These vom Tod der Philosophie (durch die Vernichtung nicht-marxistischer philosophischer Traditionen und die Umwandlung des Marxismus in eine Legitimationsideologie) in dieser Zeit nicht aufrechterhalten werden.<sup>12</sup>

Die These, wonach die bolschewistische Revolution der religiös-philosophischen Renaissance sowie der Philosophie überhaupt ein abruptes Ende bereitet habe, hängt eng mit der Vorstellung zusammen, daß der Marxismus gewissermaßen von außen in die russische Kultur einbrach und als „Eindringling“ die autochthone Tradition zerstörte. In der Tat hat der Sowjetmarxismus jedoch seine Quellen nicht nur im westlichen, sondern auch im russischen Marxismus, der wiederum in der russischen Kultur verwurzelt ist. Das bezeugt zum einen seine eigene Genealogie, die Traditionen verzerren mag, aber nicht als gänzlich illegitime Inanspruchnahme gewertet werden kann. Dies bezeugt aber auch die Reflexion seiner Kontrahenten, der religiösen Philosophen, auf den russischen Marxismus, die ihn in der russischen Geistes- und Kulturgeschichte verorten.<sup>13</sup> Zu beiden Traditionslinien – der des russischen Marxismus und der der russischen religiösen Philosophie – gehört die Beziehung auf die jeweils andere als konstitutives Moment. So steht der Marxismus der angeblich abgebrochenen Traditionslinie nicht äußerlich gegenüber, sondern ist in ein und demselben kulturellen Kontext verankert. Die in der russischen Tradition tief verwurzelte fehlende Differenzierung von Philosophie und Religion weckte bestimmte Erwartungen gegenüber der Philosophie, die auch vom Sowjetmarxismus erfüllt wurden: Philosophie soll in erster Linie ein ganzheitliches Weltbild liefern, soll vor allem Weltanschauung sein.

Die bolschewistische Revolution verfolgte zwar das Ziel, den Mechanismus des Tradierens zu zerschlagen. Gelungen ist ihr das indes nicht. Die sowjetische kulturelle Kondition bringt eine neue Weise der Beziehung jener Traditionslinien zueinander hervor, die bereits als russische aufeinander bezogen waren. Was sich allerdings veränderte, war die Seinsweise der unterdrückten Tradition. Da ihre institutionellen und personellen Grundlagen zerstört wurden, flüchtete sie sich v.a. in Nischen der Sowjetwissenschaft<sup>14</sup>: in die Literaturtheorie, in die kulturgeschichtliche Forschung und in die marginalen Fächer der sowjetmarxistischen Philosophie, also bspw. aus dem *Dia-* und *Histomat* in die Ästhetik, Kulturtheorie, in die Wissenschafts- und Philosophiegeschichte. Bei einigen Autoren – nicht jedoch bei Losev – war damit eine radikale Veränderung der Gestalt der Tradition verbunden: die religiöse Philosophie wurde selbst zum Gegenstand der Reflexion, eine gewisse Distanz zu dieser Philosophie stellte sich her.

In der neuen russischen philosophischen Kultur tritt an die Stelle des distanzierten Verhältnisses zur russischen

religiösen Philosophie die Geste des Wiederanknüpfens. Die damit verbundene Erwartung dieser Philosophie gegenüber wird in hohem Maße durch ein Philosophieverständnis geprägt, das aus der vorrevolutionären Epoche über die Sowjetzeit bis heute tradiert worden ist und in dem Philosophie und Religion nicht streng voneinander unterschieden werden. Diese Kontinuität bedingt die Vorliebe für Philosophie als ganzheitliches Wissen und Weltanschauung. So soll die religiöse Philosophie eine angestrebte „Verchristlichung“ der Kultur begründen, die als einziger Ausweg aus den von der Sowjetzeit hinterlassenen Problemen angesehen wird. Doch selbst im Falle eines unkritischen Umgangs mit der Tradition bei denjenigen, die sich um die Bewahrung der „reinen“ Tradition bemühen, impliziert die Geste des Wiederanknüpfens nicht notwendig eine naive Vorstellung von einer problemlosen Präsenz der Tradition.<sup>15</sup> Vielmehr kann sie mit dem Bewußtsein einhergehen, daß die Tradition an sich keine lebendige, aktuelle philosophische Position ist. Es ist eine Frage der philosophischen Kultur, ob und wie sie weiterlebt; dieses Weiterleben ist mit der Arbeit der Wiederherstellung, Entwicklung und Erneuerung der Tradition auf das engste verbunden.<sup>16</sup> Insbesondere Sergej Choružij bemüht sich intensiv um die Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses von Bewahrung des authentischen Wesens der Tradition und ihrer wissenschaftlichen Analyse, die erst ihre Einführung in einen allgemein-kulturellen Kontext ermöglicht. Diese Bemühungen gehen mit der Suche nach der geeigneten wissenschaftlichen Methode einher; einer Methode, die nicht in positivistischer Manier gerade jene Züge ignoriert, welche das Wesen der Tradition ausmachen, sondern die die Verknüpfung von „innerem“ und „äußerem“ Zugang zur Tradition ermöglicht.

Die Arbeit der Wiederherstellung der Tradition russischer religiöser Philosophie hat eben erst begonnen, und nicht zuletzt von ihrem Erfolg wird es abhängen, ob eine russische Originalität (*samobytnost'*) in den interkulturellen Dialog eingebracht werden kann oder nicht.

*Annett Jubara ist Lehrbeauftragte für Philosophie Rußlands am Osteuropa-Institut der FU Berlin.*

<sup>1</sup> A. P. Cygankov/P. A. Cygankov, Pljuralizm ili obosoblenie civilizacij? Tezis Chantingtona o buduščem mirovoj politiki v vosprijatii rossijskogo vnešnepolitičeskogo soobščestva, in: Voprosy filosofii, 2/1998, S. 18–34. Nach Auffassung der Autoren stärkte Huntington den nationalistischen Diskurs. Auch in Zukunft werde sich der russische außenpolitische Diskurs nicht autark gestalten, sondern von den Botschaften abhängen, die vom Westen ausgehen.

<sup>2</sup> Darüber berichten E. N. Anikeeva und A. V. Semuškin in: Voprosy filosofii 2/1998, S. 173–177. Das Symposium wurde von der human- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Rußländischen Universität der Völkerfreundschaft (PUDN) durchgeführt, mit Unterstützung weiterer Organisationen, u.a. des Soros-Fonds. Die ersten beiden Symposien zu diesem Thema fanden in den Jahren 1993 und 1996 statt.

- <sup>3</sup> Vladimir Malachov, Über „russische postmoderne“ Philosophie, in: Klaus-Dieter Eichler/Ulrich Johannes Schneider (Hg.), *Russische Philosophie im 20. Jahrhundert*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 1996, *Leipziger Schriften zur Philosophie* 4, S. 75.
- <sup>4</sup> Diesen Versuch unternehmen: Arsenij Gulyga, *Russkaja ideja i ee tvorcy*, Moskva: Soratnik 1995; Sergej Choružij, *Diptich Bezmolvija. Asketičeskoe učenie o čeloveke v bogoslovskom i filosofskom osveščennii*, Moskva 1991. Es gibt aber auch Versuche, an andere vorrevolutionäre oder frühsowjetische philosophische Strömungen anzuknüpfen, etwa an die Phänomenologie bzw. eine russische „Phänomenologie vor der Phänomenologie“ der Jahrhundertwende; siehe dazu: Viktor Molčanov, Die Bedeutung der phänomenologischen Philosophie für die heutige Philosophie in Rußland, in: K.-D. Eichler/U. J. Schneider (Hg.), a.a.O., S. 79–84.
- <sup>5</sup> Vladimir Malachov, Über „russische postmoderne“ Philosophie, a.a.O., S. 60.
- <sup>6</sup> Ebd., S. 75.
- <sup>7</sup> Ebd., S. 60.
- <sup>8</sup> Ebd., S. 75.
- <sup>9</sup> Iz razgovorov na belomorstroe (1933) (Aus den Gesprächen beim Weißmeerkanalbau), in: A. F. Losev, *Žizn'. Povesti, Rasskazy, Pis'ma*, St. Peterburg 1993, S. 300–364; *Osnovnye osobennosti russkoj filosofii* (Die wichtigsten Besonderheiten der russischen Philosophie), in: ders., *Filosofija – Mifologija – Kul'tura*, Moskva 1991, S. 509–513 (40er Jahre).
- <sup>10</sup> So in „Samoe samo“, einem Text, den Losev in den 30er Jahren, nach seiner Rückkehr aus dem Lager, niederschrieb, in: A. F. Losev, *Mif – Čislo – Suščnost'*, Moskva: Mysl' 1994 (Sobr. soč., Bd. 3), S. 299–526.
- <sup>11</sup> Viktor Molčanov, Die Bedeutung der phänomenologischen Philosophie für die heutige Philosophie in Rußland, in: K.-D. Eichler, U. J. Schneider, a.a.O., S. 79/80.
- <sup>12</sup> Siehe dazu: Frances Nethercott, Philosophieren unter Stalin und unter Nikolaj I., in: K.-D. Eichler/U. J. Schneider, a.a.O., S. 23–34.
- <sup>13</sup> In den Sammelbänden „Vechi“ und „Iz glubiny“, sowie: Nikolaj Berdjaev, *Istoki i smysl russkogo kommunizma*, Paris 1955; Fedor Stepun, *Der Bolschewismus und die christliche Existenz*, München 1959; A. F. Losev, *Osnovnye osobennosti ...*, a.a.O.
- <sup>14</sup> Vgl. Evert v.d. Zweerde, Philosophieren in der Sowjetzeit und danach. Die Kultur der russischen Philosophie, in: K.-D. Eichler/U. J. Schneider, a.a.O., S. 16.
- <sup>15</sup> So bei S. Choružij, der seine Überlegungen zur Möglichkeit des Wiederanknüpfens an die Tradition in einem Aufsatz darlegte: *Podvig kak organon. Organizacija i germenevtika opyta v isichastskoj tradicii*, *Voprosy filosofii* 3/98, S. 35–118.
- <sup>16</sup> Siehe dazu: E.v.d. Zweerde, *Konec russkoj filosofii kak russkoj?*, in: *Voprosy filosofii* 2/1998, S. 127–134.

## Nationale Identität und die Aufgaben der politischen Bildung

Es ist heute von großer Wichtigkeit, das Problem der nationalen Identität in Zusammenhang mit den Traditionen und Konzeptionen der politischen Bildung in verschiedenen gesellschaftlichen Systemen zu analysieren. Eine solche Analyse ist für die Einschätzung und Lösung der Frage unerlässlich, auf welchem Wege das Erbe der nicht allzu ferne liegenden totalitären Vergangenheit bewältigt werden kann.

„Nationale Identität“ ist als eine Assoziation oder Identifikation von Gruppen und Individuen mit einer Ganzheit oder einem System von Verhältnissen definiert worden, nicht selten auch in Abgrenzung von anderen Gruppen. In der heutigen wissenschaftlichen Literatur aber bekommt dieser Begriff neue Deutungen – von soziokulturellen bis hin zu spezifisch politischen –, um die Orientierungen von politischen Eliten zu charakterisieren. Zum Beispiel wird die Absicht der Staaten der Visegrad-Gruppe in die EU und die NATO einzutreten, von einigen Fachleuten interpretiert als Bestreben, „eine zentrale europäische Identität zu entwickeln ... (und) ... die Bande, die sie an Osteuropa gebunden haben, zu lösen“ (S. R. Burant 1995, 1125).

Also wird eine solche Identitätsdeutung für die Beschreibung eines Systems von „inneren“ Orientierungen im Unterschied zu anderen Identifizierungsvarianten benutzt, die in der Regel auf die subjektive Einstellung der Wissenschaftler zu Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten von Individuen, Gruppen und Völkern hinweisen. Diese „äußeren“ Gleichsetzungen können grundsätzlich auch den Ausgangspunkt für eine elaborierte Identitätsauffassung bil-

den. Sie unterliegen jedoch dem Vorwurf willkürlicher Festsetzungen, wenn die wissenschaftliche Methodologie politischen Tendenzen folgt. Zum Beispiel kann die Identifizierung von Esten, Letten und Litauern als Staatsvölker im Gegensatz zu den Belorussen und den Ukrainern, die J. Armstrong in den 60er Jahren vorgenommen hat, kaum als vollkommen wissenschaftlich gelten. Im Grunde genommen entsprach diese Betrachtungsweise der offiziellen Nichtanerkennung des gewaltsamen Anschlusses der baltischen Länder nach dem Molotov-Ribbentrop-Pakt (J. Armstrong 1968, 14–15, 21–22). Die Tatsache, daß die baltischen Völker bis zum Jahr 1917 keine eigene Staatlichkeit hatten und zusammen mit Belorussen und Ukrainern zum Bestand Rußlands gehörten, wurde außer acht gelassen.

Es ist völlig klar, daß eine Analyse der Identität nicht nur auf die Besonderheiten der Politik von nationalen Eliten beschränkt werden kann (J. Rothschild 1981, 27–30; A. D. Smith 1993, 54). Ich betrachte in erster Linie Besonderheiten der politischen Kultur, d.h. eine Sphäre von kognitiven, affektiven und valuativen Präferenzen, die eigentlich die Struktur von individuellen Einstellungen und Orientierungen zur Politik unter den Teilnehmern des politischen Systems bildet (G. A. Almond/G. B. Powell 1966, 50).

Die Erforschung des Einflusses kultureller Faktoren auf die Veränderungen in sozialen Systemen in einigen akademischen Kreisen erregt manchmal Besorgnis. Wie S. Huntington einmal bemerkt hat, ist „die Konzeption von Kultur in der Sozialwissenschaft mangelhaft, weil sie

gleichzeitig zu nachlässig und ungebräuchlich ist. Sie ist oberflächlich (und deshalb gefährlich), da sie in gewissem Sinne eine Randkategorie ist. Wenn die relevanten Unterschiede zwischen Gesellschaften durch andere Gründe nicht erläutert werden können, so ist es verlockend, diese der Kultur zuzuschreiben. Aber solche Erklärungsversuche erweisen sich oft als außerordentlich ungenau.“ (M. Weiner/S. Huntington 1987, 22–23).

Es ist trotzdem offensichtlich, daß eine Analyse des Posttotalitarismus, welche die kulturellen Traditionen nicht in Betracht zieht, an der Oberfläche des Phänomens verbleibt.

Die politische Kultur wird ihrerseits durch Eigenschaften des Nationalcharakters bedingt, der bei den europäischen Völkern im Laufe einer langen Entwicklung entstanden ist. Die Rolle historischer Bedingungen bei der Herausbildung des Nationalcharakters wurde von E. Fromm speziell hervorgehoben: „Es wird behauptet, daß man für jede Nation eine typische ‘Charakter-Matrix’ mit sich daraus ergebenden positiven und negativen Auswirkungen nachweisen könne, so daß jedes Volk entsprechend den unterschiedlichen historischen Bedingungen verschiedene Grundcharakterzüge entwickelt, die zwar nicht ewig, aber doch viele Generationen lang aufgrund der Wirkung und Wechselwirkung der verschiedenen oben erwähnten Faktoren erhalten bleiben. Man nimmt dabei an, daß diese relativ konstante Charakter-Matrix wertindifferent sei und unter bestimmten Bedingungen zu positiven Eigenschaften führe, unter anderen zu negativen.“ (E. Fromm 1989, 5).

Wenn man den Nationalcharakter als Ergebnis historischer Entwicklung betrachtet, darf man auch annehmen, daß gerade diese sozialgenetischen Züge, die sich in früheren Perioden der Geschichte herausgebildet haben, bei den unterschiedlichen Wegen der Überwindung des totalitären Erbes eine Hauptrolle spielen. In bestimmten Ländern haben sich die autonomen Strukturen – einflußreiche Intelligenz und Studentenschaft, katholische Kirche, unabhängige Gewerkschaften usw. – nicht der endgültigen Entartung unterworfen, sondern sind zugleich als Anführer der „antitotalitären Welle“ aufgetreten. Dies zeugt von einer bestimmten Standfestigkeit der politischen Kultur, die sich in der kapitalistischen Periode herausgebildet hat.

Die Daten soziologischer Umfragen in Rußland zeigen dagegen, daß die Reaktion der Bevölkerung auf liberale Reformen den Traditionen einer politischen Kultur entspricht, die G. Almond und G. Powell als „subject-participant“ (im Sinne einer politischen Partizipation von Untertanen) bezeichnet haben. Das Grundcharakteristikum dieses Typs ist eine Kombination von politischem Konformismus mit religiös-traditionellem Verhalten gegenüber der politischen Realität, das seinerseits gewisse Züge der Indifferenz hat (G. A. Almond/G. B. Powell 1966, 259, 273). Die Spezifik der russischen Variante dieser Kultur besteht darin, daß die patriarchalisch-monarchistischen Traditionen der früheren Staatlichkeit von der herrschenden kommunistischen Elite sehr eigentümlich umgestaltet worden sind. Totalitarismus und patriarchalisch-or-

thodoxes sozio-kulturelles System haben sich einander angepaßt. Rußland, das nach einer Bemerkung von Max Weber in Jahre 1906, „vor kaum mehr als einem Jahrhundert in seinen ‘nationalsten’ Institutionen starke Ähnlichkeiten mit der Monarchie Diokletians aufwies“ und „in der Tat keine ‘historisch’ orientierte und dabei doch lebensfähige ‘Reform’ vornehmen konnte“ (M. Weber 1988, 33f.), ist wahrscheinlich deshalb zur Urheimat des Totalitarismus geworden. Der sozialistische Radikalismus hat nur auf die Formen der Transformation und der Ideologie Einfluß ausgeübt.

Es ist kein Zufall, daß trotz aller Veränderungen der Gegenwart große Bevölkerungsgruppen in Rußland, Belorußland und der Ukraine ihre sowjetische Identität in aller Offenheit kundtun. Die Erhaltung der Grundelemente der traditionellen politischen Kultur fällt so sehr ins Auge, daß die oben erwähnte Charakterisierung von Almond and Powell von fast allen russischen Lehrbuchautoren verwendet wird. J. Miller unterstreicht in seinem Werk, das den Fragen der heutigen russischen politischen Kultur gewidmet ist, ebenfalls ihre folgenden Merkmale – Festhalten an der Idee des mächtigen Reichs, Nationalismus, Gemeinschaftlichkeit, Reformismus usw. (J. Miller 1995, 18).

Unter diesen Bedingungen mußte die Politik, die von der neuen regierenden Elite nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unter liberalen Losungen eingeleitet worden ist, unvermeidlich in Konflikt mit den herrschenden Traditionen und Stereotypen des politischen Verhaltens geraten. Als Ergebnis können wir heute nicht nur die Hemmung und Entstellung der marktwirtschaftlichen Reformen feststellen, sondern auch die Bildung von politischen Institutionen, die nur den Anschein von Demokratie erwecken. Der neue pseudoliberalen Staat – in dem die Rollen sowohl der Herrscher als auch der neuen Großeigentümer mit den Vertretern der alten Nomenklatur besetzt sind, die sich aktiv mit kriminellen Elementen vermischen – hat alle Merkmale der totalitären Ordnung bewahrt: die Dominanz der Politik über die Wirtschaft, des Staates über die Gesellschaft und des politischen Willens über die ökonomischen Interessen (P. Kandel 1996, 99).

Alle diese Besonderheiten der russischen Gesellschaft zeigen deutlich, daß die Länder Zentraleuropas und Rußland aus der Sicht der posttotalitären Modernisierungsstrategie zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine historische Dichotomie bilden könnten.

In diesem Zusammenhang ist es interessant daran zu erinnern, daß sich die politischen Prozesse in beiden Regionen ursprünglich im Rahmen eines gemeinsamen Modells entwickelten, das von den Fachleuten mit dem Namen der „Antipolitik“ belegt wurde. Dieser Begriff wurde für ein klareres Verständnis der Art der Legitimation der neuen politischen Eliten in postsozialistischen Staaten eingeführt. Wie die Erfahrung gezeigt hat, wurde die Lösung von neuen wirtschaftlichen und sozialen Problemen von Anfang an im Rahmen einer spezifisch büokra-

tischen Politik realisiert. Wie K. Mänicke-Gyöngyösi vor kurzem schrieb: „Sowohl die korporatistische Variante der Interessenvermittlung als auch die von Personen losgelöste Legitimierung staatlicher Machtausübung über gesatzte Regeln setzt bereits voll ausgebildete Institutionen intermediärer oder bürokratischer Art voraus, die der postsozialistischen Situation von osteuropäischen Übergangsgesellschaften unangemessen bleiben. Für diese ist es gerade charakteristisch, daß sie sich erst im Prozeß der Institutionenbildung befinden, wobei einerseits die Grenzen zwischen den Institutionen fließend bleiben und andererseits sich die Rationalitäten und Orientierungen, die die Handlungsspielräume und Verhaltensweisen innerhalb der Institutionen regeln, erst herausbilden. Bezogen auf die Aushandlungsmechanismen zwischen Arbeitnehmern, Managern und staatlichen Akteuren im intermediären und bürokratischen Bereich bedeutet dies, daß es schwierig wird, zwischen Klientelismus einerseits und rechtlich abgesicherter Interessenvermittlung bzw. bürokratischer Regelung andererseits zu unterscheiden.“ (K. Mänicke-Gyöngyösi 1995, 224–225).

Die Antipolitik ist die wichtigste Art und Weise, um Handlungsfreiheit für die neue Bürokratie sicherzustellen, die sich als fähig erwiesen hat, den Rat zu befolgen, den Pareto allen Herrschern gegeben hatte, d.h. in diesem Fall die radikalen antikommunistischen Stimmungen und Energien in eine Art politischer Führung zu transformieren, wenn die Instituierung von Markt und Demokratie völlig durch die Tendenz zur allgemeinen Staatsvormundschaft vermittelt ist. In der Übergangsperiode wird die Einheit zwischen der Macht und der Hauptmasse der Bevölkerung nicht durch Ergebnisse der Demokratisierung des politischen Lebens, sondern mit Hilfe der „symbolischen Integration“ erreicht: „Symbolische Integration kann den Mitvollzug demokratischer Partizipation unterstützen, aber auch dazu beitragen, daß Interessengegensätze überbrückt werden. Sie kann die Akzeptanz von Konflikt-schlichtungsmechanismen fördern, aber auch an ihnen vorbei, ohne sie im einzelnen nachzuvollziehen, die Staatsbürger in den Prozeß symbolischer Identifikation mit dem demokratischen Grundkonsens einbinden.“ (K. Mänicke-Gyöngyösi 1996, 13f.). Die politische Entwicklung fast aller postsozialistischen Länder zeigt, daß diese Art der politischen Führung wahrscheinlich ein unvermeidliches Stadium ist, das den Beginn der zukünftigen demokratischen Transformation symbolisiert. Aber niemand ist natürlich versichert gegen eine neue Windung der neokorporatistischen Spirale.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Scharfsinn der Beobachtungen E. Fromms noch einmal betonen: „Auch sprechen gewisse Gründe für die Annahme, daß die Charakter-Matrix auf unterschiedliche historische Bedingungen zurückzuführen ist, während die positiven oder negativen Auswirkungen einer jeden Charakter-Matrix mehr oder weniger von den gleichen gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen abhängen. Die Verhinderung der freien Lebensentfaltung, Manipulation, Einschüchterung,

kurz jede Bedingung, die das Wachstum beeinträchtigt, hat negative Auswirkungen. Freiheit, Spontaneität und Wachstum – Bedingungen, die jedes Individuum als Selbstzweck und nicht als Mittel für die Zwecke anderer betrachten – führen zu einem positiven Ergebnis.“ (E. Fromm 1989, 5–6)

Die Bedingungen, die sich im heutigen Rußland herausbilden, sind weit entfernt davon, ein solches positives Ergebnis zu erreichen. Eine auffallende Besonderheit der postsozialistischen russischen Geschichte ist die globale Krise der Werte. Die Ursache des Zerfalls der Sowjetunion war nicht nur die Konkurrenz von politischen Eliten, sondern auch der sittliche Verfall, der vielleicht nur wenige historische Parallelen hat. Die Parlamentswahlen von 1993 und 1995 haben deutlich gezeigt, daß die Legitimität des neuen politischen Regimes nicht garantiert ist, weil die Werte der westlichen liberalen Demokratie, die von ihm verkündet werden, sich rasch an die Peripherie des Massenbewußtseins zurückziehen. Die Begleitumstände der Neuwahl von B. Jelzin zeugen u.a. auch von der Instabilität der demokratischen Orientierungen.

Die Situation kann sich nur dann verändern, wenn ein neues, alternatives Reformprogramm ausgearbeitet wird. Die stufenweise Herausbildung einer neuen politischen Kultur ist meiner Meinung nach ein Schlüsselmoment zur Überwindung der Krise. Die Grundvoraussetzung dieser Kultur ist die Konzeption der politischen Bildung, die dem Gesellschaftsbewußtsein neue Orientierungen nahebringt.

In einer Zivilgesellschaft sind politische Kultur und politische Bildung nicht nur voneinander untrennbar, sondern können auch in gewissem Sinn als Äquivalente betrachtet werden. Die politische Bildung ist deshalb ein kompliziertes System, das die Elemente der Kultur, die den Charakter und die Formen der politischen Sozialisation bestimmen, während des Bildungsprozesses in einen gewissen Typ politischen Verhaltens und Bewußtseins integriert. Jeder Staat strebt ungeachtet seines Charakters danach, diesen Prozeß durch zentral geleitete Entscheidungen zu kontrollieren.

Im demokratischen Staat ist die Existenz einer unabhängigen öffentlichen Meinung eine sichere Garantie für die Orientierung auf ein solches Modell der politischen Bildung, in dem der Kontrollmechanismus des Staates von seiten der Bürgergesellschaft unterstützt und verstärkt wird. Ein solches System, das sich auf Interessenpluralismus mit solchen Attributen wie Autonomie, Selbstgenügsamkeit, Freiheit u.a. beruft, bezeichnet G. Sartori als „Bildung“ im Gegensatz zu „Indoktrination“, (G. Sartori 1992, 108). M. Oakshott seinerseits teilt die politische Bildung in „professionelle“ und „universelle“ Varianten im Gegensatz zur „ideologischen Bildung“, die auf Erlernung streng formulierter „ideologischer Texte“ basiert (M. Oakshott 1962, 116).

In der heutigen Welt sind alle oben genannten Modelle der politischen Bildung weit verbreitet. Für spezifisch

westlich wird nur das pluralistische Bildungsmodell gehalten, das von Staatskontrolle relativ frei ist. Dieses ist als Ergebnis einer langen Evolution sowohl der staatlichen Institutionen als auch der verschiedenen Systeme der politischen Philosophie entstanden. Die Grundinstitutionen, in denen sich die entsprechenden Bildungsprozesse kristallisieren, sind: 1) das System der universellen (freien) Bildung in staatlichen und privaten Schulen und 2) das heutige System der Universitätsbildung. In beiden Systemen realisieren sich auf verschiedenen Ebenen drei Hauptaspekte der politischen Bildung: a) Formulierung, Festigung und Übertragung von allgemeinen Grundlagen der politischen Weltanschauung; b) Aneignung der Gesamtheit politischer Disziplinen (die Ebene des wissenschaftlichen Begreifens von Politik und des Phänomens des Politischen) und schließlich c) die Vorbereitung sowohl zur Teilnahme an Wahlen als auch zur professionellen politischen Tätigkeit.

Die politische Elite, die über diese Institutionen Kontrolle ausübt, ist deshalb fähig, auf die Formen und Inhalte der politischen Sozialisation und infolgedessen auf andere Sphären des sozialen Lebens einzuwirken. Das Maß einer solchen Kontrolle ist durch das Verhältnis von Bildung und Indoktrination in den Unterrichtsprogrammen definiert, d.h. durch den Grad politischer Freiheit. Einzelne Elemente politischer Bildung können im Rahmen autoritärer Regime entstehen, aber sie verschwinden sofort, wenn sich der Autoritarismus in eine Variante des Totalitarismus verwandelt.

Der heutige Charakter der politischen Bildung in den westeuropäischen Ländern und den USA wurde von der optimistischen Überzeugung der Intellektuellen geprägt, daß die notwendige Bildungsreform durchgeführt werden kann. „Wir können“, schrieb J. Dewey, „in Schulen den Plan projektieren, der dem Gesellschaftstyp entspricht, den wir zu erreichen trachten.“ (R. B. Westbrook 1992, 192)

Man kann diese Orientierung schon im klassischen Werk von J. S. Mill „Betrachtungen über die repräsentative Demokratie“ finden, wo die Begriffe „demokratische Regierung“ und „Erziehung“ nicht selten als Äquivalente betrachtet werden (J. S. Mill 1971, 52). Das von dem englischen Philosophen formulierte Grundprinzip – „das Wesen der demokratischen Konstitution ist die allgemeine Staatsbürgerschaft. Alle Leute müssen Bildung erhalten, um Bürger werden zu können“ – ist als theoretisches Fundament zeitgenössischer Demokratietheorie anerkannt. Die heutigen Anhänger von Mill sind völlig davon überzeugt, daß mit Hilfe spezieller Schulprogramme und entsprechender didaktischer Methoden die rationalistischen Prinzipien der demokratischen Politik nicht nur erhalten und verstärkt, sondern auch in ein Hauptinstrument politischer Erziehung und Sozialisation verwandelt werden können. Es ist übrigens auch nicht zufällig, daß die Anhänger dieser Richtung die Fachorientierung der Schulbildung durchaus ablehnen und die Einführung von freien, humanistischen, allgemeinbildenden Programmen in allen Schulen fordern (M. Adler 1991, 126).

Die Ergebnisse soziologischer Umfragen in amerikanischen Städten zeigen, daß eine solche radikale Haltung eine ziemlich starke Unterstützung hat. Das realisiert sich sowohl in Forderungen, den Bildungsstandard zu verbessern, als auch im Vorzug, den die Amerikaner katholischen und protestantischen allgemeinbildenden Privatschulen geben (I. Crespi 1988, 43, 80–81; R. Dahl 1989, 142 ff., 156–162; M. Yanowitz 1985, 92–112; D. Jankelovich 1991, 166 ff., 249).

In der Bundesrepublik Deutschland wurde Anfang der neunziger Jahre – bei der Diskussion über die Rolle von neuen didaktischen Methoden in der modernen Schule – der politischen Bildung große Aufmerksamkeit geschenkt, die jetzt als ein Pfeiler der Zukunftspolitik betrachtet wird. P. Weinberger hat die Ergebnisse dieser Diskussion wie folgt formuliert: „Zukunft“ als Ziel und Inhalt politischer Bildung ist erst in Ansätzen als zentrales Relevanzkriterium der politischen Didaktik akzeptiert ... Wenn aber immer deutlicher wird, daß das Überleben der Gattung Mensch und des Planeten Erde entscheidend davon abhängt, ob und wie weit es gelingt, in den einzelnen Wissenschaftsdisziplinen, insbesondere in den Sozialwissenschaften, ‘Zukunftswissen’ zu entwickeln und für die praktische Politik verfügbar zu machen, dann muß gefordert werden, daß dieses ‘Zukunftswissen’ auch in die Ziel- und Inhaltskataloge sowie das Methodenrepertoire der politischen Bildung eingeht“ (P. Weinberger 1990, 316).

Die Frage nach den Perspektiven des politischen Wissens und der politischen Bildung wäre unverständlich und praktisch unmöglich, wenn man nicht die Impulse zur Entwicklung des liberalen Denkens berücksichtigt, die immer wieder von der Sphäre der Universitätsbildung ausgestrahlt wurden. Der Platz der Universität als einer einzigartigen kulturellen Einrichtung und als Faktor demokratischer Politik wurde schon lange zwischen Anhängern der universellen und der professionellen Bildung umkämpft. Es ist klar, daß nicht alle Wissenschaftler und Politiker mit der These einverstanden sind, die im 19. Jahrhundert von J. H. Newman – dem Rektor der katholischen Universität in Dublin – formuliert wurde, die Universität sei ein Ort, wo man Zutritt zum allgemeinen Wissen als „Zweck in sich“ bekommt. (J. H. Newman 1976, II. IX, 7; I. VII, 1). Beleg für eine entgegengesetzte Auffassung von Universitätsbildung wurde die Eröffnung zuerst der professionellen Colleges in den alten Universitäten und später die Errichtung von technischen und sogar polytechnischen Universitäten.

Dieser Prozeß der Fachorientierung der Universitätsbildung wurde manchmal nicht zufällig von Anklagen gegen die Verbreitung von „subversiven“ und revolutionären Doktrinen begleitet. Zugegebenermaßen reiften die Ideen revolutionärer Umwälzungen häufig innerhalb von Universitätsmauern heran, in den Universitäten gärten revolutionäre Bewegungen, sie wurden zeitweise zu Modellen einer neuen politischen und sozialen Ordnung. Die Frage ist aber, in welchem Grade die Universitätstradition

humanistischer Bildung dafür verantwortlich zu machen ist. Besitzer von Universitätsdiplomen wurden sowohl zu Revolutionären als auch zu bekennenden Konservativen, Bürokraten und Militaristen.

Die vorgelegten Belege bestätigen im wesentlichen nur einen Satz: die Universitäten sind ungeachtet ihres sozialen Status und nicht selten konjunkturbedingter Bildungsorientierungen für alle Tendenzen offen, die in der Gesellschaft existieren. Sie üben eher einen indirekten Einfluß auf diese Tendenzen aus, als daß sie das Laboratorium der Revolution sind.

Man darf deshalb behaupten, daß die Universitätsbildung heute nur in einer solchen Gesellschaft einen eigenen Status erwerben kann, in der die Politik auf das Erlangen von Konsensus, nicht aber auf die Entfesselung von Konflikten ausgerichtet ist. So wird die Universität nur dann zur Quelle von neuen Konzeptionen der politischen Bildung, wenn die praktische und ideologisch engagierte Politik außerhalb ihrer Mauern bleibt und die Sprache der Philosophie und der Geschichte den ihr gebührenden Platz einnimmt. Dies setzt voraus, daß die „ersten Prinzipien“ der Universitätsbildung in Kraft bleiben.

Es gibt viele Wege, sich von der Tradition der freiheitlichen Bildung zu verabschieden. Manchmal erscheinen sie als erzwungen und einzig möglich. In den dreißiger und vierziger Jahren, als viele Menschen überzeugt waren, daß liberale Werte unter dem Druck totalitärer Diktaturen endgültig begraben würden, machte K. Mannheim die liberale Bildung sowohl für die totalitäre Entartung Deutschlands verantwortlich als auch für die Unfähigkeit der damaligen Demokratien, mit der prinzipiell neuen Situation fertig zu werden.

Zur selben Zeit hatte J. Schumpeter in seinem Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ im allgemeinen die Möglichkeit bezweifelt, „die klassische Konzeption der Demokratie“ zu realisieren, da diese Konzeption weder der Menschennatur noch den Realitäten des menschlichen Verhaltens, die ständig die Irrationalität dieser Natur bekräftigten, entsprechen. In der politischen Sphäre verschafft Bildung, wie K. Mannheim bemerkt hat, den Menschen keine Vorzüge, weil das aus der Bildung stammende Verantwortlichkeitsgefühl üblicherweise nicht über die Grenzen ihrer Berufsausübung hinausgeht. Allgemeine politische Entscheidungen sind deshalb gebildeten Bevölkerungsschichten wie unbewanderten Spießbürgern gleichermaßen unzugänglich. Demokratietheorie kann also nur dann behilflich sein, wenn sie ein notwendiges Minimum von Partizipation begründet und den konkurrierenden Eliten und der Bürokratie die praktische Entscheidung politischer Fragen überläßt (J. Schumpeter 1976, 256 f., 261–262, 284–285).

Es ist unschwer zu bemerken, daß im heutigen Rußland die Argumentation und die Konsequenzen, die K. Mannheim, J. Schumpeter und viele andere Wissenschaftler,

die von den Möglichkeiten der zeitgenössischen Demokratie enttäuscht waren, gezogen hatten, auf den ersten Blick als adäquate Begründung für den Platz und die Rolle der politischen Bildung herangezogen werden können. Allerdings gewährt der Übergangscharakter des politischen Prozesses und die heutigen Klassenbeziehungen nicht die geringsten Chancen, das westliche Modell liberaler Demokratie zu realisieren. Das Land tritt aufs Neue in eine Periode ein, die von M. Weber prophetisch Epoche des Scheinkonstitutionalismus genannt wurde (M. Weber 1988, 66 ff.). Die Kombination von erklärtem Konstitutionalismus mit bürokratischer Regulierung eröffnet den realen Weg zur allmählichen Herausbildung von Strukturen der sozialen Demokratie, die durch die hervorstechende Elitenkonkurrenz in der politischen Sphäre und die Wechselwirkung von Sozialismus und Kapitalismus in Wirtschaft und Ideologie gekennzeichnet sind. Ein solches Modell von J. Schumpeter wurde übrigens als völlig lebenskräftig sogar für den kapitalistischen Westen betrachtet.

Unter diesen Bedingungen wird staatliche Politik in der Bildungssphäre zu einem der wichtigsten Indikatoren zukünftiger politischer Entwicklung, und dies umso mehr, als die Bildungsinfrastruktur, die vom sozialistischen Staat hinterlassen wurde, bei entsprechender Weiterentwicklung ein sicherer Garant für die Stabilität demokratischer Wahlen werden könnte.

Die Sowjetunion war eine „Technotopie“, d.h. „ein politisches Regime, das seinen Bürgern einen technologischen Sprung zur qualitativ besseren Existenz versprach“ (H. D. Balzer 1989, 1). Das Wissenschafts- und Bildungssystem, das die ideologischen Ansprüche unterstützte, war das umfangreichste in der Welt. Die Universitätsstruktur war ziemlich verzweigt und stützte sich auf die festen Traditionen der allgemeinbildenden Schulprogramme. Natürlich war die Universität unter den Bedingungen der Herrschaft einer einzigen Ideologie nur eines von vielen Elementen des ideokratischen Staates, sie führte lediglich die ihr vorgeschriebene Dienstfunktion aus. Aber der Deideologisierungprozeß, der mit der „Perestroika“ begonnen hatte, zeigte sofort die wichtige Rolle der Universitäten bei der Herausbildung einer neuen politischen Kultur auf. Allerdings schenkte man in dem reißenden Strom liberaler Rhetorik, der Ende der achtziger Jahre seinen Höhepunkt erreichte, dem Problem der politischen Bildung und der Rolle der Universitäten bei ihrer Formierung keine Beachtung. Die heutige Situation sieht noch paradoxer aus, entbehrt aber nicht der Konsequenz: die Regierungspolitik hat die wissenschaftlichen Institutionen nahezu dem Aussterben überantwortet und zugleich die Umbenennung vieler technischer Hochschulen in Universitäten gebilligt.

All diese Prozesse zeigen, daß die Jahrtausendwende für Rußland ein Wendepunkt sein wird. Unter den Krisenbedingungen kann die neue Konzeption politischer Bildung zum wichtigsten Bindeglied werden zwischen einer

sich erst konstituierenden Bürgergesellschaft und dem neuen Inhalt des Politischen, der sich den Weg durch Gruppeninteressen bahnt. Die russische Nation kann eine neue Identität im Rahmen einer neuen demokratischen Kultur nur erwerben, wenn sie sich auf Bildung stützt.

*Vladimir A. Gutorov ist Lehrstuhlinhaber für Politologie an der Staatlichen Universität St. Petersburg.*

#### Literatur

- M. Adler, *Have without Have-Nots. Essays for the 21st Century on Democracy and Socialism*, New York 1991.
- G. A. Almond/G. B. Powell, *Comparative Politics. A Developmental Approach*, Boston 1966.
- A. Armstrong, *The Ethnic Scene in the Soviet Union: The View of the Dictatorship*, in: *Ethnic Minorities in the Soviet Union*, ed. by Erich Goldhagen, New York 1968.
- H. D. Balzer, *Soviet Science on the Edge of Reform*, Boulder – San Francisco – London 1989.
- S. R. Burant, *Foreign Policy and National Identity*, in: *Europe-Asia Studies*, November 1995, Vol. 47, No 7.
- I. Crespi, *Public Opinion, Polls and Democracy*, Boulder – San Francisco – London 1988.
- R. Dahl, *Who Governs? Democracy and Power in American Cities*, New Haven – London 1989.
- E. Fromm, *Fragen zum deutschen Charakter*, in: *Gesamtausgabe*, hrsg. von Rainer Funk, Bd. V: *Politik und sozialistische Gesellschaftskritik*, München 1989.
- M. Janowitz, *The Reconstruction of Patriotism. Education for Civic Consciousness*, Chicago – London 1985.
- P. Kandel, *Posttotalitarnost' kak teoretičeskaja problema i regional'naja charakteristika*, in: *Mirovaja ekonomika i međunarodnye otnošenija*, H. 5, 1996.
- K. Mänicke-Gyöngyösi, *Konstituierung des Politischen als Einlösung der „Zivilgesellschaft“ in Osteuropa?*, in: B. Heuer/M. Prucha (Hg.),

*Der Umbruch in Osteuropa als Herausforderung für die Philosophie*, Frankfurt/M. – Berlin 1995.

K. Mänicke-Gyöngyösi, *Zum Stellenwert symbolischer Politik in den Institutionalisierungsprozessen postsozialistischer Gesellschaften*, in: dies. (Hg.), *Öffentliche Konfliktdiskurse um Restitution von Gerechtigkeit, politische Verantwortung und nationale Identität. Institutionenbildung und symbolische Politik in Ostmitteleuropa*. Frankfurt/M. – Berlin 1996. *Berliner Schriften zur Politik und Gesellschaft im Sozialismus und Kommunismus*, Bd. 9.

J. S. Mill, *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie*, hrsg. von K. L. Shell, Paderborn 1971.

J. H. Newman, *The Idea of a University Defined and Illustrated: I. In Nine Discourses Delivered to the Catholics of Dublin (1852); II. In Occasional Lectures and Essays Adressed to the Members of the Catholic University (1858)*. Edited with introduction and notes by I. T. Ker, Oxford 1976.

M. Oakshott, *Rationalism in Politics*, London 1962.

J. Rothschild, *Ethnopolitics. A Conceptual Framework*, NY 1981.

G. Sartori, *Demokratiethorie*, Darmstadt 1992.

J. A. Schumpeter, *Capitalism, Socialism and Democracy*, NY 1976.

A. D. Smith, *The Ethnic Sources of Nationalism*, in: *Survival*, Spring 1993.

M. Weber, *Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland*, in: *Gesammelte Politische Schriften*, hrsg. von Johannes Winckelmann, 5. Aufl., Tübingen 1988.

P. Weinberger, *„Zukunftswissen“ – Plädoyer für ein neues Relevanzkriterium der politischen Bildung. Zur Theorie und Praxis der politischen Bildung*, Bonn 1990.

R. B. Westbrook, *John Dewey and American Democracy*, Ithaca – London 1992.

Yankelovich, *Coming to Public Judgement. Making Democracy Work in a Complex World*, Syracuse – New York 1991.

Myron Weiner/Samuel P. Huntington (eds.), *Understanding Political Development*, Boston – Toronto 1987.

## MIG Agentur

*das russische Reisebüro in Berlin*

\*\*\*\*\*

**Visa und Hotelbuchung** nach

Rußland, Ukraine, Weißrußland, Moldowa, Usbekistan und Georgien

*Schnell und ganz ohne Formalitäten*

\*\*\*\*\*

Rheinstr. 35, 12161 Berlin,  
50 m vom U-Bahnhof Walter-Schreiber-Platz,  
Tel.: 030 / 851 68 63, Tel. / Fax: 030 / 851 68 42

Werbung Beck-Verlag

# Das Schauspiel der Kulturen am Ende der Moderne oder die Retraditionalisierung in der Früheren Sowjetunion<sup>1</sup>

## Prolog

Letztes Jahr wurde in Moskau nach knapp dreijähriger Bauzeit die Rekonstruktion der Christi-Erlöser-Kathedrale fertiggestellt. Die Kathedrale, die an den russischen Sieg über Napoleon erinnern sollte, wurde auf Geheiß Stalins in den dreißiger Jahren abgerissen. An ihrer Stelle sollte der gigantische Palast der Sowjets, gekrönt von einer nicht minder gigantischen Statue Lenins, errichtet werden. Allein der sumpfige Boden, auf dem der Palast stehen sollte, trug das Gewicht des monumentalen Baus nicht. So blieb die Parzelle im Zentrum Moskaus unbebaut, bis Chruščev an dieser Stelle ein Freibad bauen ließ. Heute nun steht an der Stelle des Freibades wieder die Erlöser-Kathedrale – als Chiffre der zahlreichen Versuche kultureller (Re-)Konstruktion im Transformationsraum der Früheren Sowjetunion. Der Boden aber bleibt sumpfig.

## 1. Die Sowjetunion als Tradition

Die Sowjetunion als System sui generis war nicht allein durch spezifische politische und wirtschaftliche Regulierungsmechanismen geprägt; sie war überdies eine ungemein effektive soziale Fabrik, die spezifische Normen, Werte, Verhaltensmuster und semantische Kodizes – kurz: kulturelle Praktiken im umfassenden Sinne – produzierte, verbreitete und zwischen Riga und Vladivostok, zwischen Murmansk und Barnaul beheimatete. Die Sowjetunion, zu Staat gewordene moderne Utopie par excellence, war in höchstem Maße traditionsbildend – oder besser: traditionsbauend.

In A. Platonovs wunderbarer, realistischer Grotteske *Džan* zieht der junge Turkmene Nazar, Absolvent einer Moskauer Ingenieurschule, aus, um in der Wüste Turans das Volk der *Džan* zu finden. Nazar kommt mit leeren Händen, aber mit einer Mission – dem Volk der *Džan*, das in äußerster Armut lebt und sich selbst vergessen möchte, um Hunger und sinnloser Existenz zu entfliehen, will er die Menschenwürde zurückgeben. Nazar ist ein Erlöser, der die Sowjetmacht bringt und Traktoren verspricht, einer, der die Sowjettradition begründen hilft.

*Džan* ist eine Parabel – und eines der wertvollsten literarischen Zeugnisse der zwanziger und dreißiger Jahre in der Sowjetunion, weil die Erzählung die Gründerjahre der Sowjetzivilisation in ihrer seltsamen Mischung aus Utopie und Grotteske, Mission und rationaler Ernsthaftigkeit widerspiegelt. *Džan* ist die Geschichte der sowjetischen Traditionsgründung, und Nazar ist der Prototyp des „organischen Intellektuellen“ (Gramsci), der die neu zu schaffende Tradition, oder, um in der Terminologie Gramscis zu bleiben, die kulturelle Hegemonie zu verbreiten sucht.

Hier ist nicht der Ort, um die Entwicklung der Sowjetkultur aus dem Geist der Moderne, ihren Aufbruch in den zwanziger Jahren, ihre Verfestigung, Verknöcherung und Pervertierung in den dreißiger Jahren und ihre Dekonstruktion seit den siebziger Jahren<sup>2</sup> weiter zu verfolgen.

Die Feststellung aber bleibt, daß das Projekt der sowjetischen Traditionsbildung – die Herstellung der kulturellen Hegemonie – das mit einem ungeheuren Aufwand an Ressourcen, menschlichen und materiellen, mit Zwangsmaßnahmen und gesellschaftlicher Mobilisierung betrieben wurde, bis weit in die achtziger Jahre eine kaum zu überschätzende Wirkungsmacht hatte.

Aus heutiger Sicht – und ich bin mir hier des groben Pinsels, den ich benutze, bewußt, denn natürlich gab es Gegenbeispiele, gesellschaftliche Nischen, Protestkulturen – präsentiert sich die sowjetische Traditionsbildung vor allem als große Maschine, die mit ihren Filtern Fremdeinflüsse herausfilterte, mit ihren Kühlaggregaten Differenzierungsprozesse einfro, mit grossen Walzen Nivellierungsarbeit leistete und am Fließband hergestellte kulturelle Halbfabrikate über ein weitverzweigtes Röhrensystem in die entlegensten Winkel des Imperiums pumpte, als eine Maschine, die die Sowjetunion im Zustand der Moderne immer wieder reproduzierte, so lange, bis die Moderne als Epoche plötzlich der Vergangenheit angehörte, die Maschine also eine überholte Zeit festhielt.

So wie die großen Kohlen- und Eisenkombinate, die Staudämme, Kraftwerke und Neulandkampagnen obsolet wurden, weil sie mit viel zu hohem Aufwand Güter produzierten, die keiner mehr brauchte, so hatten sich auch die von der sowjetischen Kulturindustrie produzierten Güter überholt. Die Produktion von Parolen und Losungen, von Normen und Werten, von Weltanschauung und semantischen Kodizes geriet ins Stocken und versiegte.

Während dreier Generationen lief die Maschine der sowjetischen Traditionsbildung effizient. Im Lauf der siebziger Jahre geriet sie ins Stocken und in den achtziger Jahren gab sie ihren Dienst auf. Zu reparieren ist sie nicht. Aber sie hinterläßt ein nach wie vor wirkungsmächtiges Erbe – gesunkenes Kulturgut. Zu Recht fordert Karl Schlögel, die Sowjetgesellschaft zu entdämonisieren, sie als spezifischen Zivilisationstypus zu verstehen und so für die Forschung zurückzugewinnen,<sup>3</sup> denn es ist die Sowjetzivilisation mit ihren fest etablierten, identitätsstiftenden kulturellen Praktiken, die den Hintergrund bildet für den Prozeß der „Entobjektivierung der Traditionen und Enttraditionalisierung der Gesellschaft“<sup>4</sup>, der mit der Perestrojka begann und seither eine zentrale Dimension des Transformationsprozesses, die kulturelle Differenzierung nämlich, bestimmt.

## 2. Enttraditionalisierung

Die Vorstellung, daß Moderne und Tradition in einem Gegensatz zueinander stehen, daß also die Ausbreitung der Moderne auf Kosten der Tradition geschehe, greift zu kurz. Sie übersieht, daß die Moderne höchst erfolgreich universalistische Traditionen erfunden und befestigt hat und diese seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weltweit exportiert.<sup>5</sup> Moderne steht in diesem Sinne zwar in einem Gegensatz zu lokalen, partikularen vor-modernen Traditionen; sie ist aber an sich traditionsbildend: Nation und Nationalstaat, Rationalismus und Fortschrittsglaube, Glaube an die Emanzipation der Menschheit, aber auch die konkrete Regulierung von Gesellschaft und Wirtschaft, wie sie sich mit der industriellen Revolution herausgebildet hat, bilden die universalistischen Traditionen der Moderne.

Zu Modernität gehören Industrialisierung, Urbanisierung, Säkularisierung, die Herausbildung einer zentralisierten, hierarchischen bürokratischen Kultur und eine immer größere Reichweite der staatlichen Administration.

Mit Modernität ist weiter ein ganz bestimmtes Normen- und Wertesystem verbunden, das ungeachtet bestimmter lokaler kulturelle Spezifika in modernen Gesellschaften aus verschiedenen Kulturkreisen ein hohes Maß an Übereinstimmung aufweist und gekennzeichnet ist durch Vorherrschen materialistischer Werte, Akzeptanz von sozialer Mobilität, hohen Stellenwert von technisch-wissenschaftlichem Denken, Glaube an Fortschritt und Individualisierung.

Seit Ende der sechziger Jahre beobachtet die Soziologie – und keineswegs nur ihre postmodernen Vertreter – einen Prozeß der Enttraditionalisierung: Im Übergang von der Moderne zur Postmoderne<sup>6</sup>, darauf hat Lyotard in seiner *Condition postmoderne* hingewiesen, werden die großen Traditionen hinterfragt und ihres universalistischen Anspruchs enthoben. Die objektiven Prozesse der Enttraditionalisierung, die in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, in der Arbeit, in der Politik, in der individuellen Lebensführung oder auch im Bereich der kulturellen Symbolik festzustellen sind, korrespondieren mit einer geweckten Aufmerksamkeit – Reflexivität – für die Partikularität des Eigenen und die Möglichkeit des Fremden. Mit der Formel „Entobjektivierung der Traditionen und Enttraditionalisierung der Gesellschaft“ bringt Ionin (1995) diese Entwicklung auf den Punkt.

In den neunziger Jahren gewinnen Prozesse der De- und Retraditionalisierung – die Entwertung der modernen Traditionen und die (Wieder-)Erfindung lokaler, partikulärer Traditionen, Kulturmuster und Identitäten<sup>7</sup> – im Zuge der Globalisierung eine neue Dynamik und eine neue Qualität: Die wachsende globale Interdependenz unterminiert faktisch die Funktionsfähigkeit traditioneller moderner Institutionen und befördert so weiter ihre Delegitimierung; die globalen Kommunikations- und Migrationsströme erschließen die letzten weißen Flek-

ken, transportieren Lebensstile und Konsummuster und vergrößern das Repertoire an verfügbaren Identifikationsmustern; die Angst vor einer globalen, standardisierten Konsumkultur, McWorld und Planet Rebook, fördert wiederum die Herausbildung defensiver oder fundamentalistischer Identitäten. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien schließlich beschleunigen und verbilligen Kommunikation und Vernetzung und ermöglichen so die Entstehung von defensiven oder projektorientierten Wertegemeinschaften.

Anstelle der Eindeutigkeit und des Universalismus treten Option, Kontingenz und Pluralismus. Was in der Moderne als essentialistische, quasi-biologische Größe galt – Nation, Kultur, Rasse, Geschlecht – gilt nun als sozialer Konstrukt und damit als prinzipiell veränderbar.

## 3. Die Enttraditionalisierung der Sowjetunion

Das sowjetische System läßt sich unter anderem als Versuch interpretieren, mittels einer dazu angelegten „kulturellen Fabrik“ Eindeutigkeit und Universalismus, essentielle Attribute der Moderne, festzuschreiben. Das Ende der Sowjetunion bedeutete deswegen auch das Ende der künstlichen Abschirmung (soweit die Impulse von außen kamen) oder des Einfrierens (soweit es sich um endogene Impulse handelte) gegenüber dem Prozesse der Ent- und Retraditionalisierung: Dieser vollzieht sich in der Früheren Sowjetunion seit Mitte der achtziger Jahre in komprimierter und beschleunigter Form. Er wiederholt damit (ohne daß damit identische „Ergebnisse“ vorprogrammiert wären!) den Übergang in die postindustrielle/posttraditionale Gesellschaft, die Giddens und andere als unmittelbare Folge der Globalisierung beschreiben.<sup>8</sup>

Dazu kommt, daß der „Verlust der großen Metaerzählungen“ (Lyotard) und der „Verlust des Zentrums“ (Lemart), die in der westlichen Debatte zur Postmoderne gängige Metaphern zur Unterscheidung zwischen moderner und postmodernen Bewußtseinslage sind, in der Sowjetunion eine reale Erfahrung gewesen ist, da die kulturelle Konfiguration der Moderne hier mit einem konkreten, zentral organisierten staatlichen Gebilde aufs engste verflochten war.<sup>9</sup>

Die konkrete Erfahrung der (metaphorisch gemeinten) Wendung vom Verlust des Zentrums bedeutet in der Früheren Sowjetunion schließlich auch, daß Raum und Zeit im wahrsten Sinne aus den Fugen geraten sind. Seit das Moskauer Zentrum seine nivellierende und regulierende Rolle eingebüßt hat und nicht mehr über die Ressourcen verfügt, um durch Umverteilung/Transferzahlungen oder durch Zentralisierung der Kommunikation die Einheit zu bewahren, hat die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen an Dynamik gewonnen – die südostetischen Uhren, welche Moskauerzeit plus eine Minute anzeigen, sind dafür die Chiffre.

Möglicherweise ist dieses ein Grund für das Faszinosum „Frühere Sowjetunion“, das Publikum und Experten glei-

chermaßen in Bann schlägt und dazu verleitet, die Frühere Sowjetunion als Projektionsfläche für Ideen aller Art, von Katastrophenszenarien bis hin zu positiven Utopien eines dritten Weges, zu benutzen. Selten läßt sich der beschleunigte und verdichtete Übergang – bei offenem Ausgang – eines Staates aus der Moderne in die Postmoderne wie im Zeitraffer beobachten. Es kommt hinzu, daß dieser Staat, bezogen auf die Produktion von Schuhen und Atomraketen, auf Bildungs- und Gesundheitswesen, auf Kultur und Tradition, ein moderner war – so modern wie der „Westen“. Seine Größe und geographische und kulturelle Vielfalt machen ihn schließlich zu einer Art Mikrokosmos, zu einem Zivilisationsmodell. Es scheint, als ob der Kollaps der Sowjetunion Rußland jene Funktion zurückgegeben hat, die es für den Westen schon öfter gespielt hat<sup>10</sup>: Als Projektionsfläche für positive oder negative Utopie, als das große Andere, als Spiegel oder Zukunftslaboratorium.

Die große Transformation seit Mitte der achtziger Jahre läßt sich also in mancher Hinsicht auch als Übergang aus der Moderne in die Postmoderne interpretieren. In einer anregenden Studie deutet die Anthropologin Nancy Ries die *perestrojka* als *rite de passage*, als einen rituellen Ort jenseits tradierter Strukturen, wo unter Bedingungen von Unsicherheit und Unbestimmtheit ein geschlossenes kulturelles System geöffnet wird und der Überprüfung, Veränderung und letztlich Transformation unterworfen wird:

„During this time, as a more typical example of ritual, a number of key symbolic processes occurred throughout Russian (and all Soviet) society: the previously masked structuring principles, paradoxes, failures, and tragedies of Soviet Society were publicly examined, lamented, and condemned; many people subverted the stable Soviet norms of political participation and reclaimed officially inviolable urban spaces by attending mass rallies or meetings; the sacred symbols, ideologies, and practices of Soviet Society were thrown down, unmasked, and rejected wholesale...“<sup>11</sup>

Aus kultursoziologischer Sicht bedeutet die Perestrojka also die Entwertung der tradierten kulturellen und sozialen Praktiken, die Verflüssigung jenes kulturellen Kitts, der die Sowjetgesellschaft zusammenhielt. Diese forcierte Enttraditionalisierung führte zwangsläufig zum vielfach beklagten geistigen oder kulturellen Vakuum, das durch Rückgriffe auf altes oder Herstellung von neuem kulturellen Material gefüllt werden mußte.

Anstelle der entwerteten sowjetischen Einheitskultur bilden sich partikulare, distinkte und oftmals konfligierende kulturelle Muster, die die Gesellschaften (jetzt im Plural) und ihre Normen, Werte, Verhaltensmuster und Kodizes im Transformationsraum Frühere Sowjetunion restrukturieren.

Der Prozeß der Retraditionalisierung, also die Herausbildung von neuen kulturellen Mustern, basierend auf dem

verfügbaren regionalen, geographischen, ethnischen und historischen Material, ist noch längst nicht abgeschlossen. Die Herausbildung von urbanen Lebensstilen, Protestkulturen, regionalen Identitäten, überregionalen, ethno-kulturell und/oder religiös begründeten *imagined communities* und vor allem natürlich die zahlreichen Versuche des *nation building* auf dem Gebiet der Früheren Sowjetunion legen davon Zeugnis ab. Durch die hohe Veränderungsgeschwindigkeit lassen sich diese Prozesse gleichsam im Zeitraffer beobachten und der Charakter dieser wiedererfundenen Traditionen als soziales Konstrukt tritt in aller Deutlichkeit hervor.

#### 4. Die Retraditionalisierung in der Postmoderne

Eine Reihe von Autoren haben in letzter Zeit darauf hingewiesen, daß sich der Prozeß der Ent- und Retraditionalisierung und, damit verbunden, die Funktion von Kultur, im Übergang von der Moderne zur Postmoderne grundlegend verändert hat.<sup>12</sup>

Die Retraditionalisierung auf dem Gebiet der Früheren Sowjetunion vollzieht sich unter den Bedingungen der Postmoderne – die Metapher von der Maschine hat, wie die Maschine selber, ausgedient. Eine neue Metapher könnte das vielzitierte „Netzwerk“ sein – ein künstlicher Organismus, zentral nicht zu kontrollieren, aus vielen, sich frei vernetzenden Zellen bestehend, die Information, Wissen, Kultur- und Konsummuster miteinander austauschen und über diesen Austausch die Rekonstruktion alter oder die Konstruktion neuer Identitäten erheblich vereinfachen.

Verlassen wir die Metaphern, wenden wir uns den Abstraktionen zu: Die Retraditionalisierung – die Erfindung neuer kultureller Muster und Praktiken – unter den Bedingungen der Postmoderne ist gekennzeichnet von sechs Prozessen: Pluralisierung, Reflexivisierung, Autonomisierung, Ökonomisierung, Mediatisierung und Globalisierung.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig – in jedem Fall aber spielen die globale Kommunikation und die erhöhte Mobilität eine zentrale Rolle, indem sie einen Dialog zwischen dem Eigenen und dem Fremden schaffen: *Reflexivität* und *Pluralität* werden so institutionalisiert. Durch technologischen Fortschritt wird „imagination (...) a collective, social fact. This development, in turn, is the basis of the plurality of imagined worlds.“<sup>13</sup>

Eine weitere Entwicklung ist die Autonomisierung der kulturellen Sphäre.<sup>14</sup> Kultur und Tradition als soziales Konstrukt können weder *nur* als Reflex zugrundeliegender sozialer Strukturen (Überbauphänomen) noch *nur* als strategisches Handeln einer bestimmten Schicht zur Durchsetzung bestimmter, dominanter Werte und Normen verstanden werden. Ersteres ist im Zeitalter der Reflexivität nicht mehr möglich, letzteres angesichts der prinzipiellen Pluralität, die immer auch Optionen eröffnet, nicht mehr durchsetzbar.

Baumann hat überzeugend dargelegt, daß in postmodernen kapitalistischen Gesellschaften überdies auch gar kein Bedarf an kultureller Hegemonie, vermittelt durch die Arbeit der organischen Intellektuellen (Gramsci), besteht, denn in einem solchen Staat „erhält und perfektioniert sich die Effektivität der staatlichen Gewalt und ihre Leistungsfähigkeit bei der systemischen Reproduktion unabhängig vom Wirkungsgrad und der Intensität des gesellschaftlichen Engagements für die ‘herrschenden Werte’ – oder für jede Art von Werten überhaupt.“<sup>15</sup>

Anstelle der systemreproduzierenden Arbeit der Intellektuellen tritt, im Übergang zur Massen- und Konsumkultur, die Kraft des Marktes: „In dem Maße, indem das Interesse des Staates an der Kultur schwindet (d.h. die Relevanz der Kultur für die Reproduktion der politischen Gewalt sich verringert), kam die Kultur in die Einflusssphäre einer anderen Macht, mit der die Intellektuellen sich nicht messen konnten: in die des Marktes. Literatur, bildende Kunst, Musik – der ganze Bereich der Geisteswissenschaften – wurden nach und nach von der Bürde befreit, eine ideologische Botschaft zu tragen und als Unterhaltung immer weiter in das Fundament der marktbestimmenden Konsumtion eingelassen.“<sup>16</sup>

Träger – oder eben Medium – von Kultur- und Konsummustern sind die Massenmedien, allen voran die global agierenden elektronischen Medien. Der pluralisierte, massenmedial aufbereitete Informationsfluß spielt im Prozeß der Ent- und Retraditionalisierung in der Früheren Sowjetunion ohne Zweifel eine zentrale Rolle, indem er neue, importierte oder revitalisierte Kulturmuster und Identitäten bereitstellt und propagiert, zur Herausbildung von Wirkgruppen mit geteilten Normen, Ritualen, Inszenierungen beiträgt und so die Strukturierung der Gesellschaft als Ganzes vorantreibt. Inwiefern dieser Prozeß konflikthaft wirkt oder im Gegenteil über die Herausbildung von Differenz und Konkurrenz die Grundlage für eine zivile Gesellschaft legen kann, ist von Fall zu Fall verschieden.

### 5. Retraditionalisierungen in Postsowjetien – Typologien

Am Ende der sowjetischen Moderne im August 1991 stand auch das Ende der universellen sowjetischen Tradition. Der postsowjetische Raum strukturiert sich seither zunehmend nach partikularen, lokalen, rekonstruierten oder neu geschaffenen Kulturmustern und Identitäten.

Die Parade der Souveränitäten von 1989/1990, als sich alle Sowjetrepubliken und anschließend die meisten der Subjekte der Rußländischen Föderation für unabhängig erklärten, ist die eine, die politische, Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht das Schauspiel der Kulturen und die Baustelle der Identitäten. Nationale Unabhängigkeitsbewegungen, zunächst an der Peripherie der Sowjetunion – in den Baltischen Staaten, der Ukraine, den transkaukasischen und mittelasiatischen Staaten – später auch innerhalb der Rußländischen Föderation, etwa an der

Wolga, im Nordkaukasus oder im russischen Norden – sind immer auch kulturelle Bewegungen, ein Kampf um eine eigene, distinkte Identität.

Der postsowjetische Völkerfrühling ist jedoch nur der sichtbarste und möglicherweise der politisch relevanteste Aspekt des Schauspiels der Kulturen. Auch anderswo wird an der Wiedererfindung der Tradition gearbeitet: Die postsowjetischen *Megacities*, selber Werkräume neuer urbaner Lebensstile, bilden ihre eigene Kultur heraus, die sich zunehmend von derjenigen der russischen Provinz unterscheidet. Einige Regionen, die selbstbewußten, entwickeln eine spezifisch regionale Identität. Sibirien, der russische Norden oder der Ferne Osten sind längst mehr als geographische Begriffe. Im Nordkaukasus konkurrieren verschiedene Angebote – je nach Situation und Zweck wird eine ethnische („Tschetschene“), kulturelle („die Bergbewohner“) oder religiöse („Muslime“) Identität propagiert. Die „neuen Russen“ bilden eine Kaste mit spezifischen Kulturmustern, die längst in zahlreichen Anekdoten kodifiziert sind. Politische „Parteien“ strukturieren sich mehr aufgrund ihrer spezifischen politischen Kultur und ihres Diskurses als aufgrund divergierender politischer Programme und Strategien. In Südrußland bilden sich praktisch über Nacht Kosakenverbände, die ihre Mitglieder zum beträchtlichen Teil aus der städtischen Intelligenzija rekrutieren.

Kurz – die Baustelle der Identitäten ist omnipräsent. Dies ist für Rußlandreisende ein ungeheures Faszinosum und für Politikwissenschaftler mit konstruktivistischer Neigung ein Festmahl, das allerdings methodisch nicht leicht zuzubereiten ist.

Die Wiedererfindung der Tradition geschieht nicht im luftleeren Raum, sondern in Abhängigkeit von verschiedenen Faktoren.

Erstens gilt es zu klären, welches Material zur Verfügung steht: Geographische, politische, kulturelle und besonders historische Faktoren, die Kraft der selektiven Erinnerung bestimmen und beschränken zugleich den Prozeß der Retraditionalisierung.

Zweitens gilt es zu fragen, an welche Gemeinschaft die wiedererfundene Tradition gebunden werden soll und wer sich aufgrund welcher Eigenschaften als Mitglied dieser Gemeinschaft qualifizieren kann.

Drittens stellt sich die Frage, ob die wiedererfundene Tradition an einem territorial definierten Raum gebunden wird, also etwa innerhalb der Grenzen eines neuen Nationalstaates oder einer Region angesiedelt wird, oder ob es sich um einen virtuellen Raum („Netzwerk“) handelt, den die Mitglieder der Gemeinschaft bilden, also zum Beispiel Umweltbewegungen, die pantürkische Bewegung oder die russischen Nationalkommunisten.

Viertens muß gefragt werden, an welchem Typus Identität gearbeitet wird. In Anlehnung an Castells lassen sich drei verschiedene Typen unterscheiden:<sup>17</sup>

*Reproduzierende* oder *legitimierende Identität* wird durch die dominanten gesellschaftlichen Institutionen gefördert, um durch die Etablierung verbindliche Normen und Werte gesellschaftliche Akteure zu kontrollieren und so die Systemreproduktion zu gewährleisten.

*Defensive Identität* wird durch gesellschaftliche Akteure gefördert, die ihren Status durch sozialen Wandel oder durch als fremd, aber dominant wahrgenommene Werte, Normen und Institutionen bedroht sehen. Als Reaktion fördern sie defensive, von den dominanten Werten und Institutionen verschiedene Identitäten.<sup>18</sup>

*Projekt-Identität* meint die Konstruktion einer neuen Identität unter Verwendung von altem oder neuem „kulturellen Material“ durch gesellschaftliche Akteure, die sich dadurch eine Verbesserung ihres gesellschaftlichen Status oder die Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Strukturen überhaupt erhoffen.

Der Zweck der großen sowjetischen Traditionsmaschine war die Produktion von legitimierender und reproduzierender Identität. Daß die Maschine endgültig defekt ist, zeigen gerade die Versuche, sie wieder in Gang zu bringen. Jutta Scherrer beschreibt in ihrem Beitrag (in diesem Heft S. 6ff.), wie die staatlich geförderte Kulturologie als Surrogat an die Stelle der entwerteten universalistischen Tradition treten soll und auch, wie dieser Versuch, neue Inhalte in alten Strukturen zu befestigen, scheitert.

Nicht weniger zum Scheitern verurteilt ist der Versuch des Präsidenten, mittels einer von ihm eingesetzten Expertenkommission eine russische Idee ausarbeiten zu lassen. Die Experten haben keine Mühe gescheut, sie haben auf einer Datscha unweit Moskaus nachgedacht und sie haben gogoleske Studienfahrten ins Landesinnere unternommen, auch nach Saratov, zum Beispiel:

„On May 23, a group of presidential staffers, headed by Yeltsin aide Georgi Satarov, arrived in Saratov from Moscow. On his arrival, Satarov lost no time in explaining that he had come to discuss the elaboration of a new Russian state ideology. Satarov explained that he and his team of philosophers, political scientists and sociologists were touring the provinces in order to investigate the situation that had taken shape outside Moscow since Yeltsin first called for a new state ideology nine months before. Yeltsin had expressed concern that many Russian people, deprived of the old certainties of the Soviet era, lack a coherent mental framework with which to make sense of the fast-changing society in which they now live (...) He said that study of the outside world reveals that all countries in the world have a ‘national idea’ such as the ‘American dream’.“<sup>19</sup>

Ein vertieftes Studium „of the outside world“, so könnte man dem Präsidenten und seinen Gesandten entgegen, hätte auch gezeigt, daß kulturelle Hegemonie in Rußland und der Früheren Sowjetunion, ebensowenig wie anderswo, nicht wieder herzustellen ist. In Zukunft dominieren projektive oder defensive Identitäten. Einige werden er-

folgreich sein oder sind es bereits – so zum Beispiel in denjenigen neuen Nationalstaaten, die über ein verwertbares historisches Material verfügen – andere werden nach einer Weile als folkloristisches Material entsorgt werden; wieder andere werden, als eine von mehreren Bezugsgrößen, die verfügbare Auswahl an Kulturmustern vergrößern. Manche tragen „nur“ zum Schauspiel der Kulturen bei, doch andere werden politisch bedeutsam sein: die defensive Identitätsbildung im Nordkaukasus beunruhigt Moskau seit langem; eine fernöstliche Identität, eine Ural-Kultur oder das Auseinanderdriften von Stadt und Land werden nicht ohne Folgen für die staatliche Kohärenz Rußlands bleiben.

Heute würde Platonovs Nazar von der Partei nicht mehr in die Wüste Turans geschickt werden, um dem Volk der *Džan* Sowjetmacht und Traktoren zu bringen. Vielleicht würde er von Georgij Satarov, dem Gesandten des Präsidenten in Sachen Russischer Staatsideologie, losgeschickt werden, „in order to investigate the situation that had taken shape outside Moscow since Yeltsin first called for a new state ideology nine months before“. Und Nazar würde berichten vom Schauspiel der Kulturen: Von den neuen Russen und den blutjungen, weltgewandten, aggressiven *biznesmeny* in den neuen Metropolen, von den wahabitischen Wanderpredigern in den Bergen Dagestans, vom Ataman der Kosaken in Südrußland, vom Weltkongreß der Tataren, von den Abenteuern des verrückten Eddi Limonov, vom russischen Dorf und von der zerfallenden Stahlstadt Magnitogorsk, vom Diamantenstaat in Nordosten und vom transnationalen Megakonzern Gazprom, von blühenden Stadtstaaten und von verödeten Industriestädten, von Sängerfesten und Trachtenvereinen, von neuen Grenzen und neuen Hymnen. Es wäre ein langer Bericht – und keiner, der dem Gesandten des Präsidenten nützen würde. Denn sowenig der sumpfige Boden im Zentrum Moskaus das Gewicht des Palastes der Sowjets trug, sowenig trägt heute der kulturelle Boden in der Früheren Sowjetunion oder sonstwo das Gewicht eines zentral gelenkten Diskurses oder einer uniformen Kultur.

**Dr. Christoph Zürcher** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Arbeitsbereichs Politik und Gesellschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist ein überarbeiteter Ausschnitt aus: Zürcher, Ch., 1998, Aus der Ostmoderne in die Postmoderne – zum Wandel in der Früheren Sowjetunion. Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts, 16, 1998.

<sup>2</sup> Für ein brillantes Beispiel einer literarischen Dekonstruktion der Sowjetunion siehe V. Erofeevs Roman *Moskva – Petuški* (dt. Die Reise nach Petushki).

<sup>3</sup> Schlögel, K., Kommunalka oder Kommunismus als Zivilisation. Plädoyer für eine Entdämonisierung der Sowjetgesellschaft, in: Neue Zürcher Zeitung vom 6./7.4.1996, S. 65–66.

Zwei gelungene Beispiele für eine Umsetzung dieses Postulates sind: Kotkin, S., 1995, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization*. Berkeley etc.: University of California Press, und Boym, Svetlana, 1994, *Common Places. Mythologies of Everyday Life in Russia*. Cambridge MA etc.: Harvard UP.

- <sup>4</sup> Ionin, L., 1995, *Russische Metamorphosen. Aufsätze zu Politik, Alltag und Kultur*. Hrsg. von Jan Wielgohs (Berliner Debatte – GSFP Berlin): 164.
- <sup>5</sup> Robertson, R., 1992, *Globalization. Social Theory and Global Culture*. London etc.: Sage.
- <sup>6</sup> Der Begriff der Postmoderne ist wie kein zweiter geeignet, wütende Abwehrschlachten seitens derjenigen zu provozieren, die Postmoderne zu Unrecht mit „anything goes“ verbinden. Ich halte es mit David Lyon, welcher folgende, sehr offene Definition vorschlägt:
- „I see it (Postmodernity) as a concept that invites participation in a debate over the nature and direction of present-day societies, in a globalized context, rather than one already describing an already existing state of affairs. Quite unprecedented social and cultural shifts are occurring; whether or not ‘postmodernity’ is the best term to sum up is a moot point. The important thing is to understand what is happening, not to agree on a concept to capture it with. ‘Postmodernity’ will do fine for now“ (Lyon, D., 1994, *Postmodernity*. Minneapolis: University of Minnesota Press: 85).
- <sup>7</sup> Für empirisch fundierte Analysen anhand verschiedener Fallbeispiele siehe Castells, M., 1996–1998, *The Information Age: Economy, Society and Culture*. Malden, MA: Blackwell. vol. 2, 1997, *The Power of Identity*.
- <sup>8</sup> Giddens, A., 1997, *Jenseits von Links und Rechts*. Frankfurt am Main: 23–27.
- <sup>9</sup> Damit ist nicht entschieden, ob der Verlust des Zentrums nicht vielmehr als Gewinn der Freiheit empfunden wurde.
- <sup>10</sup> Vgl. dazu Groys, B., 1995, *Die Erfindung Rußlands*. München – Wien.
- <sup>11</sup> Ries, N., 1997, *Russian Talk. Culture and Conversation during Perestroika*. London etc.: Cornell UP: 164.
- <sup>12</sup> Zum Beispiel Giddens, A., 1997, 24, a.a.O., Ionin, L., 1995, a.a.O., 164ff, Appadurai, Arjun, 1996, *Modernity at Large; Cultural Dimensions of Globalization*. Minnesota: University of Minnesota Press: 5.
- <sup>13</sup> Appadurai, A., 1995, ebd.
- <sup>14</sup> Robertson, R., 1992, a.a.O., und Featherstone, M., 1995, *Undoing Culture. Globalization, Postmodernism and Identity*. London: Sage Publications.
- <sup>15</sup> Baumann, Z., 1995, *Ansichten der Postmoderne. Argument-Sonderband Neue Folge AS 239*, Hamburg/Berlin: 43.
- <sup>16</sup> Ebd., 45.
- <sup>17</sup> Castells, M., 1997, *The Information Age: Economy, Society and Culture*, vol. 2: *The Power of Identity*, a.a.O., 17–18.
- <sup>18</sup> Callhoun, C., (ed.), 1994, *Social Theory and Politics of Identity*. Oxford: Blackwell: 17–18.
- <sup>19</sup> Jamestown (Prism), 13. Juni 1997, vol. III, No. 9, Part 2.

## Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation

(Erster Teil) von 1994

bearbeitet und eingeleitet von  
Herwig Roggemann und Wilfried Bergmann  
1997, 330 S., kart., 68,- DM, ISBN 3-87061-527-3

Osteuropa Consulting Center (Hrsg.)

## Die Entwicklung der Unternehmens- strukturen im Transformations- prozeß der Russischen Föderation

Forschungsbericht. Erstellt im Auftrag  
des Bundesministeriums für Wirtschaft  
1997, 756 S., kart., 148,- DM, ISBN 3-87061-657-1

Thomas M. Krüßmann

## Privatisierung und Umstrukturierung in Rußland

Zur Rolle des Rechts als Instrument  
struktureller Wirtschaftsreform  
im Übergang zur Marktwirtschaft  
1998, 646 S., kart., 118,- DM, ISBN 3-87061-695-4

Jens Fischer

## Eurasismus: Eine Option russischer Außenpolitik?

1998, 318 S., 5 Abb., kart., 68,- DM, ISBN 3-87061-737-3

Elisabeth Cheauré (Hrsg.)

## Kultur und Krise Rußland 1987–1997

1998, 304 S., kart., 78,- DM, ISBN 3-87061-621-0

Thomas Bremer, Nebojša Popov,  
Heinz-Günther Stobbe (Hrsg.)

## Serbiens Weg in den Krieg

Kollektive Erinnerung, nationale Formierung  
und ideologische Aufrüstung  
1998, 526 S., kart., 98,- DM, ISBN 3-87061-694-6

Herwig Roggemann

## Die Internationalen Strafgerichtshöfe

Einführung • Rechtsgrundlagen • Dokumente  
1998, 420 S., kart., 88,- DM, ISBN 3-87061-531-1

Peter Doralt, Martin Schauer, Eva Micheler (Hrsg.)

## Wirtschaftsrechtsindex – Mittel- und Osteuropa

1998, XIV + 1058 S., kart., inkl. CD-ROM, 258,- DM  
ISBN 3-87061-684-9



**BERLIN VERLAG** Arno Spitz GmbH  
Pacelliallee 5 • 14195 Berlin • Tel. 030 /84 17 70-0  
E-Mail: berlin-verlag.spitz@t-online.de

## Die Transformation der Wirtschaft in Tschechien und ihre Schattenseiten: Privatisierung, „Untertunnelung“ und Korruption

Die tschechische Sprache hat den internationalen Wortschatz nicht mit vielen Wörtern bereichert. *ROBOT* und *SEMTEX* kennt fast jedes Kind. Leider kam in letzter Zeit noch ein weiteres Wort dazu: „tunneling“ bzw. auf deutsch „Untertunnelung“. Damit ist der „legale Raub“ von Geldern aus Finanzinstitutionen wie z. B. Banken oder Investment-Fonds gemeint.

Die gesamte Konzeption einer schnellen und rigorosen Wirtschaftsreform in der Tschechoslowakei bzw. in Tschechien – als untrennbarer Bestandteil der Systemtransformation – wurde von tschechischen konservativen Ökonomen entwickelt und im Sinne der neoliberalen Wirtschaftstheorie durchgesetzt. Diese Strategie wurde personifiziert und in vielen wichtigen Momenten vor allem durch die Persönlichkeit von Václav Klaus geprägt, der von Dezember 1989 bis Juni 1992 Finanzminister der ČSFR und von Juni 1992 bis Ende November 1997 Premierminister der tschechischen Regierung war.

### Die komplizierte Ganzheit der Transformation

Transformation, exakter gesagt *Transition*, stellt einen sehr komplexen Prozeß dar, in dem viele Schritte fast zeitgleich realisiert werden, wenn alles in Bewegung geraten ist. Auch in der ČSFR bzw. später in Tschechien wollte man alles so „schnell wie möglich“ durchführen, was den neoliberalen Konzepten entsprach. Dennoch trifft die Vereinfachung kaum zu, daß es sich in Tschechien bloß um eine „Schock-Therapie“ gehandelt habe wie in Polen oder in Rußland.

Der Prozeß der Umgestaltung der Gesetzgebung war sehr kompliziert. Manchmal entschied „der politische Wille“ (Petr Čermák<sup>1</sup>) im tschechischen Parlament mehr als die Kompetenz. Viele Gesetze sind in Windeseile verabschiedet worden, obwohl sie noch sehr „unreif“ waren. Eine ganze Reihe von wichtigen Gesetzen, die den legislativen Rahmen der ökonomischen Transformation gestalten, hatte problematische Schwachstellen. Dies trifft auch für die Gesetze über die Privatisierung zu.

Selbst der ehemalige Vorsitzende des Abgeordnetenhauses des Tschechischen Parlaments, Milan Uhde<sup>2</sup>, stellte fast verharmlosend und poetisch fest, daß der Prozeß der Privatisierung durch die Methode „Öffnen der Schleuse“ und „Hereinlassen des wilden Wassers“ realisiert worden sei, die aber dennoch den richtigen Weg aufgezeigt habe.<sup>3</sup> Darauf reagierte sein Opponent, der Vorsitzende der tschechischen sozialdemokratischen Partei, Miloš Zeman, in einer Fernsehdiskussion mit folgenden Worten: „Ja, wildes und schmutziges Wasser, das alles wegspült, auch das, was nicht weggespült werden sollte“. Miloš Zeman charakterisierte im weiteren Verlauf der

Sendung das Vorgehen der Koalitionsregierung mit folgenden Worten: „Erst lasse ich mir eine ganze Reihe Sachen stehlen oder kann sie auf betrügerische Weise erwerben, dann pumpe ich in die Wirtschaft ohne irgendeine Kontrolle meinetwegen auch schmutziges Geld hinein, und wenn die Kuh dem Kuhstall entlaufen ist, mache ich die Tür zu und beginne, diesbezügliche Gesetze zu verabschieden.“ (Právo, 25.3.1996)

### Zur Privatisierung

„Die Privatisierung in der Tschechoslowakei bzw. nach dem 1. Januar 1993 in der Tschechischen Republik basierte auf der Kombination der sogenannten ‘Standard-’ und der ‘Nichtstandard’-Privatisierungsmethode. Wichtige Bestandteile der Privatisierung waren die Restitution von Eigentum an die ursprünglichen Eigentümer bzw. an deren Erben, der Verkauf von Eigentum an einheimische oder ausländische Investoren über öffentliche Versteigerungen oder Makler, der direkte Verkauf an ausgewählte Investoren und die Umgestaltung der großen Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften. Deren Aktien wurden im Rahmen der ‘Kupon-Privatisierung’ verkauft oder unentgeltlich Gemeinden, Pensionsfonds und anderen Subjekten überschrieben.“ (Zpráva, 1997, 45).

Die entscheidenden Gesetze über die Restitution und Privatisierung wurden von der Föderalversammlung der ČSFR in den Jahren 1990 und 1991 verabschiedet. Der Privatisierungsprozeß wurde – im Unterschied zur Mehrheit der ostmitteleuropäischen Länder – mit der Restitution und der sog. „kleinen Privatisierung“ eingeleitet. Die „kleine Privatisierung“ erlaubte, Eigentum bis zum Wert von 300 Millionen Kčs (ca. 16,6 Mio. DM) zu übertragen. Die Privatisierung der großen Staatsbetriebe wurde hauptsächlich gemäß Gesetz Nr. 92/1991 Sb. vom Februar 1991 über die „große Privatisierung“ durchgeführt. Große Staatsbetriebe wurden klassifiziert und die Mehrheit stufenweise in Aktiengesellschaften umgewandelt. Die Privatisierung in der Tschechischen Republik ist sehr schnell abgelaufen. Dies läßt sich am wachsenden Anteil des Privatsektors am BIP ablesen.

Tab. 1: Anteil des Privatsektors am BIP in der Tschechoslowakei bzw. in Tschechien 1990–1996

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Anteil in %	4,0	11,0	19,5	50,4	56,3	63,8	74,7

(Český, 1996)

„Eine ganze Reihe von ernsthaften Problemen und Risiken hängt jedoch mit der Geschwindigkeit und den ange-

wandten Methoden der Privatisierung zusammen. Die 'große Privatisierung' hat in ihrem Anfangsstadium zur 'Entstaatlichung' bzw. Kommerzialisierung der Firmen geführt, konnte aber keine effektiven Strukturen von *property rights* schaffen.“ (Zpráva, 1997, 46). Es scheint verständlich, daß diese Strukturen nur allmählich entstehen können.

Da sich die von neoliberalen Konzepten und Denkweisen geleitete Regierung entschied, die Umstrukturierung der privatisierten Unternehmen den zukünftigen Inhabern zu überlassen, kam es dazu erst mit recht großer Verspätung. In Anbetracht dessen, daß die Regierung in dieser Zeitperiode z.T. darauf verzichtete, ihre *property rights* geltend zu machen, funktionierten die Firmen eine gewisse Zeit ohne tatsächliche und konsequente Inhaberkontrolle.

„Große Unternehmen in Staatseigentum, die in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden (Bahn, Gesundheitswesen usw.), verzeichneten enorme Verluste, die der Staat fast nur passiv hingenommen hat.“ (Larischová, 1998, 12) Dieses Moment hat in manchen Fällen auch zur „wilden Privatisierung“, d.h. zur illegalen Überführung von Staats-eigentum in Privathände (Management usw.) geführt.

„Dadurch konnte sich die im Sozialismus vorherrschende Mentalität behaupten: Vetternwirtschaft, geheime Absprachen, 'wilde Privatisierung', Geldwäsche, Mißbrauch der Informationsasymmetrie u. ä. blieben weit verbreitet.“ (Larischová, 1998, 12)

### Kleiner historischer Exkurs

An dieser Stelle möchte ich einen kurzen Exkurs in die Geschichte der 80er Jahre machen, in die im „bürokratischen Sozialismus“ lebende tschechoslowakische Gesellschaft, weil es nützlich ist, ein bißchen ausführlicher über die damals vorherrschende Mentalität zu sprechen. Ich bin der Meinung, daß diese Mentalität gewissermaßen noch heute lebendig ist, wenn auch in anderer Form. Deswegen werde ich die Theorie der „zweiten Gesellschaft“ auch auf die tschechoslowakische Gesellschaft anwenden. Schon in den 70er und 80er Jahren wurden zum Teil relativ extensive private Wirtschaftsaktivitäten auf inoffizieller, individueller und teilweise familiärer Basis toleriert. Sie gehörten zur sog. „Schattenwirtschaft“.

Viele der leitenden Angestellten und Manager, sowohl aus Staats- als auch aus Kommunalbetrieben, waren bemüht, sich zu bereichern, so z.B. in Reparaturwerkstätten für Autos, Radio, Fernsehgeräte und andere elektrische Hausgeräte. Das heißt, hier existierte eine Schattenwirtschaft der Tauschgeschäfte mit knappen und begehrten Gütern und Dienstleistungen, die faktisch ein rudimentäres Element von Marktwirtschaft in die sozialistische Planwirtschaft einführte. Diese Tätigkeit hat manchmal auch untergeordnete Mitarbeiter und „Mikroinstitutionen“ (Familien- und Freundeskreise) miteinbezogen. Viele Familien, die schon die Hoffnung verloren hatten, daß sich ihr materieller und kultureller Lebensstandard auf „offiziellem Weg“ verbessern könnte,

orientierten sich vom offiziellen Leben auf die „Schattenwirtschaft“ um. Es handelte sich hier um „die ungeplanten Strukturen und Prozesse sozialen Handelns sowie die mit ihnen verknüpften und sie bedingenden Erfahrungen und Mentalitäten, die sich als unintendierte, aber notwendige Folge des diktatorischen Konstruktionsprozesses – in einer gewissen Weise reaktiv – entwickelten und sich als informelles Gegenstück in die formellen und formalisierten Strukturen aller gesellschaftlicher Bereiche einschmiegten, diese mittrugen, modifizierten und umprägten und mit ihnen untergingen, bzw. als unzeitgemäße soziale und mentale Überhänge in die postsozialistische Gegenwart ragen.“ (Jessen 1995, 103). Der Autor dieser Charakteristik meint damit die gesellschaftlichen Prozesse in der früheren DDR, doch ich denke, daß es sich hier um eine allgemeinere Charakteristik handelt, die auch für andere Gesellschaften des Spätsozialismus – zumindest in Ostmitteleuropa – zutreffend ist. Ich teile seine Auffassung, daß: „... es (...) eine Verkürzung dieser Dimension (wäre), wenn man mit ihr nur solche Bereiche sozialer Existenz in Verbindung bringen würde, die außerhalb des politischen Konstruktions- und Kontrollzugriffs lagen oder nur wenig durch ihn beeinflusst wurden: Also etwa die halblegalen und illegalen politischen Vereinigungen der 80er Jahre, unpolitische Jugendgruppen mit ihrer Subkultur, Familien-, Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen oder die tolerierten 'Nischen' in der Freizeit, die berühmte 'Datschen'- und Schrebergärtenkultur. Wichtiger noch waren die informellen Strukturen und Beziehungsnetzwerke, die *innerhalb* des formellen Sektors angesiedelt waren.“ (Jessen, 1995, 104)<sup>4</sup>

Alle diese Erscheinungen, die in der tschechischen Fachliteratur, so z.B. in der Studie von Ivo Možný (1991), beschrieben worden sind, kann man für Erscheinungen der inoffiziellen, d.h. der nicht makroinstitutionalisierten, „zweiten Gesellschaft“ halten. Možný ist der Meinung, daß: „The lack of macroinstitutionalization was at the microstructural level, where the second society functioned, and was replaced by the development of interpersonal contacts that led to the creation of an extensive social network.“ (Machonin, 1993, 238).

Diese „zweite Gesellschaft“ „verlangte von ihren Angehörigen nicht Geld oder Titel, sondern Beziehungspürsinn; sie zwang (...) zu permanenter Beziehungsarbeit, um das Netzwerk der persönlichen Kontakte (...) zu pflegen“ (Jessen, 1995, 106). Verschiedene Autoren sprechen sogar von der „Herrschaft des sozialen Kapitals“, zumindestens mit Blick auf die Tschechoslowakei, die DDR, Polen und Ungarn (Možný, 1991, 31; Jessen, 1995, 106; Bude, 1993, 127).

Die Existenz der „zweiten Gesellschaft“, obwohl sie in der ČSSR selbstverständlich niemals offiziell anerkannt wurde, ist zentral, um die Herkunft der Akteure der demokratischen Revolution und der postkommunistischen Transformation zu verstehen (wobei der Generationswechsel nicht vergessen werden darf).

Nach den in der Tschechischen Republik veröffentlichten Analysen kann als gesichert gelten: „there were social groups who were prepared to actively participate in the restructuring of the society, as well as numerous other groups prepared to accept the coming changes. However, these empirically existing groups are difficult to define using traditional class or stratification categories“ (Machonin, 1993, 238).

### Investmentfonds

Einige hundert Privatisierungs- und Investment-Fonds bzw. sie verwaltende Investitionsgesellschaften sind gegründet worden, um die Investitionspunkte zu investieren, die sie im Rahmen der „Kuponprivatisierung“ im Namen der individuellen Teilnehmer erworben hatten. Manche, exakter gesagt der wichtigste von diesen Fonds, wurden von Großbanken gegründet.

„Diese Großinstitute selbst wurden zum Teil mittels der Vouchermethode privatisiert, wobei aber der Staat einen entscheidend hohen Aktienanteil für sich behielt.“ (Larischová, 1998, 10). Als Ergebnis existierte eine nicht genügend durchsichtige Kreuzstruktur der Inhaberbeziehungen mit nicht ganz klaren Folgen für die Effektivität der *property rights*. Die Interessen der kleinen Aktionäre wurden vom Gesetz sehr wenig abgesichert. „Durch die Voucherprivatisierung ging somit ein Gutteil der Firmen vom Staatseigentum in das Eigentum staatlich dominierter Banken über.“ (Larischová, 1998, 10f.)

In der unklaren rechtlichen Lage sind dann in den letzten Jahren viele der Investment-Fonds und Banken „untertunnelt“ worden, d.h. ihre finanzielle Substanz ist teilweise oder z.T. ganz verschwunden. Es erstaunt kaum, daß in dieser Atmosphäre Korruption, Bestechung (um an wichtige Informationen oder Positionen zu kommen) und die Durchdringung des Staatsapparates mit verschiedenen mafiösen und kriminellen Gruppierungen floriert. Gut bezahlte, gut informierte und geschickte Juristen können „Löcher“ in der Gesetzgebung zugunsten ihrer reichen Klienten oder ihrer Klienten mit guten Kontakten ausnützen. Auch dadurch entstand das Phänomen „Untertunnelung“. Die Privatisierer nützen hoch- bzw. überbezahlte Manager und Steuerberater aus, um ihren Betrug und ihre Verstöße gegen die geltenden Gesetze zu verdecken. Man muß sogar sagen, daß sich die tschechische Rechte in mehreren Fragen irrte und viele Erwartungen enttäuschte.

### Kritik am Privatisierungsablauf aus den Reihen der Koalition

Es ist vielleicht symptomatisch für die politische Szene in Tschechien, daß Ivan Pilip (bis November 1997 Finanzminister, ODS), erst in dem Moment, als er bereit war, seinen Ministerposten zu verlassen, die Lage zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Privatisierungsgesetze wie folgt charakterisierte: „Es hat sich an uns gerächt,

daß jene, die die Privatisierung organisierten, immer den Juristen ein paar Schritte voraus waren und daß man die Hinweise der Auslandsexperten auf die Risiken, die die Redistribution von Eigentum immer mit sich bringt, zurückgewiesen hat. (...) Jetzt bleiben wir alle hinter der aggressiven Klasse der neuen Inhaber zurück, die die Regeln, die woanders in der Welt gelten, nicht respektieren. (...) Verschuldet durch eine unvollkommene Legislative, wird es nach der ‘Untertunnelung’ der Fonds zur aktiven ‘Untertunnelung’ der Aktiengesellschaften kommen“ (Pilip, 1997). Pilip kritisiert auch den Ablauf der „Kuponprivatisierung“: „Es sind mehrere Fälle bekannt, in denen sich einzelne Personen oder ganze Gruppen bereichert oder beträchtlichen finanziellen Profit zu Lasten anderer Bürger gemacht haben“ (Pilip, 1997). Ivan Pilip mußte das bittere Ende dieser Politik schließlich selbst anerkennen. Leider zu spät sagte er: „Die Wirtschaft war immer einen Schritt voraus.“ Auch in der liberalen Presse war die Kritik sehr scharf: „Die verdächtigen Bankiers werden von Spitzenadvokaten verteidigt, die sich im Strafrecht und Wirtschaftsrecht besser auskennen, als die Polizisten selbst.“ (Lidové noviny, 17.1.1998).

Doch diese Kritik hat einst Premierminister Václav Klaus zurückgewiesen. In der Zeit, als er noch im Amt war, verteidigte er den „spezifisch tschechischen Privatisierungsweg“, der ihm zufolge „nicht anders und prinzipiell nicht viel besser hätte ablaufen können.“ (V. Klaus, 1997, 29). Anfängliche Fehler wurden von der regierenden konservativen Regierung übersehen und häufig ignoriert. Doch Petr Pithart, tschechischer Premierminister bis 1992 und heute Präsident des Senats des Parlaments, führt die Probleme auf die erste Phase der Transformation zurück. „Zu diesem Zeitpunkt habe es der konservativen Regierung Klaus an der politischen Bereitschaft gemangelt, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß einzig solides Auslandskapital die Reformen voranbringt.“ (Müller, 1997, 1)

Es ist richtig, daß die Redewendung von der „Flucht der Ökonomen vor den Juristen“ in Tschechien zum geflügelten Wort geworden ist. „So wurde 1993 eine Gesetzesbestimmung beschlossen, derzufolge Entscheidungen bezüglich der Privatisierung sowohl von der Kontrolle durch Verwaltungsorgane als auch von der Überprüfung durch das Justizwesen ausgenommen sind. Spekulationen, welche politische Absichten dahinter gestanden haben könnten, wirken heute auf die Bevölkerung demoralisierend. Die primär ökonomisch orientierten Reformer haben die ethische Dimension der Transformation zu wenig beachtet.“ (Larischová, 1998, 12).

### Kritik von Seiten der Opposition

Die uneinige Opposition (Sozialdemokraten, Kommunisten) konnte gegen diese Erscheinungen praktisch nichts Wirksames unternehmen. Die SPR-RSČ (die Vereinigung für die Republik, Republikanische Partei der Tschechoslowakei) – ihrem Selbstverständnis nach eine Rechtspartei – trat zwar häufig mit harscher Kritik hervor, doch

kann man nicht sagen, daß sie irgendwelche Alternativkonzepte hatte.

Dagegen legten die kommunistischen Abgeordneten V. Pilip und K. Vymětal eine Gesetzesnovelle vor, derzufolge man bei der Entscheidungsfindung über eine Privatisierung streng gemäß der Verwaltungsordnung vorgehen sollte und die die Möglichkeit vorsah, gegen die getroffene Entscheidung vor Gericht zu klagen. Schon während der Verabschiedung des Gesetzes über die „große Privatisierung“ im Jahre 1991 hatten kommunistische Abgeordnete die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung verlangt. Damals konnte sich die Regierungskoalition mit ihrem Bemühen durchsetzen, schnell, massenhaft und ohne „Verzögerung“ zu privatisieren. (Haló noviny, 4.3.1998, 3).

### Skandale und Affären

Als sich die Wirtschaftslage in Tschechien verschlechterte, trugen unzählige Privatisierungsskandale zum Rückgang des politischen Vertrauens der Gesellschaft in das tschechische Parlament und speziell in die Regierung bei. Nach den Wahlen 1996 hat das Vertrauen sehr schnell abgenommen. Die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik und mit der daraus resultierenden wirtschaftlichen Lage erreichte im Herbst 1997 ihren Höhepunkt.

Acht Jahre nach der „samtenen Revolution“ häuften sich in Tschechien politische und ökonomische Affären. Ende Juli 1997 vermeldete Augustin Hrbotický, Vorsitzender der Regierungskommission gegen die Wirtschaftskriminalität, 550 kriminelle Fälle seit Anfang 1997. Bei jedem dieser Fälle überstieg die Betrugssumme 100 Mio. Kč (Uhl, 1997). Selbst wenn wir diese Untergrenze für unsere Berechnungen heranziehen, läßt sich die Summe des in diesem Zeitraum veruntreuten Geldes auf ca. 60 Mrd. Kč beziffern. Möglich ist, daß in der Realität bis zu 100 Mrd. Kč durch „Untertunnelung“ abgezweigt wurden, was ca. einem Sechstel des jährlichen tschechischen Staatsbudgets entspricht.

Da die Privatisierung gleichsam das Schlüsselement der Transformation war, konzentrierte sich hier auch die Mehrheit der Betrugsdelikte, Skandale und Affären. Das Phänomen „Untertunnelung“ läßt sich gerade dieser Kategorie zuordnen, und daher werden wir uns damit ein bißchen genauer beschäftigen. Die folgende Auswahl von konkreten Betrugsdelikten, Skandalen und Affären wurde anhand von Presseinformationen, der Budování států (Jahrgänge 1992–1996) und Politika v České republice 1997–1998 zusammengestellt.

#### *Finanzdelikte, Steuer- und Zollbetrug*

– Eine der „ältesten großen“ Affären stellt die sog. ostböhmische „Rum“-Affäre dar. (Urteilsspruch vom 22.9.1995 durch das Bezirksgericht in Ostrava). Bis heute sind viele Details unklar. Der Verlust an Steuereinnahmen betrug mind. 60 Mio. Kč.

– Betrügerischer Verkauf von „leichtem Heizöl“: Verkauf als Dieselöl, wobei der Gewinn mehr als 8 Kč für einen Liter betrug. (Ein Liter Heizöl kostet 5,60 Kč, ein Liter Diesel 15,60 Kč). Die Regierung hatte erst im März 1994 einen Gesetzesentwurf über die Kennzeichnung von Heizöl vorgelegt. Dieses Gesetz wurde in der Presse scharf kritisiert, so daß sich die Verabschiedung um ca. zwei Jahre verzögerte.

– Zigarettenschmuggel, gefälschte Etiketten.

– Kreditní a průmyslová banka (Kredit- und Industriebank), seit September 1993 unter Zwangsverwaltung, da die Bank Schulden in Höhe von 3,5 Mrd. Kč nicht zurückgezahlt hat. Der Direktor dieser Bank gründete eine neue Bank, um seine Firmen zu finanzieren. Er hat von der Kreditní a průmyslová banka mehr als 3 Mrd. Kč geliehen. Außerdem gewährte er der politischen Partei ODA einen Kredit in Höhe von 52 Mio. Kč (Budování států, 1995, 1, 10). Die Kreditní a průmyslová banka ist die erste tschechische Bank, die Konkurs anmelden mußte. Später folgten noch die Banken Bohemia, AB Banka Mladá Boleslav, Česká banka, První slezská banka und andere.

– Česká banka (Tschechische Bank): Auf ca. 15.000 Konten wurden ca. 2 Mrd. Kč aufbewahrt. Die Bank gewährte allerdings Kredite in Höhe von über 7 Mrd. Kč.

– Kreditní banka Plzeň (Kreditbank Pilsen): Im Jahr 1995 machte sie Verluste in Höhe von ca. 12 Mrd. Kč. Später ging sie in den Besitz der Česká pojišťovna (Tschechische Versicherungsanstalt) über.

Die tschechischen Banken konnten im Jahr 1996 „unrealisierbare Guthaben“ in Höhe von acht Mrd. Kč abschreiben, 1997 waren es schon ca. 15 Mrd. Kč. Die Verlustanleihen der tschechischen Banken machten 1996 222 Mrd. Kč aus (von insgesamt 887 Mrd. Kč Kreditsumme). Das höchste Risiko war im Handel, der Gastwirtschaft und dem Hotelgewerbe zu verzeichnen. Der Fond národního majetku (Nationaler Eigentumsfond) ermittelte Ende 1996 ca. 360 der Nichtzahler mit einer Schuld von insgesamt ca. 5 Mrd. Kč (Budování států, 1996, 12, 8). Der Anteil der Risikokredite wuchs dennoch auf ca. 380 Mrd. Kč im folgenden Jahr. Das entsprach schon einem Anteil von ca. 30% aller Kredite in der ČR. Nur die Komerční banka hat 1997 gerichtlich eine Summe von 30 Mrd. Kč eingetrieben. Sie erreichte es, im Rahmen der 69 Konkurse wenigstens 175 Mio. Kč zurückzubekommen (Politika v ČR, 1998, 2, 43f.).

Gemäß den Kommentaren in der tschechischen Presse wurden manche Banken von ihren Aktionären nur deswegen gegründet, um einfach an Kredite zu kommen und dann die finanziellen Mittel nicht zurückzuzahlen (Budování států, 1996, 7, 6). Der Staat sanierte die maroden Banken mit einer Summe von ca. 160 Mrd. Kč, die er im Rahmen der Privatisierung erworben hatte.

#### *Privatisierungs- und Restitutionsbetrug*

– Prefa Ústí n. L: Die Firma AMCZECH hat sich im September 1991 für den Kauf dieser Firma 458 Mio. Kč von

tschechischen Banken geliehen. Sie gründete die Tochter AG Eurocast. Die Gewinne der Firma und die Gelder, die durch den Verkauf des Firmeneigentums erworben wurden, verschwanden im Ausland. Es blieben nur Schulden.

– Alexander Komanický schuldet der bankrotten Česká banka 1,3 Mrd. Kč (April 1996).

– Die Intercom GmbH von Vratislav Čekan schuldet dem Nationalen Eigentumsfond mehr als 400 Mio. Kč incl. Zinsen (März 1996). Bis Juli 1998 ist diese Sache nicht geklärt und Herr Čekan betont, daß er gar nicht schuldig sei. Er privatisiere die Firma „Elektroodbyt“. Die Polizei kann Čekan angeblich nicht festnehmen, weil er nur die Unvollkommenheit des Handelsvertrages ausgenutzt hat (Budování států, 1996, 3, 9).

– Poldi Kladno. Das ganze Eigentum der überverschuldeten Firma Poldi Ocel, incl. ihrer Schutzmarke „Poldi“ (Preis 2,7 Mrd. Kč), hat der neue Inhaber, Architekt Stehlík, im Oktober 1996 in eine neue AG überführt. Zu dieser Zeit betrug der Unterschied zwischen dem Guthaben und den Verpflichtungen der Kladno Eisenhütte 3,6 Mrd. Kč. Anfangs, als Stehlík Poldi privatisierte, betrug die Differenz nur 0,353 Mrd. Kč. (Budování států, 1996, 3, 9). Die Komerční banka gewährte Stehlíks Poldi Kladno insgesamt einen Kredit von 4 Mrd. Kč. Der Aussage des ehemaligen Vorsitzenden des Nationalen Eigentumsfonds, J. Skalický, zufolge, war der größte Fehler bei der Privatisierung von Poldi Kladno der öffentliche Wettbewerb. Stehlík konnte diesen gewinnen, weil er die größte Summe geboten hat. Allerdings hat niemand untersucht, ob er über die finanziellen und professionellen Voraussetzungen verfügt (Budování států, 1996, 2, 11f.). Später stand Stehlík mit seinem Sohn vor Gericht. Die Firma wurde unter Zwangsverwaltung gestellt. Bis heute ist der große Fabrikkomplex mit Stahlwerk, Kontigießerei und modern ausgestattetem Walzwerk praktisch außer Betrieb. Dies genau in der Zeit, in der die Nachfrage wächst!

Als weitere Fälle sonderbarer Privatisierung können Crystalex, Léčiva, Trinecké železářny, SPT Telecom, Becherovka und viele andere angeführt werden. (Lidové noviny, 1998, 29, 11.)

In Tschechien sind bis Oktober 1996 insgesamt 26 Personen verhaftet worden, denen Bankbetrug zur Last gelegt wird. Allein diese Personen haben in den Jahren 1992–1994 große nicht gesicherte Kredite in einer Höhe von fünf bis 450 Mio. Kč erhalten. Dabei hatten „die Schuldner nicht (...) die Absicht, die Kredite zurückzahlen“ (Budování států, 1996, 10, 10).

### *Privatisierungs- und Investmentfonds*

– Fond TREND Hradec Králové: Das Finanzministerium hat 1996 für diesen Fond die Zwangsverwaltung angeordnet. Der Verwalter hat nach der ersten Prüfung festgestellt, daß die Verordnung berechtigt war. TREND hat 1995 ca. 1,2 Mrd. Kč verwaltet. Davon ist der Großteil mittlerweile verschwunden (Budování států, 1996, 12, 9).

Das Finanzministerium hat bis Januar 1997 insgesamt 18 Investmentfonds die Genehmigung entzogen, in andere hat es Zwangsverwalter eingesetzt (Politika v ČR, 1997, 1, 28). Das zentrale Problem der Investmentfonds ist, daß sie geschlossen und deswegen undurchsichtig sind. Im Ausland sind solche Fonds meistens offen. „Was die Beziehung der Fonds mit den Unternehmen anbetrifft, so setzen sie weiter die bürokratische und uneffiziente Aufsicht fort, welche die Staatsorgane früher ausübten.“ (Budování států, 1994, 1, 10f.). Das Finanzministerium hat erst am 10.11.1997 eine Novelle für das Gesetz über die Investmentfonds- und Gesellschaften vorgelegt. Diese sollte der „Untertunnelung“ der Fonds ein Ende bereiten (Politika v ČR, 1997, 4, 46). Die Novelle wurde im April 1998 im tschechischen Abgeordnetenhaus verabschiedet und bildet damit den Abschluß der Kuponprivatisierung (Politika v ČR, 1998, 2, 43f.).

### **Das Phänomen Korruption**

Korruption ist gewiß eine Erscheinung, die nicht nur für den Ablauf der Transformationsprozesse in den postsozialistischen Ländern Ostmitteleuropas typisch ist. Noch weiter verbreitet ist Korruption in den postsowjetischen Staaten, in Rußland, der Ukraine usw. Dabei stellt sich die Frage, ob Korruption ein temporäres Phänomen der aktuellen gesamtgesellschaftlichen Veränderungen ist oder ob die „Nach-November-Gesellschaft“ diese Erscheinung lediglich als ein längst bestehendes Verhaltensmuster förderte und belebte.

Daß Korruption wirklich blüht und gedeiht, weiß jeder tschechische Unternehmer. Die Bilanz der Regierung Klaus Ende 1997 zeigt, daß die Antikorruptionspolitik dieser Regierungskoalition passiv und erfolglos war, ja, daß sie sogar die Entfaltung eines für Wirtschaftskriminalität günstigen Milieus ermöglichte. „Die öffentliche Meinung zog folgerichtig den Schluß, daß dies kein Zufall war. Dabei werden diese Vermutungen durch zahlreiche Enthüllungen ‘schwarzer’ Parteikassen bestätigt. Erst in jüngster Zeit finden vereinzelte Kämpfer gegen die Korruption systematische politische Unterstützung.“ (Vrba, 1998)

Auf die größeren Zusammenhänge der Korruption in der Tschechischen Republik verweisen in ihrer Analyse für 1997 der Vizepräsident des Obersten Kontrollamtes Václav Peřich und dessen Projektassistent Quentin Reed. Solange der Schwarzmarkt funktioniert, der auf dem Handel mit un versteuerten Waren basiert, können weder legaler Markt noch öffentliche Verwaltung ihre natürliche Regulationsfunktion erfüllen. Ein Teil der gesellschaftlichen Transaktionen spielt sich nämlich versteckt ab und ist für Hersteller, Händler und Kunden gleichermaßen vorteilhaft. So entsteht ein ideales Korruptionsmilieu. Bestechungen selbst sind für beide Seiten vorteilhaft, deshalb hat keine von beiden Seiten Interesse an einer Aufdeckung. Die gültigen Gesetze machen zudem keinen Unterschied zwischen „Opfer“ – also demjenigen, der

das Bestechungsgeld gibt – und „Täter“. Das ist der zweite Grund zu schweigen. Ist die Öffentlichkeit wenigstens ein bißchen für finanzielle Bestechungen anfällig, empfindet sie die Gewährung verschiedener Dienstleistungen als völlig normal.

Am gefährlichsten ist die Korruption von Richtern und Polizisten. Einer wartet monatelang auf die Eintragung seiner Firma ins Handelsregister, ein anderer nur Minuten. Viele Patienten meinen, daß ihre Gesundheit oder gar ihr Leben ernsthaft bedroht seien, wenn sie nicht „schmierten“. In der Armee sind öffentliche Aufträge wie überall sonst ausgeschrieben – allerdings geht es hier nicht um Beträge in Millionen-, sondern in Milliardenhöhe. In der letzten Zeit mußten viele Ausschreibungen eingestellt werden – was soll der gewöhnliche Steuerzahler davon denken?

### Finanzskandale der politischen Parteien

Nach und nach haben Finanzaffären mit verschiedener Intensität alle Parteien der Regierungskoalition belastet. Am Anfang war die ODA (die bürgerlich-demokratische Allianz) betroffen, die die meisten „Sponsoren“ hatte. Jährlich hat die ODA (mit nur ca. 2.000 Mitgliedern) Parteispenden in Höhe von ca. 50 Millionen Kč erhalten.

Tab. 2: Finanzierung der politischen Parteien 1996 (in Mio Kč)

	ODS	ODA	KDU-ČS	ČSSD	KSČM	SPR-RSČ
Einnahmen insges.	275,05	99,83	104,67	182,79	131,49	56,06
vom Staat	201,02	46,68	57,42	170,74	68,39	55,57
Mitgliederbeiträge	9,46	0,58	17,77	2,22	34,33	0,21
Parteispenden	43,49	52,09	9,43	0,69	–	0,15
Ausgaben insges.	268,98	100,65	95,08	193,22	85,05	44,95
Gewinn/Verluste						
Schulden	+0,68	-0,8	+6,80	+10,39	+46,0	+11,11
(und Kredite)	41,41	51,86	45,17	9,06	0,14	0

(Financování, 1997, 2)

### Die Kulmination der politischen Krise und ihre Lösung?

Die langfristigen Spannungen innerhalb der Regierungskoalition (Kritik von Seiten der Christdemokraten) wie auch die zunehmenden Konflikte innerhalb der mächtigsten Regierungspartei, ODS, die bis zur Spaltung dieser Partei geführt haben, waren auch die Ursachen für den Rücktritt der gesamten Regierung. Anlaß für den Fall der Koalitionsregierung war die Enthüllung unklarer Parteispenden an die ODS. Symptomatisch für die politische Kultur in Tschechien ist der Auftritt der beiden schärfsten internen Kritiker von Premierminister Klaus, Innenminister Jan Ruml (ODS) und Finanzminister Ivan Pilip (ODS), zum Zeitpunkt, als dieser sich gerade in Sarajevo aufhielt.

Der tschechische Premierminister Václav Klaus ist in der Nacht vom 29. auf den 30.11.1997 zurückgetreten. Zugleich legten die acht Minister seiner Demokratischen Bürgerpartei ihre Ämter nieder. Zuvor hatten sowohl die Christliche Volkspartei (KDU-ČSL) als auch die Demo-

kratische Bürgerallianz (ODA) die Dreierkoalition verlassen und ihre Kabinettsmitglieder abgezogen.

Anlaß waren schwere Vorwürfe gegen Klaus, von einer vertuschten Spendenaffäre und einem geheimen Konto seiner Partei in der Schweiz gewußt zu haben. Unterdessen wies Havel den Vorstoß von Miloš Zeman, dem Chef der ČSSD, für sofortige Neuwahlen zurück. Ein Wahlkampf würde das Land für ein halbes Jahr lähmen, so die Begründung. Außerdem betrachte er den Fall Klaus als Groteske: Es gehe um einige Millionen Kronen in einem Land, in dem Milliarden gestohlen wurden. Politiker hätten jedoch für ihre Lügen zu büßen.

Klaus stürzte, weil sich eine Spende in Höhe von 420.000 DM für die ODS, deren „Absender“ nicht ermittelbar war, als Bestechungsversuch entpuppte. Besagter „Sponsor“, der ehemalige tschechische Tennisstar und heutige Topmanager Milan Šrejber hatte das Geld schon 1995 an die ODS überwiesen. Mit dem Geld hatten Investoren offenbar erfolgreich versucht, den Zuschlag für ein privatisiertes mährisches Stahlwerk (Třinec) zu erhalten. Außerdem wurde ein ODS-Geheimkonto in der Schweiz entdeckt, auf das ausländische Interessengruppen umgerechnet 8,8 Mio. DM überwiesen hatten. Klaus kündigte an, die ODS werde die Spendensumme auf das Konto für die tschechischen Hochwasseropfer überweisen. Klaus bestreitet – im Gegensatz zu einigen Parteifreunden – von diesem Konto gewußt zu haben. Dennoch kündigte er an, keiner neuen Regierung mehr angehören zu wollen.<sup>5</sup>

### Nach den Parlamentswahlen 1998

Nach einer Zwischenperiode, als ein Team von „Halbbeamten“ unter Josef Tošovský regierte, kam es 1998 zu Neuwahlen. Die Ergebnisse sind für Beobachter mehr als erstaunlich. Die ODS ist wiederauferstanden wie ein Phoenix aus der Asche. Sie ist mit einem Stimmenanteil von 27,7% der Stimmen der wirkliche Sieger der Wahlen. Die Sozialdemokraten, obwohl sie 32,1% der Stimme enthielten und nun die stärkste politische Partei im tschechischen Abgeordnetenhaus sind, erreichten einen „Pyrrhussieg“. Werden sie trotzdem fähig sein, eine stabile Regierung zu bilden und die Wirtschaft in Bewegung zu bringen, Korruption, Skandale, Affären zu minimalisieren und die Gesellschaft zu beruhigen? Das sind Fragen an die Entwicklung der nächsten Monate, die schwer zu beantworten sind.

*Dr. Emil Voráček ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag.*

### Literatur

Heinz Bude (1993), Das Ende einer tragischen Gesellschaft, in: H. Joas/M. Kohli (Hg.), Der Zusammenbruch der DDR, Berlin, S. 267–281.

Český (1996), Český statistický úřad, Česká národní banka, Výroční zpráva 1996.

Financování politických stran v České republice v roce 1996 (1997), in: *Právo*, 4.4.1997, S. 2.

Carl Joachim Friedrich/Zbigniew Brzezinski (1957), *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart.

Michael Frank (1997), *Das Ende nach der Wende*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1.12.1997, Nr. 276, Ausg. F, S.4.

Petr Husák (1997), *Budování kapitalismu v Čechách. Rozhovory s Tomášem Ježkem*, Volvox Globator, Praha.

Ralph Jessen (1995), *Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 21, S. 96–110.

Václav Klaus (1997), *Privatizace nemohla být jiná*, in: *Hospodářské noviny*, 29.4.1997.

Oskar Krejčí (1998), *Povaha dnešní krize*, East Publishing, Praha.

Kristina Larischová (1998), *Mythos oder Misere? Das „tschechische Modell“ der Transformation*, in: *Internationale Politik*, 6, 8–14.

Pavel Machonin (1993), *The Social Structure of Soviet-Type Societies. Its Collapse and Legacy*, in: *Czech Sociological Review*, 1, 2, S. 231–249.

Ivo Možný (1991), *Proč tak snadno ... Někteří rodinné důvody sametové revoluce*, Praha.

Uwe Müller (1997), *Vertrauenskrise der Konservativen*, in: *Prager Zeitung*, Nr.19. (9.–15.5.).

Vojtěch Šimíček (ed.) (1998), *Financování politických stran v České republice. Pracovní studie, sešit č. 2*, Brno.

Petr Uhl (1997), *Vytunelovaná důvěra*, in: *Právo*, 21.9.1997.

Tomáš Vrba (1998), *Ein tolerierter Diebstahl korrumpiert die öffentliche Meinung. Korruption in der tschechischen Gesellschaft*, in: *Prager Zeitung*, Nr.19, S.16. (Übernommen aus: *Nová přítomnost*, Nr. 3, 1998).

Zpráva (1997), *Zpráva o lidském rozvoji. Česká republika 1997*, Sociologický ústav AV ČR Praha.

Zpráva (1998), *Zpráva o stavu české společnosti po šesti letech vládnutí liberálně-konzervativních stran. „Modrá kniha“ (analyticko-kritický pohled na dosavadní vývoj ČR)*. Nadace F. Eberta, odborné komise ČSSD, Praha.

<sup>1</sup> Bis 1992 Abgeordneter für die ODS; ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der ODS, zurückgetreten wegen einer Affäre.

<sup>2</sup> Der frühere Dissident, Schriftsteller und Dichter Milan Uhde (ODS) war von Juni 1992 bis Juni 1996 Präsident des Abgeordnetenhauses im tschechischen Parlament.

<sup>3</sup> Milan Uhde in TV NOVA, „Sieben Tage mit Nova“, in: *Právo*, 25.3.1996.

<sup>4</sup> Schon die Mitbegründer der Totalitarismustheorie, C. J. Friedrich und Z. Brzezinski (1957, 214), sprachen von der Familie, der Kirche, der Wissenschaft und dem Militär als „Inseln der Absonderung“, deren Beteiligung freilich „nicht innerhalb, sondern jenseits des Systems“ lag.

<sup>5</sup> Spendenaffäre beendet Ära Klaus in Prag, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 276, F, 1.12.1997, S.1.

## Sibirien: Raumwirtschaft zwischen Staat und Markt

Der Göttinger Arbeitskreis führte vom 6. – 8.02.1998 in Bad Nenndorf eine Sibirien-Tagung durch, zum Thema „Sibirien und der Ferne Osten“. Eine rußländische Großregion zwischen osteuropäischen und ostasiatischen Einflüssen“. Dies war die zweite große multidisziplinäre Sibirien-Tagung deutscher Rußlandforscher nach 1984. Im Juni 1984 hatte die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. in Vlotho/Weser eine Tagung zum Thema „Sibirien als russisches und sowjetisches Entwicklungsproblem“ durchgeführt. Die Beiträge wurden 1986 unter gleichem Titel vom Berlin-Verlag publiziert.

Die Tagung in Bad Nenndorf, umfaßte – wie die Tagung in Vlotho – eine breite Spannweite unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Disziplinen, zusätzlich aber auch noch einen interessierten Kreis von Naturwissenschaftlern. Am Ende der Tagung von Bad Nenndorf stand die Gründung der „Studiengruppe für gegenwartsbezogene Sibirienforschung e.V.“, die in Zukunft – als Teilorganisation des Göttinger Arbeitskreises – multidisziplinäre und fachbezogene Arbeit leisten will. Die Leitung der Tagung lag in den Händen der Professoren Boris Meissner (Köln) und Jörg Stadelbauer (Freiburg im Br.). Prof.

Stadelbauer wird auch die neue Studiengruppe leiten und einen fachlich diversifizierten Beirat zusammenstellen. Der Verfasser möchte an dieser Stelle einige Gedanken seines ökonomischen Grundsatzreferats präsentieren.

Sibirien hat heute mit allgemeinen Problemen der Transformation zu kämpfen und mit spezifischen Problemen, die zum Teil eine Verschärfung allgemeiner Probleme darstellen, weil hier die Wirtschaftsstrukturen noch ungünstiger sind als im Maßstab Gesamtrußlands, der Übergang zur Marktwirtschaft sibirische Unternehmen besonders hart trifft, da in Sibirien der militärisch-industrielle Komplex stark vertreten war und zentrale Subventionen und Investitionen stark gekürzt wurden. Die Reichtümer in Sibirien – sprich ‘natürliche Ressourcen’ – sind regional sehr unterschiedlich verteilt und in Zeiten einer allgemeinen Krise ist das Hemd reicheren Republiken und Regionen im Osten Rußlands näher als der Rock. So stehen auch alle makro- und mezzoregionalen Programme zwischen den begrenzten Finanzmöglichkeiten des Zentrums und den verständlichen Egoismen der Föderationssubjekte. Dennoch sollte man m.E. Programme wie *Sibir* und *Ferne Osten und Transbaikal* sowie

das Abkommen *Sibirskoe Soglašenje* grundsätzlich positiv beurteilen, d.h. ernst nehmen.

Es gibt eine Inflation von Zielprogrammen und zum Teil auch altes planerisches Denken. Und es gibt – wie überall auf der Welt – überzogene Vorstellungen von Regionalpolitikern und Raumplanern. Es ist aber auch neues Denken vorhanden, das die Durchforstung des Programmdschungels fordert, realistischere Finanzierungsvorstellungen hat sowie bessere Kontrollen der Programm-Implementationen anmahnt. Aber – und das ist für uns keine Überraschung – selbst wenn man Programmansätze als realistisch ansehen kann, sind die realen Finanzzuflüsse immer noch wesentlich kleiner als die geplanten.

Das Sibirien der Sowjetzeit wurde von vielen als ein kolonialisierter, vom Zentrum ausgebeuteter Raum angesehen; andere sahen primär einen hoch subventionierten Raum. Die eine These war, daß die UdSSR Sibirien auffresse. Die Gegenthese bestand in der Behauptung, daß Sibirien für die UdSSR zu teuer, daß Sibirien allenfalls eine Entwicklungsaufgabe für das 21. Jahrhundert sei.

In dieser Unterschiedlichkeit der Bewertung kommen unterschiedliche Wertprämissen der Analytiker zum Ausdruck. Der neoklassische Ökonom geht an Regionalpolitik im allgemeinen, an ihre sozialen und ökologischen Aspekte in besonderen anders heran als der entwicklungs- politisch geschulte Ökonom mit einem breiten Ziel- system, welches politische, soziale und ökologische Ziele und/oder Kosten berücksichtigt.

Der Entwicklungs- und Regionalökonom kritisiert zwar auch, daß Entscheidungen regionalpolitischer Art in der UdSSR häufig nicht richtig mikroökonomisch fundiert waren, sieht vor allem aber eine Unvollständigkeit der Bewertung der Gesamtkosten der jeweiligen Erschließung und Entwicklung. Für ihn waren die ökonomischen Kosten in der UdSSR falsch berechnet, weil bestimmte Kosten, z.B. die extreme ökologische Belastung der nördlichen Gebiete Sibiriens, die Verschleuderung von wertvollen Ressourcenkomponenten u.a.m. nicht in die einzelwirtschaftlichen Gewinn- und Verlustrechnungen eingingen und damit auch nicht in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Sibirien wurde in vielen Teilräumen hoch subventioniert, vor allem durch niedrige Energie- und Transportpreise, aber auch durch hohe Lohnzuschläge für harte Arbeits- und Lebensbedingungen und höhere Kosten der Lebenshaltung. Diese hohen Subventionen hatten m.E. im wesentlichen zwei Quellen. Sie waren einmal die Folge davon, daß der Staat – entweder die politische Spitze oder große Ministerien – bestimmte Standorte entwickeln oder halten wollte. Dies war also regionalstrategisch bzw. regionalwirtschaftlich bestimmt. Zum anderen waren hohe regionale Zusatzkosten aber auch systemischer Art. Eine unzureichende räumliche Organisation der Wirtschaft zentralistisch-sektoraler Art machte die jeweilige Erschließung zu teuer, weil Raubbau betrieben wurde, weil der entwickelte sibirische Süden zu wenig in die Erschlie-

ßung eingeschaltet war, weil nicht nur die natürlichen sondern auch die Arbeitskräfte-, Kapital- und Technikressourcen extensiv genutzt wurden. So wurde in den nördlichen Gebieten Arbeit sehr teuer. Hohe Ausgaben für die soziale Infrastruktur reichten dennoch in der Regel nicht aus und wurden eher nach dem „Restprinzip“ von Ministerien oder Unternehmen verteilt. Siedlungs- politik und Infrastrukturpolitik waren nicht sinnvoll aufeinander abgestimmt. Das Konzept permanenter Besiedlung sowie ein Wirtschaftssystem, welches Ressourcen- nutzung nicht nach komparativen regionalen Nutzen- relationen steuerte – Beispiel war eben die Überbesiedlung nördlicher Regionen – hat enorme Finanzmittel gebunden. Die frühere Überbesiedlung nördlicher Regionen bzw. Standorte hat heute große Folgeprobleme geschaffen: eine hohe Arbeitslosigkeit und hohe Emigration. Dabei emigrieren – wie zu erwarten – die qualifizierten Arbeitskräfte in stärkerem Maße.

Generell leidet Sibirien heute besonders stark an den Folgen der Sowjetwirtschaft. In vielen Regionen gab und gibt es eine wenig diversifizierte Wirtschaft, die darüber hinaus häufig noch mit sehr alten Produktionsanlagen arbeitet. Stark gestiegene Energiekosten addieren sich mit einem unangemessen hohen Energieverbrauch durch technisch und „moralisch“ veraltete Anlagen.

Sibirische Regionen arbeiten nicht nur mit schlechten Strukturen und veralteten Anlagen, sondern bislang auch mit geringen Chancen, Finanzierungen bzw. Investitionen aus Moskau oder dem Ausland zu bekommen. Es gibt „kluge Ratschläge“ des Zentrums, stärker die endogenen Potentiale der Regionen zu nutzen und die Verarbeitungs- industrie stärker auszubauen. Dem steht entgegen, daß Auslandsinvestitionen entweder stärker in den konsum- nahen Bereich wollen oder in die extraktive Industrie.

Besonders ungünstig ist die Situation für viele Regionen aus der Großregion „Fernost“. Lippenbekenntnisse und das Handeln Moskaus gehen hier um einiges auseinander. Es wird in Publikationen und in Programmen zwar viel über die stark veränderte geopolitische Lage geschrieben, der Ferne Osten wird aber wohl weitgehend auf sich selbst gestellt bleiben. Das bedeutet, die einzelnen Regionen müssen sich auf den Pazifik umorientieren. Dies geschieht auch sukzessiv.

Ein Spezifikum der Sowjetwirtschaft, das jetzt immense Probleme für die sibirischen Regionen schafft, war die geringe Verarbeitungstiefe bei der Förderung von Rohstoffen und Energieressourcen. Es blieb zu wenig Wertschöpfung in der jeweiligen Region. Das galt z.B. für Holz, das jetzt in der Regel als Rohholz für Exporte zu teuer geworden ist und Ver- bzw. Bearbeitung verlangt. Das galt für Kohle, die zu wenig angereichert wurde und die heute für rentablen Absatz viel zu kleine Radian bzw. Märkte hat.

Gelehrte streiten sich darüber, ob es eine Regionalpolitik Rußlands gibt oder nicht. Da aber die Staatsordnung im allgemeinen und die Raumordnung im besonderen sich

noch in *statu nascendi* befinden, ist dieser Streit vielleicht nicht von so großer praktischer Relevanz. Daß generell die Föderationssubjekte durch die Wahl der Gouverneure, den Föderationsrat und andere Faktoren gestärkt wurden, unterliegt m.E. keinem Zweifel. Vor diesem Hintergrund sind m.E. auch die aktuellen Bilateralismen von denen der ersten Phase der Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie zu unterscheiden. Es gibt in wissenschaftlichen Bewertungen nicht nur negative Akzente bezüglich des aktuellen Bilateralismus. Bilateralismus wird auch als Stabilisator einer entstehenden Raumordnung angesehen. Ich denke, daß diese Idee vernünftig ist. Bilaterale Verträge gibt es heute in einem solchen Umfang und solch weitgehend übereinstimmender Inhalte, daß man von einer Richtung auf eine de facto Multilateralisierung der Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Föderationssubjekten sprechen kann.

Politisches Ziel in Rußland ist eine stärkere fiskalische Autonomie der Föderationssubjekte. In der Realität hat sich wohl eher das Gegenteil vollzogen, da die Zahl der Gebersubjekte sich kontinuierlich verringerte. Und diese Föderationssubjekte wollen eine neue Diskussion über das Finanzausgleichssystem Rußlands, ebenso wie dies z.Zt. einige deutsche Bundesländer wollen.

Es macht wenig Sinn, die verschiedenen Regierungsprogramme im Bereich Regionalpolitik intensiv zu durchforsten, da man im Regelfall immer Warenhauskataloge vor sich hat. Das gilt auch für eine Verordnung, welche von der Regierung im März 1996 vorgelegt wurde: „Osnovnye položenija regional'noj politiki v Rossijskoj Federacii“. Der allgemeine Zielkatalog betont vor allem die „Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums“, „einheitliche minimale Sozialstandards“ und einen „gleichen sozialen Schutz“, die „Ausgleichung der sozial-ökonomischen Entwicklungsbedingungen der Regionen“. Hervorgehoben werden die „prioritäre Entwicklung von Regionen, welche eine besonders wichtige strategische Bedeutung haben“ und „Gebiete mit schwierigen Bedingungen des Wirtschaftens“. Hier werden die Arktis, der Hohe Norden, der Ferne Osten und Grenzgebiete genannt. Finanzgrenzen, aber auch Konsensprobleme engen verteilungspolitische (ausgleichspolitische) Möglichkeiten des Zentrums jedoch stark ein.

Tatsache ist, daß das sowjetische System durch seine Strukturpolitik, Investitionspolitik, Innovationspolitik, Umweltpolitik in weitem Maße die Probleme geschaffen hat, vor denen heute sibirische Regionen und Unternehmen stehen. Hier ist zu nennen der hohe Anteil des militärisch-industriellen Komplexes, das Fehlen von ziviler Verarbeitungsindustrie, die unzureichende Nutzung gerade auch sibirischer Forschung im nichtmilitärischen Bereich, die völlig ungenügende Kooperation des sibirischen Südens mit seinem Norden, teure Extravaganzen einer nördlichen Landwirtschaft und vieles andere mehr.

Wie in allen Transformationsstaaten, so hat auch in Rußland Makropolitik zunächst die alles dominierende Rolle gespielt. Aber die Erbschaft war hier eine andere als

z.B. in Polen und der Ukraine. Und die Regionen Rußlands nahmen sich – teils sogar von Jelzin ermutigt – Macht. Die Versuche des Zentrums, das Rad durch einen ungeordneten Bilateralismus wieder zurückzudrehen, d.h. de facto durch eine *divide-et-impera*-Politik, schlugen fehl.

Heute gibt es – politisch wie ökonomisch – vier große Bereiche der Macht: das politische Zentrum in Moskau, das Finanzkapital in Moskau, die großen Produzenten bzw. finanzindustriellen Gruppen und die Macht der Föderationssubjekte. Die Entwicklung einer zentralstaatlichen Regionalpolitik ist alles andere als nur eine Frage der politischen Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie. Die neue Staats- und Raumordnung muß vor allem auch die großen „exterritorialen“ Produzenten und Banken in Betracht ziehen. Sonst ersetzt Sibirien nur den Teufel durch Beelzebub. Ökokatastrophen weisen klar auf die Grenzen von *marketization* bezüglich Umweltpolitik, Regionalpolitik und Nationalitätenpolitik hin. Die Eigentumsbeteiligung selbst kleiner Ethnien wird – mit Verweis auf Kanada – als zentral für eine Umorientierung der Politik des Zentrums wie auch großer Produzenten in Richtung auf weniger Raubbau in Sibirien und dem europäischen Norden angesehen. Das rußländische Spezifikum besteht aber in einer relativ schlechten Organisation der kleinen Ethnien und dem starken Bedeutungsrückgang dieser Ethnien in der Politik Moskaus in den letzten Jahren.

Eine erfolgreiche Entwicklung von Regionalpolitiken der Föderationssubjekte sowie intermediärer Institutionen makroregionaler Art hängt in starkem Maße von Reformen im Gesamtsystem ab. Dennoch kann sich von den Regionen ausgehend einiges entwickeln. Hier sind die Interregionalen Assoziationen ebenso zu nennen wie informelle Gruppen im Föderationsrat und auch große Regionalprogramme. Eine Integration über eine Bildung von Großregionen, was abstrakt gesehen sicherlich rational wäre, hat wohl für die nächste Zukunft keine Perspektive. Die Erbschaften aus der Sowjetzeit und die Reichtümer sind in den einzelnen sibirischen Regionen auch zu unterschiedlich verteilt, als daß es schnell zu einem Konsens kommen könnte. Neugliederungen sind immer Organisationsschocks und sie sind auch teuer, wobei Kosten heute entstehen, Gewinne morgen und übermorgen. Akcenov/Bovin/Vavilin nehmen in einem Beitrag in Region Nr. 4/1996 jedoch eine andere Position ein. Sie halten die Zeit für gekommen bzw. für günstig und plädieren auch für die Schaffung einer Föderalen Kommission für Sibirien bei der Regierung in Moskau, die dann eng mit *Sibirskoe Soglašenje* und sibirischen Föderationssubjekten zusammenarbeiten sollte. Mir scheint dies eher zweitrangig zu sein. Der institutionelle Rahmen für Regionalpolitik wird sich m.E. nicht so schnell grundlegend ändern. Die erste Interregionale Assoziation von Föderationssubjekten wurde im Oktober 1990 in Sibirien geschaffen: *Sibirskoe Soglašenje*. Diese Assoziation hat eine gut ausgebaute organisatorische Infrastruktur und gehört ganz offensichtlich zu den besser funktionie-

renden Assoziationen in Rußland. Dies war auch aus dem Munde Černomyrdins auf einer Sitzung der Assoziation am 20.–21. Juli 1995 in Tjumen zu hören: „Wenn bei uns alle sieben Assoziationen ... so arbeiten werden, werden wir schneller vorankommen auf dem Wege der Entscheidung vieler unserer Probleme“ (Region 4/95, S. 122).

Die Bereiche, die von *Sibirskoe Soglašenje* bearbeitet werden, sind Außenwirtschaft, die extraktive Industrie, das Transportwesen, das Finanzwesen, ökologische Fragen, hier insbesondere die des Baikal u.a.m. Die Burjatische Republik und die Oblast' Čita sind sowohl Mitglieder der *Sibirskoe Soglašenje* als auch der Assoziation „Ferner Osten“. Tjumen hat ebenfalls eine Doppelmitgliedschaft, denn es gehört auch zur Regionalen Assoziation „Ural“.

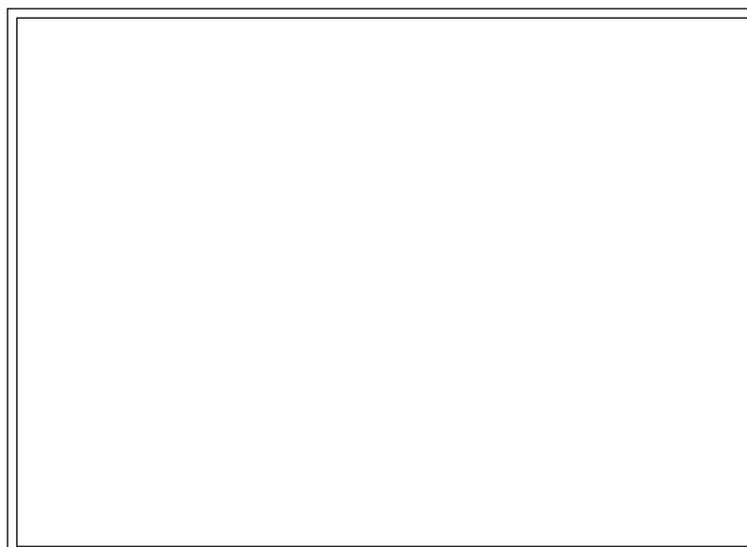
Bei den Regionalprogrammen stehen zwei große Programme im Zentrum der politischen und wissenschaftlichen Diskussion: das Programm „Ferner Osten und Transbaikal“ für den Zeitraum 1996–2005 und das Programm „Sibirien“ für 1997–2005.

Für sibirische Politiker und Wissenschaftler ist die Schaffung spezifischer Finanzbedingungen jenseits der öffentlichen Finanzen zentral. Erstens gibt es Finanzindustrielle Gruppen, welche regional orientiert sind (z.B. in der Oblast' Irkutsk). Zweitens sind regionalpolitisch vertikale Integrationen bzw. Konzentrationen von Bedeutung, welche infolge ihrer Wirtschafts- und Finanzkraft in der Lage sind, erhebliche Finanzmittel zu akkumulieren, flexibler Finanz- und Produktionsressourcen umzuverteilen und besser prioritäre Ausrichtungen verfolgen zu können. Diesen Positiva steht jedoch die Möglichkeit dieser Konzerne gegenüber, mit internen Verrechnungspreisen nicht nur innerhalb der Glieder des Produktionszyklus Erträge umverteilen zu können, sondern auch zwischen den Regionen der Föderationssubjekte. Es kommt dann zur Reduktion der Beiträge für bestimmte regionale Budgets. Als Beispiele können *Gazprom* und *Lukoil* genannt werden. *Gazprom* fördert z.B. 90% seines Gases in Westsibirien, aber zu 65% trugen 1995 die Moskauer Konzern-

teile zum Bruttogewinn des Konzerns bei. Finanzabflüsse aus den Regionen können stattfinden durch das Steuersystem (wenn z.B. Verbrauchssteuern voll in das Föderationsbudget gehen), sie können auch durch das Bankensystem verursacht werden und hier sowohl im Rahmen von Bankoperationen für Rechnung der Konzerne als auch für eigene Rechnung. Ein Abzug von Finanzressourcen Sibiriens bzw. sibirischer Regionen erfolgt vor allem wegen der immensen Bankenkonzentration in Moskau, welche die zentralen Bedürfnisse des Landes weit übersteigt, ganz zu schweigen von denen Moskaus. Der Aufbau von Regionalbanken in Sibirien ist m.E. eine *conditio sine qua non* für sibirische Wirtschaftsentwicklung. Früher wurde in Sibirien der sowjetische Staat als Kolonialherr angesehen. Heute sind es große Produzenten oder Moskauer Banken.

Die Assoziation *Sibirskoe Soglašenje* hat sich im Dezember 1995 auf einer Konferenz in Omsk u.a. mit der Frage der „Integration des sibirischen Bankkapitals“ beschäftigt. Die sibirischen Banken und die Moskauer Filialen in den sibirischen Regionen seien nur schwach integriert und daher zu größeren Aufgaben der Investitionsfinanzierung in Sibirien nicht bzw. noch nicht in der Lage. Der Abfluß von Kapital in die Hauptstadt wurde noch einmal unterstrichen. Es gibt die Idee, einen „gesamtsibirischen Pool von Banken“ zu schaffen. Auf einer Konferenz in Barnaul im April 1996 wurde die Idee einer Spezialbank geboren, die Garantieträger für Kredite Moskauer Banken an Sibirien werden könnte. Akcenov/Bovin/Vavilin halten diese Idee jedoch in Anbetracht des hohen sibirischen Investitionsbedarfs für noch nicht ausreichend und plädieren für eine „Rußländisch-Sibirische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“. Auf jeden Fall sind institutionelle Reformen im sibirischen Finanzsektor dringend notwendig.

*Dr. Hans-Erich Gramatzki* ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Osteuropa-Institut der FU Berlin.



## Ethnopolitische Konflikte in Osteuropa und die OSZE

### Eine vorläufige Bilanz

Der Zeitraum zwischen dem Fall der Berliner Mauer und dem Beginn der serbischen Kriege um die jugoslawische Erbfolge bzw. der Implosion der Sowjetunion war für die „alte“ KSZE zu kurz, als daß dieser damals kaum institutionalisierte Regierungszusammenschluß wirksam darauf hätte reagieren können. Erst das Helsinki-II-Dokument vom Sommer 1992 mit seinen Beschlüssen zur Stärkung der KSZE-Institutionen und -Strukturen, zur Einrichtung des Amtes eines Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten und zu Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie friedlicher Beilegung von Streitfällen legte die Grundlage für eine „neue“, reaktionsfähigere KSZE (seit 1. Januar 1995: OSZE). Von nun an entstanden Instrumente, mit denen einige negative Wirkungen der sich wechselseitig bedingenden Prozesse von Staatenzerfall und Nationenbildung in Osteuropa eingedämmt werden konnten. Ethnopolitische Konflikte innerhalb der neu-alten Staaten sowie Kriegsursachen zwischen ihnen versuchte die KSZE rechtzeitig zu erkennen, um sie anschließend entweder selbst mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln oder aber im Verbund mit anderen internationalen Partnern zu verhindern; dort, wo bereits Gewalt eingesetzt wurde, bemühte sie sich um eine Rückverlegung des Streites an den Verhandlungstisch; und in post-kriegerischen Situationen bot sie sich als Vermittler für dauerhafte Friedenslösungen an.

Im Ergebnis einer mehrjährigen Phase des Suchens, Ausprobierens und Verwerfens einer Reihe ganz unterschiedlicher Aktionsformen, Mechanismen, Instanzen und Subgremien haben sich im OSZE-Rahmen bei der Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte in Osteuropa drei Ebenen bzw. Institutionen als maßgeblich herausgestellt. Dies sind erstens der aus den Ständigen Vertretern der derzeit 55 OSZE-Mitgliedsstaaten bestehende Ständige Rat. Zweitens ist dies der ob seines breiten Mandates eine innerhalb des OSZE-Gremien- und Institutionengefüges weitgehend unabhängige Stellung einnehmende Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten. Und drittens sind dies die Langzeitmissionen, die die OSZE in mehr als einem Dutzend Krisenherden unterhält und die über ein sogenanntes Konfliktverhütungszentrum an die Wiener Zentrale, das OSZE-Sekretariat, angebunden sind. Koordinierungs- und Führungsinstanz all dieser Untergliederungen und -ebenen ist dabei der Amtierende Vorsitzende, d. h. der Außenminister des den Vorsitz innehabenden Mitgliedsstaates. Da dieser Vorsitz jährlich wechselt und Kontinuität somit nur bedingt gewährleistet ist, stehen dem Amtierenden Vorsitzenden sein Vorgänger sowie sein Nachfolger zur Seite, mit denen er die sogenannte Trojka bildet; desgleichen wird er von einem auf jeweils drei Jahre bestellten Generalsekretär unterstützt.

#### Der Ständige Rat

Das die weitgehend auf Osteuropa bezogene Alltagsarbeit der OSZE tragende Gremium ist der Ständige Rat, vormals Ständiger Ausschuß bzw. „Wiener Gruppe“ genannt. Die vom Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden geleiteten donnerstäglichen regulären Sitzungen in der Wiener Hofburg, die ebenfalls wöchentlichen informellen Zusammenkünfte dieses Gremiums, problemorientierte Kontakt-, Regional- und andere Untergruppen sowie vertrauliche Zirkel und Gesprächsrunden am Rande bilden das wichtigste, da permanent tagende Diskussions-, Konsultations- und Entscheidungsforum der OSZE. Dem Ständigen Rat erstatten die Leiter der Langzeitmissionen, der Hohe Kommissar und andere OSZE-Funktionsträger regelmäßig Bericht; der Rat entscheidet über die Entsendung neuer Missionen sowie über die Verlängerung und Neuformulierung der Mandate existierender Missionen; dem Rat tragen die Mitgliedsstaaten drängende Probleme untereinander vor und verhandeln Streitfragen kontrovers; hier werden Entscheidungen vorbereitet und gefällt; und vor allem wird hier über den Haushalt beschlossen. Der Ständige Rat löst damit zunehmend den vormals so gewichtigen, aber mittlerweile nur alle vier Monate tagenden Ausschuß Hoher Beamter (seit 1995: Hoher Rat) ab. Innerhalb des Ständigen Rates gibt es formalisierte Gruppierungen wie etwa diejenige der EU-Staaten, aber auch informelle Zusammenschlüsse etwa der turksprachigen Mitgliedsstaaten. Weitere Macht- und Meinungspole sind die GUS mit der Rußländischen Föderation an der Spitze und natürlich die transatlantischen Mitglieder USA und Kanada. Entsprechend stehen die kleineren und neutralen Staaten unter starkem Anlehungsdruck.

#### Der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten

Das Amt des mit einem umfassenden Mandat und beträchtlicher Unabhängigkeit von der Wiener Zentrale der OSZE ausgestatteten Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten wird seit seiner Einrichtung Anfang 1993 von dem ehemaligen niederländischen Außenminister Max van der Stoel versehen. Schwerpunkte seiner von Den Haag aus betriebenen Tätigkeit sind die Eindämmung steigender interethnischer Spannungen und die Prävention ethnopolitischer Konflikte in Osteuropa mittels Beratung, Vermittlung und Empfehlungen an die Konfliktparteien, nicht hingegen die gleichsam im Mandat vorgesehene Frühwarnung an den Ständigen Rat samt *early action*. All dies geschieht in der Regel hinter verschlossenen Türen; lediglich ein Teil der Empfehlungen an OSZE-Mitgliedsregierungen sind bislang veröffentlicht worden.

Derzeit ist der Hohe Kommissar mit Fragen der griechischen Minderheit in Albanien, der slowakischen Minderheit in Ungarn, der ungarischen Minderheiten in der Slowakei und Rumänien sowie den interethnischen Beziehungen in Kasachstan und Kyrgyzstan befaßt. Hinzu kommen fünf weitere regionale Schwerpunkte, die zugleich von OSZE-Langzeitmissionen abgedeckt werden, nämlich die Lage der russischsprachigen Bevölkerungsteile in Estland und Lettland, der albanischen Minderheit in Makedonien, der serbischen Minderheit in Kroatien sowie die interethnischen Beziehungen auf der zur Ukraine gehörenden Halbinsel Krim. Die osteuropaweite Behandlung der Lage der Roma ist mittlerweile einer neu eingerichteten „Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti“ innerhalb des ansonsten auf Wahlbeobachtung in Osteuropa spezialisierten OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau übertragen worden.

Der derzeitige Inhaber des Amtes des Hohen Kommissars, der innerhalb der OSZE als Idealbesetzung gilt, wird nicht müde, an die Wiener Zentrale zwei Mahnungen zu richten: „In Konfliktprävention investiertes Kapital ist gut angelegtes Kapital“ lautet das eine *ceterum censeo*, und „Wir müssen unser Augenmerk auf Langzeitentwicklungen richten, um künftige Krisen vorauszuhnen, und unsere Aufmerksamkeit nicht nur auf bereits existierende Konflikte wenden“ das andere. So bereitwillig Max van der Stoel dabei seitens des OSZE-Apparates und der Mitgliedsregierungen zugestimmt wird, so zugeknöpft geben sich aber gerade die letztgenannten in finanzieller Hinsicht.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt des Hohen Kommissars ist die minderheitenpolitische Normsetzung im internationalen Bereich. Im Laufe seiner vierjährigen Tätigkeit haben für Max van der Stoel dabei sprach- und bildungspolitische Aspekte ausschlaggebende Bedeutung gewonnen. Dies hat ihn 1996 veranlaßt, mit Hilfe einer Expertengruppe zu „versuchen, in relativ direkter Diktation den Inhalt derjenigen Minderheitenrechte im Bildungswesen zu klären, die auf die Situationen, in denen der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten engagiert ist, generell anwendbar sind“ sowie diese in Form expliziter Vorschläge zur einschlägigen Gesetzgebung der OSZE-Mitgliedsstaaten zu veröffentlichen.

Seines nichtöffentlichen Charakters wegen entzieht sich der Großteil der Tätigkeit des Hohen Kommissars einer Beurteilung von außen. Unverkennbar jedoch ist das beträchtliche internationale Prestige, das sich Max van der Stoel im OSZE-Bereich erworben hat. Die Tatsache, daß selbst seine entschiedenen Widersacher im Kreise der Mitgliedsstaaten nicht offen aufzutreten wagen, belegt dies deutlich.

### Die Langzeitmissionen

Die mittlerweile eingebürgerte Bezeichnung Langzeitmissionen – *Missions of Long Duration* bzw. *Long-term Missions* (zur Unterscheidung von kürzeren *Rapporteur*

*Missions und Factfinding Missions*) – ist insofern irreführend, als die Missionen zumindest *de iure* eben nicht auf lange Zeit entsandt werden, sondern ihre Dauer alle sechs Monate vom Ständigen Rat bestätigt werden muß. Diese im Regelfall aus einem halben bis mehreren Dutzend Diplomaten, Offizieren, Juristen, Ökonomen, Journalisten und Regionalfachleuten unterschiedlicher Altersgruppen, Geschlechter, Religion, Muttersprache, ethnischer Zugehörigkeit und Staatsangehörigkeit zusammengesetzten Missionen sind je nach Problemlage mit unterschiedlichen und mehrheitlich sehr flexiblen Mandaten ausgestattet. Sie reichen von bloßer Beobachtung zu Frühwarnzwecken über präventive bzw. nachsorgende Diplomatie und Vermittlungsangebote bis hin zu Krisenmanagement und friedlicher Streitbeilegung. Darüber hinaus sollen die Missionen nach Ansicht der schwedischen Amtierenden Vorsitzenden des Jahres 1992, Margareta af Ugglas, nach Möglichkeit auch die folgenden Funktionen erfüllen:

- „– als ‘Ombudsman’ für Gekränkte fungieren, Annahmestelle sein, wenn Konfliktparteien ihre Beschwerden über diejenigen, die örtlich oder landesweit die Macht ausüben, loswerden wollen,
- als die politischen Antennen der KSZE fungieren, die das leiseste Beben eines drohenden politischen Umsturzes oder einer militärischen Konfrontation registrieren,
- als Mittelsmann beim Herstellen von Kontakten zwischen den betroffenen Parteien sowie als Berater in verschiedenen Angelegenheiten wirken,
- Vermittler sein, die Konfliktparteien von den Vorteilen, dem Rahmen und den Details einer auf dem Verhandlungswege erreichten Konfliktregelung überzeugen.“

Die beiden ersten Missionen wurden im September 1992 in die jugoslawischen Nachfolgestaaten Republik Makedonien und Föderative Republik Jugoslawien in Marsch gesetzt. Während die *CSCE Spillover Monitor Mission to the Former Yugoslav Republic of Macedonia* unter der Bezeichnung *OSCE Mission to Skopje* bis heute tätig und um einen Ausgleich zwischen der Mehrheitsbevölkerung und der großen albanischen Minderheit bemüht ist, mußten die *CSCE Missions of Long Duration to Kosovo, Sanjak and Vojvodina* ihre Einsatzgebiete im Juli 1993 wieder verlassen – die Belgrader Behörden verweigerten eine Visaverlängerung für die Missionsmitglieder. Allerdings gab es seit Anfang 1997 einen persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für Kosovo. Es handelte sich um den Hohen Kommissar Max van der Stoel, der jedoch sein Ersatzmandat für die von Serbien hinauskomplimentierte Langzeitmission ebenfalls mangels Visaerteilung nur unzureichend wahrnehmen konnte. Auch sein Anfang März 1998 ernannter Nachfolger als Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für die Föderative Republik Jugoslawien, Felipe González, hat aufgrund fehlenden Belgrader Agréments seine Tätigkeit bislang nicht aufnehmen können.

Seit 1992 hat sich die Zahl der Langzeitmissionen vervielfacht. Derzeit unterhält die OSZE Missionen in Georgien, Moldova und der Ukraine – Arbeitsschwerpunkte sind hier die Krisenregionen Südossetien, Transnistrien und die Krim –, weiter in Estland und Lettland, wo die großen russischsprachigen Anteile der Wohnbevölkerung im Mittelpunkt stehen, in Tadschikistan, wo es um Konfliktlösung und um den Aufbau einer Zivilgesellschaft geht, und seit 1996 in Kroatien mit seiner serbischen Minderheit vor allem in der Baranja und in Westsyrmien. Ein Sonderfall ist die von der Rußländischen Föderation anfänglich nur widerstrebend geduldete Tschetschenien-Mission, die mit Rücksicht auf Moskauer Empfindlichkeiten offiziell lediglich als „OSZE-Unterstützungsgruppe“ firmiert. Ähnliches gilt für die Ende 1997 nach Weißrußland (Belarus') entsandte „OSZE-Unterstützungs- und Beobachtungsgruppe“. Gänzlich aus dem üblichen Missionsrahmen fällt die im Zuge des Dayton-Abkommens entsandte, mehrere hundert Mitglieder starke Mission in Bosnien und Herzegovina, die allein fast die Hälfte des OSZE-Haushaltes verschlingt. Und seit mittlerweile fünf Jahren in Planung befindet sich eine mehrere tausend Militärbeobachter umfassende Mission zur Überwachung des armenisch-aserbaidzhanischen Waffenstillstandes in Nagorno-Karabach.

Bislang ist keine der seit 1992 entsandten Missionen zurückgerufen worden, auch wenn Regierungen von Gastländern wie Estland, Ukraine und Makedonien darauf drängen, da sie den mit erheblichen Souveränitätseinbußen einhergehenden Aufenthalt einer OSZE-Mission als Stigmatisierung werten. Selbst aus OSZE-Sicht ist also in bislang keinem Fall das Missionsmandat dauerhaft verwirklicht worden. Hier befindet sich die OSZE in der Falle ihrer eigenen Flexibilität: Die Mandate sind sämtlich so elastisch formuliert, daß nahezu jede Gefahr für die innere und äußere Sicherheit des Gastlandes Gegenstand der Missionstätigkeit sein kann. Und dies wiederum bedingt, daß eine vollständige und abschließende Erfüllung des Mandates nicht zu erwarten ist.

Dennoch ist es eben diese Dehnbarkeit der Mandate, welche die mitunter beträchtlichen, aber nur in den seltensten Fällen spektakulären Erfolge der Missionen gewährleistet: In Tschetschenien konnte unter schwierigsten Bedingungen das Zustandekommen eines Waffenstillstandes befördert werden; in Georgien konnte das Südossetienproblem wenn nicht unter, so doch auf der Gewaltschwelle gehalten werden; die Mission in das 1992 subjektiv von serbischer Invasion bedrohte, objektiv unter dem UN-Embargo gegen Rest-Jugoslawien sowie unter einer griechischen Wirtschaftsblockade leidende Makedonien hatte zumindest bis zur Ankunft von UNPROFOR dort als „Trostpflaster“ für die ausbleibende internationale Anerkennung der neuen Mini-Republik eine psychologisch stabilisierende sowie hohe informationspolitische Bedeutung – zugleich fungierte sie als

Frühwarnsystem und Stolperdraht für einen potentiellen Aggressor; die Moldova-Mission konnte gemeinsam mit der rußländischen und neuerdings auch der ukrainischen Diplomatie den bis zum Sommer 1992 „heißen“ Konflikt zwischen der Zentralregierung in Chişinău und der selbsternannten „Transnistrisch-Moldavischen Republik“ auf dem Ostufer des Dnjestr einer Verhandlungslösung näherbringen, auch wenn der endgültige Durchbruch erst noch bevorsteht; die Tadschikistan-Mission hat unter widrigsten Bedingungen ein Ombudsman-Büro eingerichtet; die Ukraine-Mission hat entscheidend zur Entschärfung der sich im März 1995 dramatisch zuspitzenden Lage zwischen der Zentralregierung in Kiev und der russischsprachigen Bevölkerungsmehrheit auf der Krim beigetragen; und in Estland und Lettland konnten die Missionen zur Stabilisierung mittels partieller Entspannung der Beziehungen zwischen Titularnation und russischsprachiger Wohnbevölkerung beitragen.

Ein Schlüssel zum relativen Erfolg der Missionen ist deren flache Hierarchie und praxisorientierte Zusammensetzung. Selbst die Führungspositionen, diejenige des Missionsleiters, seines Stellvertreters und gegebenenfalls von Teamleadern, werden nicht ausschließlich mit Berufsdiplomaten, sondern auch mit Vertretern anderer Berufe besetzt. So leitete ein französischer Orientalist die Mission in Tadschikistan und ein schweizerischer Journalist diejenige in der Ukraine. Aufgrund der Sprach- und Regionalkompetenz ihrer Mitglieder sowie der zumeist hochqualifizierten Ortskräfte weisen die OSZE-Missionen in der Regel eine überaus starke Bodenhaftung auf.

### Eine vorläufige Bilanz

„What is unique about the OSCE?“ hat Katherine Birmingham unlängst gefragt, und dabei vor allem auf die Kombination von kurzfristigem Krisenmanagement und langfristig angelegter Konfliktprävention verwiesen. Zugleich hat sie betont, daß das Aufgabenprofil der OSZE bezüglich ethnopolitischer Konflikte in Osteuropa schärfer sei als dasjenige der Vereinten Nationen sowie praxisorientierter als das des Europarats. Hinzu kommt als weiteres wesentliches Element, daß in der OSZE als einzige paneuropäische Organisation neben der Ukraine auch die Rußländische Föderation Vollmitglied ist, der von Akmola bis Ottawa reichende Regierungszusammenschluß in Osteuropa also zunehmend weniger unter dem Odium einer „westlichen Agentur“ leidet. Die steigende Zahl von Osteuropäern sowohl in der Wiener Zentrale als auch vor allem in den Langzeitmissionen und im Haager Büro des Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten trägt das ihre dazu bei; die schrittweise, aber stetige Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen OSZE und Rußländischer Föderation im GUS-Bereich ist ein Beleg dafür. Denn aufgrund der ständigen Präsenz und damit hohen Visibilität bei Bevölkerung, Behörden und Regierungen in den osteuropäischen Krisenregionen sind es vor allem die Missionen, die vor Ort die „Visitenkarte“ der OSZE abgeben,

nicht die Zentrale am feudalen Kärntner Ring in Wien. Nicht zuletzt deswegen fungieren die Missionen über ihre unmittelbaren und konkreten Aufgaben hinaus als wirksame Transmissionsriemen für die Übermittlung des Wertekanons von Helsinki in die Spannungszone zwischen den EU-Ostgrenzen und der Westgrenze Chinas.

Die mittlerweile eingespielte Abstimmung der sich gegenseitig ergänzenden Tätigkeiten von Langzeitmissionen und Hohem Kommissar bei gleichzeitiger Schärfung des jeweiligen Aufgabenprofils sowie die gleichfalls im Routinefall reibungsarme Koordination zwischen Amtierendem Vorsitzenden, Ständigem Rat und Sekretariat bezüglich der OSZE-Politik vor Ort, d.h. in den Spannungsregionen Osteuropas, erhöhen Reaktionsbereitschaft und Effizienz erheblich. Dennoch gibt es mitunter innerorganisatorische Friktionen, wie etwa der ehemalige Leiter der Ukraine-Mission, der Schweizer Journalist Andreas Kohlschütter, anhand des Managements der Krim-Krise vom März 1995 durch die OSZE berichtet hat:

„Vor dem Hintergrund der Krim-Erfahrung betrifft dies vor allem die Schwachstellen in den Entscheidungsmechanismen und Kommunikationsstrukturen der OSZE. Sie spielten im Moment der kritischen Zuspitzung des Krim-Problems eine enttäuschend schwache Rolle [...]. Es fehlte eine klare, kohärente und koordinierte Führung. Die OSZE-Signale, die anlässlich der Zuspitzung der Situation im März 1995 ausgesendet wurden, waren lange Zeit widersprüchlich. Unklar abgesteckte Verantwortungsbereiche wirkten ebenso lähmend und verunsichernd wie die häufigen und langen Abwesenheiten von unersetzlichen OSZE-Entscheidungsträgern. In dem für die Krisenprävention entscheidenden Zeitpunkt wurde [...] keine gemeinsame klare und daher präventivdiplomatisch wirksame Sprache gesprochen.“

Ungeachtet dieses Negativbeispiels und der angeführten positiven Fallbeispiele kann die Frage nach Erfolg oder Mißerfolg der OSZE bei der Bearbeitung der ethnopolitischen Konflikte in Osteuropa nicht abschließend beantwortet werden. „Heute“, so 1993 ein führender deutscher KSZE-Diplomat, „läßt sich nur feststellen, daß keine neuen Konflikte dort ausgebrochen sind, wo die KSZE sich engagiert hat“, und auch fünf Jahre danach muß es bei dieser begrenzten Aussage bleiben. Festzuhalten ist indes, daß die OSZE immer dort Teilerfolge bei der Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte vorzuweisen hat, wo sie außerhalb der Konkurrenz zu den Vereinten Nationen, zur NATO oder zur Europäischen Union „kleine“ bis mittelgroße „Brötchen“ backen kann – Tschetschenien, Krim, Baltikum, Südossetien, Transnistrien, Makedonien, Ostslawonien. Die großen Konfliktbrocken wie Bosnien-Herzegowina oder Nagorno-Karabach sind für ihre noch immer embryonalen Strukturen zu unhandlich, ihr Know-how im militärischen Bereich nicht ausreichend, ihre Akzeptanz seitens größerer Partner zu gering. Mehr als die Transformation ausgebrochener und die Prävention weiterer Konflikte ist im immer noch starken Kräfte-

feld des Epochenjahrs 1989 nicht zu erwarten: Die tektonischen Verwerfungen in Staatenlandschaft und Nationengefüge Osteuropas sind vielerorts noch nicht zum Stillstand gekommen.

*Stefan Troebst ist Privatdozent für Neuere sowie Ost- und Südosteuropäische Geschichte am Fachbereich Geschichtswissenschaften der FU Berlin sowie Direktor des dänisch-deutschen „European Centre for Minority Issues“ (ECMI) in Flensburg. Von 1992 bis 1993 war er im Auftrag des Auswärtigen Amtes als deutsches Mitglied in der CSCE Spillover Monitoring Mission to the Former Yugoslav Republic of Macedonia tätig, von 1994 bis 1995 dann in der CSCE/OSCE Mission to Moldova.*

#### Literatur

Birckenbach, Hanne-Margret, Preventive Diplomacy through Fact-Finding. How International Organisations Review the Conflict over Citizenship in Estonia and Latvia, Münster 1997.

Chigas, Diana, Preventive Diplomacy and the Organization for Security and Cooperation in Europe: Creating Incentives for Dialogue and Cooperation. In: Abram Chayes und Antonia Handler Chayes (Eds.), Preventing Conflict in the Post-Communist World. Mobilizing International and Regional Organizations, Washington DC, 1996, S. 25–97.

Ghebali, Victor-Yves, L'OSCE dans l'Europe post-communiste, 1990–1996. Vers une identité paneuropéenne de sécurité, Brüssel 1996.

Helsinki Monitor. Quarterly on Security and Cooperation in Europe, 1 (1989)–9 (1998).

Kohlschütter, Andreas V., Möglichkeiten und Grenzen der Präventivdiplomatie. Das Beispiel der OSZE-Mission in der Ukraine, in: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung. Friedensbericht 1996, 1. Jahrbuch für Konfliktlösung, Chur, Zürich 1996, S. 125–148.

OSZE-Jahrbuch 1 (1995)–3 (1997).

The Challenge of Preventive Diplomacy: The Experience of the CSCE. Staffan Carlsson (Ed.), Stockholm 1994.

The OSCE in the Maintenance of Peace and Security: Conflict Prevention, Crisis Management and Peaceful Settlement of Disputes. Ed. Michael Bothe, N. Ronzitti, Allan Rosas. The Hague, London, Boston 1997.

Troebst, Stefan, Conflict in Kosovo: Failure of Prevention? An Analytical Documentation, 1989–1998. Flensburg 1998, S. 26–32 (= ECMI Working Papers, 1).

Ders., „Dicke Bretter, schwache Bohrer“. Die Langzeitmissionen der OSZE, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Frieden machen, Frankfurt/M. 1997, S. 147–165.

Ders., Der Transnistrienkonflikt und seine Bearbeitung durch die OSZE, in: Afrikanische Perspektiven. Friedensbericht 1998. Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung in Osteuropa, Chur, Zürich 1998, S. 347–379.

Ders., Präventive Friedenssicherung durch internationale Beobachtermissionen? Das Beispiel der KSZE-Spillover-Monitormission in Makedonien 1992–1993, in: Gerhard Seewann (Hrsg.), Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa, München 1995, S. 282–331.

Tudyka, Kurt P., Das OSZE-Handbuch. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Vancouver bis Wladiwostok, Opladen 1997.